

# Afrika und DIE LINKE

Entwicklungspolitische Perspektiven  
europäisch-deutscher Afrikapolitik

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>		
<b>1. Politik und Gesellschaft in Afrika: Zwischen Krise und Aufbruch</b>	<b>5</b>	<b>2.3 Nur eine radikale Wende kann Hunger und Armut bekämpfen</b>	<b>17</b>
<b>1.1 Das Erbe des Kolonialismus</b>	<b>5</b>	Die Landfrage ist zentral	18
Neokolonialismus und Kalter Krieg	7	<b>3. Wirtschaft in Afrika: Abhängigkeit trotz Wachstum</b>	<b>19</b>
<b>1.2 Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges – Zwischen Staatszerfall und Demokratisierung</b>	<b>7</b>	<b>3.1. Wirtschaftswachstum ohne Entwicklung</b>	<b>19</b>
Demokratische Erneuerung zwischen Fortschritt und Rückschlägen	8	Afrika bleibt Rohstoff-Exporteur	19
<i>Textbox 1</i> <i>Die unvollendete Demokratisierung: Kenia und die DR Kongo</i>	9	<i>Abbildung 2</i> <i>Afrikas Rohstoff-Reichtum</i>	20
<b>2. Landwirtschaft als Schlüsselsektor für Entwicklung</b>	<b>10</b>	Die Rohstoff-Förderung kommt nicht der Bevölkerung zugute	21
<b>2.1 Die richtigen Lehren aus der Nahrungsmittelkrise ziehen!</b>	<b>10</b>	<i>Textbox 4</i> <i>Ölförderung und Widerstand im Niger-Delta</i>	21
<i>Textbox 2</i> <i>Die Nahrungsmittelkrise in Afrika im Frühjahr 2008</i>	10	Konzerne profitieren von der Schwäche afrikanischer Regierungen	22
Internationale Reaktionen auf die Nahrungsmittelkrise	11	<i>Textbox 5</i> <i>Konzessionsvergaben im Bergbausektor</i>	22
<i>Abbildung 1</i> <i>Hunger in der Welt</i>	12	<b>3.2 Neoliberale Wirtschaftspolitik hält Afrika in Abhängigkeit und Armut</b>	<b>23</b>
<b>2.2 Ursachen und Faktoren der Krise: Vernachlässigung und falsche Weichenstellungen im Agrarsektor</b>	<b>12</b>	<i>Textbox 6</i> <i>Export Processing Zones (EPZ) in Kenia: Ausbeutung und Profit</i>	24
Entwicklungszusammenarbeit fördert konzerngesteuerte Landwirtschaft	13	<b>3.3 Vitale Interessen der EU: Absicherung von Handels- und Wirtschaftsinteressen über die EU-Afrikastrategie und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs)</b>	<b>25</b>
<i>Textbox 3</i> <i>Blumenproduktion in Kenia</i>	14	Wachsender Widerstand in Afrika gegen die WPAs	26
„Grüne Revolution“ – das Tor zur Gentechnik	15	<b>3.4 Welche Alternativen zu den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen bieten sich Afrika?</b>	<b>26</b>
Gentechnik ist nicht ertragreicher	16	Chinas Afrikapolitik: Zwischen Süd-Süd-Kooperation und Großmachtpolitik	26
Agrartreibstoffe - Nahrungsmittel für den Tank: Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit	16	Wachsende Kritik in Afrika	27
EU hält trotz Kritik an Agrartreibstoffen fest	17	Forderung aus dem Süden: ein anderes Globalisierungsmodell	28
Spekulation und Hunger	17	<i>Textbox 7</i> <i>Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE</i>	28

<b>4. Bewaffnete Konflikte, sicherheitspolitische Herausforderungen und Friedensaussichten für Afrika</b>	<b>29</b>	<b>6. Entwicklungspolitik und soziale Sicherheit</b>	<b>40</b>
<b>4.1 Ursachen, Formen und Folgen von Kriegen und Konflikten in Afrika</b>	<b>29</b>	<i>Textbox 14</i> <i>Poverty Reduction Strategies (PRS)</i>	40
<i>Abbildung 3</i> <i>Politische Konflikte in Afrika</i>	30	<i>Abbildung 4</i> <i>Ausgewählte Wirtschafts- und Sozialdaten Afrikas</i>	41
<b>4.2 Militarisierung der internationalen Afrikapolitik</b>	<b>31</b>	6.1 Menschliche Sicherheit durch die Schaffung von Sozialsystemen	41
<i>Textbox 8</i> <i>US-Afrika-Kommando (AFRICOM) in Stuttgart</i>	31	<i>Textbox 15</i> <i>Grundeinkommen in Namibia</i>	42
<i>Textbox 9</i> <i>Internationale Konfliktinterventionen in der Region Sudan (Darfur) – Tschad - Zentralafrikanische Republik</i>	32	<b>6.2 Ausbau der Gesundheitsversorgung, besonders in ländlichen Gebieten</b>	<b>42</b>
<b>4.3. Militarisierung der Entwicklungshilfe</b>	<b>33</b>	<i>Textbox 16</i> <i>HIV und Aids in Afrika</i>	43
<i>Textbox10</i> <i>Rüstungsexporte nach Afrika</i>	34	Erforschung und Medikamentenentwicklung für „vernachlässigte Krankheiten“	43
<b>4.4 Sicherheitspolitik in Afrika: Initiativen der Afrikanischen Union</b>	<b>34</b>	Abschaffung des gegenwärtigen TRIPS-Abkommens	43
<b>4.5 Für eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik: Prävention statt Krisenreaktion</b>	<b>35</b>	Reformen und Korruptionsbekämpfung im Gesundheitsbereich	44
Energiewende statt Militarisierung der Energiesicherungs- und Rohstoffpolitik	35	Der Abwanderung medizinischer Fachkräfte entgegenwirken	44
Rechte von Frauen und Kindern in Konflikten	35	Stopp von Wasserprivatisierungen	44
Rechte von Behinderten stärken – Engagement gegen Landminen verstärken	36	<b>6.3 Recht auf Bildung</b>	<b>45</b>
<i>Textbox11</i> <i>Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE</i>	36	<i>Textbox 17</i> <i>Bildung wird nicht ausreichend gefördert</i>	46
<b>5. Flucht, Migration und die menschenverachtende Abschottungspolitik Deutschlands und der EU</b>	<b>37</b>	<i>Textbox 18</i> <i>Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE</i>	46
<i>Textbox 12</i> <i>FRONTEX: Militarisierte Flüchtlingsabwehr</i>	39		
<i>Textbox 13</i> <i>Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE</i>	39		

# Vorwort

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Interesse an Afrika ist neu erwacht. Seit rund zehn Jahren treten Europa, die USA, China und andere Schwellenländer mit ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen in Afrika zunehmend offensiv auf. Seitdem ist Afrika regelmäßig auf den Tagesordnungen internationaler Gipfeltreffen und Konferenzen von Geberländern vertreten, und das Bild vom Krisenkontinent und Ort von Armut, wirtschaftlicher Stagnation und unübersichtlichen Kriegen ist einer neuen Wahrnehmung gewichen. Die Europäische Union und die Afrikanische Union, die vor diesem Hintergrund im Dezember 2007 eine „Gemeinsame Strategie“ unterzeichneten, sprechen darin von Beziehungen „auf Augenhöhe“.

Dies entspricht einer gewandelten Haltung, mit der westliche Regierungen und Geberorganisationen Afrika heute gegenüber treten. Diese AkteurInnen betonen ihre „Verantwortung gegenüber Afrika“ und bekennen sich zur Förderung der Millenniumsentwicklungsziele, die die UNO im Jahr 2000 verabschiedete. Dies steht im Kontrast zu den 1990er Jahren, als fast ausschließlich die Republik Südafrika aufgrund der erfolgreichen Überwindung der Apartheid durch den ANC (African National Congress) sowie der politischen und ökonomischen Stabilität im Zentrum der westlichen Aufmerksamkeit stand. Afrikanische und westliche KritikerInnen aus sozialen Bewegungen, Wissenschaft und Politik kritisieren aber, dass dieser Wandel weitgehend rhetorisch bleibt und Afrika nur unzureichende Unterstützung bekommt, um seine großen Herausforderungen zu bewältigen. Noch lange über den heutigen Tag hinaus werden Afrikas Gesellschaften um eine Neudefinition ihrer kulturellen Identitäten ringen, die durch die Erfahrungen (neo-)kolonialer Abhängigkeit geprägt sind. Erschwert wird dies durch massive soziale Verwerfungen, die zum Beispiel jahrelange Kriege sowie nicht zuletzt die katastrophalen Auswirkungen der Krankheit HIV/Aids in vielen Staaten hervorriefen und -rufen. Zudem sieht sich Afrika trotz seines Reichtums an Öl, Erzen und anderen Rohstoffen, die für die Industriestaaten unverzichtbar sind, vor der Herausforderung, das fortbestehende postkoloniale Machtgefälle zu überwinden und seine wirtschaftliche und politische Abhängigkeit durch eine auf Eigenständigkeit ausgerichtete Politik abzulösen.

Um diese Ziele umzusetzen, sind weitreichende politische Kurskorrekturen erforderlich, denn die markt-radikale Liberalisierungspolitik der mächtigen westlichen Welt hat auch vor Afrika nicht Halt gemacht. Das Kreditvergabewesen des IWF und die so genannten Wirtschaftspartnerschaftskommen, die die EU derzeit anstrebt, tragen eine neoliberale Handschrift und streben vornehmlich die Marktöffnung des Kontinents für westliche Konzerne an. Der Aufbau nachhaltiger Ökonomien, sozialer und gereifter demokratischer Regierungsformen sowie die Überwindung von Hunger können mit diesen Maßnahmen nicht erreicht werden. Was unter dem Etikett „Armutsreduzierungsstrategien“ seit Ende der 1990er Jahre als „nachhaltige Entwicklung“ angeboten wird, bedeutet in der Praxis ebenfalls Staatsabbau, Privatisierung und Marktöffnung. Die Förderung von guter Regierungsführung („Good Governance“) jedoch muss für Afrika bedeuten, den Ländern die Entwicklung eigener Formen der Demokratie, der Landwirtschaftspolitik und der Ressourcenwirtschaft zu ermöglichen, die eine nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Unabhängigkeit geformte nationale und supranationale Entwicklung in Afrika ermöglicht.

Zwar hebt sich Deutschland in seiner bilateralen Entwicklungspolitik durchaus ab von der neokolonial geprägten Politik zum Beispiel Frankreichs oder den USA, die nationale geostrategische Ziele verfolgen. Dennoch trägt Deutschland im Kontext der EU-Afrika-politik in den großen Linien deren aggressive Politik mit, die eine neue ökonomische Dominanz über Afrika anstrebt. Mit der EU verfolgt Deutschland darüber hinaus eine repressive Migrationspolitik und ist im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an einer strategischen Neuorientierung der EU beteiligt, die zur Verfolgung ökonomischer Interessen auch auf militärische Mittel setzt.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich seit dem Einzug in den Bundestag im Jahr 2005 intensiv mit der deutschen und europäischen Afrikapolitik befasst und in zahlreichen parlamentarischen Initiativen zu verschiedenen Aspekten der Regierungspolitik kritisch Stellung bezogen und Alternativen formuliert.

Mit dieser Broschüre liegt eine erste Darstellung einer linken Afrikapolitik vor. Vor dem Hintergrund einer Analyse der aktuellen Situation des Kontinents und der herkömmlichen afrikapolitischen Strategien des Westens werden hier Konzepte für wichtige Politikbereiche wie Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Konfliktbearbeitung und Migration aufgezeigt. Zudem skizziert die Broschüre Maßnahmen einer neuen Entwicklungszusammenarbeit, die wirksam zu einer Verbesserung der sozialen Lage auf dem Kontinent beitragen kann. Die vorgestellten Politikstrategien sind auch im Dialog mit den lokalen AkteurlInnen entstanden, in deren Händen der Kampf für Veränderung letztlich liegen muss. Wir Linke wollen sie dabei unterstützen. Von der Bundesregierung verlangen wir, die gesamte Afrikapolitik auf das Ziel hinzuführen, der Bevölkerung des Kontinents ein soziales, wirtschaftlich erfolgreiches, friedliches und politisch unabhängiges Afrika zu ermöglichen.

Dieser Broschüre liegt ein intensiver Diskussionsprozess im Arbeitskreis Internationaler Politik der Fraktion DIE LINKE zugrunde. Allen KollegInnen, insbesondere Heike Hänsel als entwicklungspolitischer Sprecherin, sowie den MitarbeiterInnen gilt unser Dank.

Berlin, November 2008



Monika Knoche  
Stellvertretende Vorsitzende und Leiterin  
des Arbeitskreises Internationale Politik  
der Fraktion DIE LINKE.



Hüseyin Aydın  
Obmann im Ausschuss Wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung für  
die Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im  
Arbeitskreis Internationale Politik  
mit regionalem Schwerpunkt Afrika.

# 1. Politik und Gesellschaft in Afrika: Zwischen Krise und Aufbruch

Die Wahrnehmung Afrikas durchläuft derzeit einen Wandel: Heute stellen westliche Regierungen, VertreterInnen von Entwicklungsorganisationen sowie zunehmend auch wirtschaftsnahe Verbände und Forschungseinrichtungen einen „Aufbruch Afrikas“ fest und betonen die „Chancen des Kontinents“.<sup>1</sup> Vor allem für Regierungs- und WirtschaftsvertreterInnen bilden neue Investitionsmöglichkeiten, die wirtschaftlichen Wachstumsraten sowie die veränderte geostrategische Bedeutung den Hintergrund für ihr neu erwachtes Interesse an Afrika. Diese Wahrnehmung steht im Gegensatz zum früher verbreiteten Bild des „Krisen- und Kriegskontinents“. In den 1990er Jahren beherrschten Berichte über Entwicklungsblockaden, wirtschaftlichen Niedergang, politische Stagnation und gewaltsame Konflikte die Afrika-Wahrnehmung in Öffentlichkeit, Medien, Politik und weiten Teilen der Afrika-Forschung. Doch auch der neu erwachte „Afrika-Optimismus“ ist kritisch zu betrachten, denn viele der damals identifizierten Probleme bestehen bis heute fort.

Die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interpretationen illustrieren aber, dass sich in Afrika tiefgreifende und oft widersprüchliche politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse vollziehen. Besonders die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre seit dem Ende des Ost-West-Konflikts führten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Während in einer Anzahl von Staaten die Ablösung von Ein-Partei-Systemen, Militärregierungen und Minderheitenregimes gelang und der Weg für eine demokratische Öffnung der politischen Systeme frei wurde, versanken andere Staaten und Regionen wie z.B. das Horn von Afrika, Westafrika und Zentralafrika in politischer Gewalt und Bürgerkriegen. Dort lösten sich die bereits schwachen staatlichen Strukturen durch den Aufstieg von Rebellenbewegungen und Kriegsmilizen oft völlig auf und hinterließen ein Machtvakuum, das von Kriegsherren („Warlords“) gefüllt wurde.

Bis heute ist die von internationalen Finanzinstitutionen, westlichen Geberorganisationen und konservativen Think Tanks vertretene These verbreitet, die Misere in vielen afrikanischen Staaten sei selbstverschuldet. Unterentwicklung, Korruption, gesellschaftliche Krisen und Gewalt werden nahezu ausschließlich dem Versagen der politischen Führungen Afrikas angelastet. Die Fortschritte der jüngsten Zeit – Wirtschaftswachstum und Demokratisierung – seien hingegen die sichtbaren Erfolge neoliberaler Geberpolitiken. Erst die Konditionierung der Entwicklungshilfe entlang der Kriterien der sogenannten „guten

Regierungsführung“ („Good Governance“) habe eine Ausweitung von politischen Freiheiten und Rechten herbeigeführt.<sup>2</sup>

Diese Sichtweise ist ebenso geschichtsvergessen wie selbstgerecht. Es waren die Bürgerinnen und Bürger afrikanischer Staaten, die unter den Bedingungen einer teilweise extremen staatlichen Repression Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre die Abschaffung von autokratischen und diktatorischen Herrschaftsformen forderten und erkämpften. Die konservative und wirtschaftsliberale westliche Sicht auf Afrika blendet zudem aus, dass die Unterwerfung und Ausbeutung des Kontinents durch die europäischen Kolonialmächte bis in 20. Jahrhundert Spuren hinterlassen hat, welche die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in afrikanischen Ländern bis heute prägen. Auch die ungleichen Handelsstrukturen und Abhängigkeiten, die im Zuge von Neokolonialismus und des Kalten Krieges entstanden, sind historische Tatsachen, denen sich ein linker und emanzipatorischer Umgang mit Afrika bewusst sein muss.

Das bedeutet allerdings nicht, afrikanische Regierungen und Eliten von politischen Fehlern, Versäumnissen oder Verbrechen freizusprechen. Denn während die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit für die Mehrheit der Menschen auf dem Kontinent fatale Folgen hatte und hat, verstehen es kleine, aber mächtige Schichten, aus diesen Abhängigkeiten politische Vorteile und wirtschaftliche Gewinne zu ziehen.

## 1.1 Das Erbe des Kolonialismus

Die politischen Institutionen und Strukturen Afrikas sind durch die Erfahrungen des Kolonialismus entscheidend geprägt. Mit der Errichtung erster spanischer und portugiesischer Militär- und Handelsstützpunkte an den Küsten rückte Afrika südlich der Sahara ab dem 15. Jahrhundert in die Interessens- und Einflussphären europäischer Großmächte. Diese weiteten in den folgenden Jahrhunderten ihre Herrschaftsgebiete und Machtansprüche zunehmend ins Landesinnere aus. Die Berliner Kongo-Konferenz 1884/85, auf der die europäischen Mächte den Kontinent untereinander aufteilten, markierte die systematische Kolonisierung Afrikas, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts vorangetrieben wurde: die geographische, infrastrukturelle und wirtschaftliche Erschließung der Kolonien sowie die Errichtung politischer Strukturen und bürokratischer Apparate der Kolonialverwaltung.

Die Unterwerfung und wirtschaftliche Ausbeutung zuvor unerschlossener Territorien und Völker war

<sup>1</sup> „Auch in Afrika ist das Zeitalter der Globalisierung angebrochen“, kommentierte zum Beispiel Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe im Januar 2008. [http://www.magazine-deutschland.de/magazin/DE-Afrika\\_1-08.php](http://www.magazine-deutschland.de/magazin/DE-Afrika_1-08.php)

<sup>2</sup> Rita Abrahamsen 2001, *Disciplining Democracy. Development Discourse and Good Governance in Africa*. London: Zed Books.

von massiver Gewalt begleitet: Aufstände gegen die Fremdherrschaft wurden brutal niedergeschlagen, wobei die Kolonialmächte oft die physische und kulturelle Vernichtung der afrikanischen Völker in Kauf nahmen. Der Völkermord deutscher Kolonialtruppen an den Herero und Nama in Deutsch-Südwest-Afrika, dem heutigen Namibia, ist ein besonders brutales Kapitel der Kolonialgeschichte.<sup>3</sup> Aber auch die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien forderte immense Opfer. Nach heutigen Schätzungen starb im heutigen Kongo allein in den Jahren zwischen 1885 und 1908 fast die Hälfte der KongolesInnen an den Folgen von Zwangsarbeit, Misshandlung, Zwangsumsiedlung, Hunger und Krankheit.<sup>4</sup>

Dennoch blieb die Reichweite der kolonialen Herrschaftsstrukturen geografisch und institutionell begrenzt. Der Ausbau kolonialer Infrastrukturen und Bürokratien orientierte sich vorrangig an wirtschaftlichen Erfordernissen wie dem Abbau und dem Abtransport örtlicher Rohstoffe in die Hafenstädte, von wo diese nach Europa verschifft wurden. Damit legte bereits die koloniale „Wirtschaftspolitik“ den Grundstein für die heutige monokulturelle Ausrichtung vieler afrikanischer Länder, die vor allem unverarbeitete Rohstoffe auf den (Welt-) Markt bringen (siehe Kapitel 3).

Auch in politischer Hinsicht blieb die Reichweite der kolonialen Verwaltung in der Realität meist auf wenige wirtschaftlich und strategisch bedeutsame Städte und ihr direktes Umland beschränkt. Eine Ausnahme bildeten die „Siedlerkolonien“ wie Südafrika und das heutige Simbabwe (früher: Rhodesien) sowie Algerien (das formal keine Kolonie, sondern Teil des Mutterlands war), wo in großer Zahl Siedlerfamilien aus den Mutterländern angesiedelt wurden. In den ländlichen und abgelegenen Gebieten banden die Kolonialmächte dagegen tatsächlich existierende oder extra geschaffene traditionelle, lokale Autoritäten in ihre Herrschaftsstrukturen ein. Vor allem in britischen Kolonien wurde diese Form der „indirekten Herrschaft“ angewendet – und zum politischen Konzept erhoben: Örtliche Herrscher, die mit der Kolonialmacht kollaborierten, wurden einerseits zum Werkzeug der Kolonialinteressen, andererseits konnten sie mit der Unterstützung der Kolonialmacht ihre lokale Macht ausbauen. Die übrigen Kolonialmächte bedienten sich faktisch Variationen dieser Strategie, auch wenn sie, wie in den französischen Kolonien, stärker auf zentralisierte Verwaltungsstrukturen sowie Assimilierung und „Zivilisierung“ der afrikanischen Bevölkerung abzielten.

Obwohl die europäischen Mächte eine „zivilisatorische Mission“ zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft für sich in Anspruch nahmen, wurde den AfrikanerInnen

die politische und wirtschaftliche Teilhabe aus rassistischen Gründen versagt. Erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden nachgeordnete Stellen in der Kolonialadministration zögerlich für die aufkommende afrikanische Bildungsschicht geöffnet. Da diese Öffnung sich auf urbane Zentren beschränkte, blieb die Landbevölkerung hingegen faktisch Untertan von „traditionellen“ Chiefs, organisiert in Stämmen oder Ethnien.<sup>5</sup>

Diese Strukturen überdauerten das Ende des Kolonialismus. Auch nach der formalen Unabhängigkeit schafften es die afrikanischen Länder nicht, ihre staatlichen Strukturen auf die ländlichen Teile des Landes auszudehnen. Stattdessen wurden vielfach traditionelle Herrscher kooptiert, d.h. über formale Machtpositionen in den postkolonialen Staatsapparat eingebunden. An den Formen der örtlichen Machtausübung in den Peripherien änderte dies freilich wenig: Traditionelle Herrscher entschieden weiter über so wichtige Fragen wie Landzugang, gemeinschaftliche Arbeit oder die Verteilung von finanziellen Mitteln. Die schwer kontrollierbaren traditionellen Herrschaftsformen standen daher von Beginn an in Konflikt mit den Machtansprüchen des modernen Staates und den Eliten des Zentrums. Zugleich verteidigten traditionale Führer ihre Machtposition auch gegen lokale Rivalen. Die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone, die 1989 bzw. 1990 eskalierten, waren eng mit dieser „doppelten Konfliktlinie“ verbunden. Rebellenführer wie Charles Taylor und Foday Sankoh rekrutierten für ihren Krieg gegen die Zentralregierung ihre Anhänger unter jungen Männern, denen unter den traditionellen Machtstrukturen sozialer Aufstieg und politische Partizipation verwehrt wurde.<sup>6</sup>

Neben der schwachen Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse sowie geringer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Partizipation beförderte die koloniale Bürokratie eine einseitige Machtausstattung einzelner ethnischer Gruppen. Das tragischste Beispiel für die ethnisch aufgeladene Konfrontation verschiedener Gruppen, die in der Kolonialzeit wurzelte, durch die koloniale Geschichtsschreibung Legitimation erhielt und im unabhängigen Staat fortgeschrieben wurde, ist der Völkermord in Ruanda im Jahre 1994. Aufgestachelt und unterstützt durch die extremistische Regierung, töteten Angehörige der Mehrheitsgruppe der Hutu Angehörige der Tutsi-Minderheit sowie gemäßigte Hutu, die sich dem Morden entgegenstellten. Mindestens 800.000 Menschen wurden in drei Monaten grausam ermordet.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> DIE LINKE setzt sich seit 2006 auf parlamentarischer Ebene für eine ernsthafte politische Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte im heutigen Namibia ein. Ein entsprechender Antrag (BT. Drs. 16/4649) wurde 2008 vom Bundestag abgelehnt.

<sup>4</sup> Dominic Johnson 2008, Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.

<sup>5</sup> Zur Organisation kolonialer Herrschaft und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen siehe u.a. Gerhard Hauck, 2001, Staat und Gesellschaft in Afrika. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.

<sup>6</sup> Zu den Kriegen in Liberia und Sierra Leone: u.a. William Reno, 1999, Warlord Politics and African States. Boulder (Col.)/London: Lynne Rienner.

<sup>7</sup> Alison des Forges, 2002, Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda.

Hamburg: Hamburger Edition - HIS Verlagsgesellschaft.

## Neokolonialismus und Kalter Krieg

Ab Mitte des 20. Jahrhunderts erstarkten auf dem gesamten Kontinent antikoloniale Befreiungsbewegungen, die den Widerstand gegen die Kolonialherrschaft politisch bündelten und organisierten. Vor allem in Städten kam es zu Demonstrationen und Streiks, darüber hinaus formierten sich Bewegungen, die den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmächte aufnahmen. Besonders in den portugiesischen Kolonien Angola, Mosambik, auf den Kapverden und in Guinea-Bissau verlief der Befreiungskampf äußerst blutig und endete erst Mitte der 1970er Jahre nach der Nelkenrevolution in Portugal. Die übrigen europäischen Mächte entließen ihre Kolonien in den späten 1950er und 1960er Jahren in die Unabhängigkeit. Panafrikanische und linksnationalistische Befreiungsbewegungen und ihre Führer – z.B. Kwame Nkrumah in Ghana (der früheren britischen Goldküste), Julius Nyerere in Tansania, Amilcar Cabral auf den Kapverden und Guinea-Bissau oder Patrice Lumumba im Kongo – forderten die tatsächliche wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Afrikas ein und propagierten spezifisch afrikanische Modelle einer „nachholenden Entwicklung“.

Bekanntermaßen erfüllten sich die Hoffnungen, die viele AfrikanerInnen mit der Unabhängigkeit verknüpften, nicht. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den früheren Kolonialmächten blieb bestehen. Sie wurde dort durch politische und militärische Interventionen abgesichert, wo die afrikanischen Forderungen nach eigenständiger Entwicklung die Interessen der Kolonial- und Großmächte gefährdeten. So wurde der erste Ministerpräsident des Kongos, Patrice Lumumba, aller Wahrscheinlichkeit nach im Beisein von belgischen Invasionstruppen ermordet. Das Regime des Putschisten Mobutu konnte sich aufgrund der Unterstützung durch Belgien, die USA und Frankreich etablieren. Nach dem Staatsstreich gegen Kwame Nkrumah in Ghana 1966 unterstützte der Westen die Militärs. Die rechten Rebellenbewegungen UNITA in Angola und die RENAMO in Mosambik wurden durch die USA ausgerüstet und finanziert. Neben der offenen militärischen Intervention, wie im Kongo, hielten die Kolonialmächte Militärstützpunkte aufrecht und nahmen über europäische Firmen, deren Interessen sie schützten, wirtschaftlich Einfluss. Besonders zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien entwickelte sich ein ganz eigener Klientelismus.<sup>8</sup>

Unter den Bedingungen der neokolonialen Abhängigkeiten gelang es den meisten Befreiungsbewegungen nicht, die Ansprüche der Bevölkerung auf soziale Befreiung umzusetzen. Vielmehr entwickelten sich viele dieser Bewegungen zu Militär- und Entwicklungsdiktaturen. Unter der Herrschaft von Sékou Touré in Guinea beispielsweise verließen Millionen Menschen das Land, um der Armut und der politischen

Unterdrückung zu entgehen. Die Regierung unter Mengistu Haile Mariam in Äthiopien gab sich zwar einen sozialistischen Anstrich, ging jedoch brutal und rücksichtslos gegen politische Gegner vor und konnte die sozialen Probleme des Landes nicht lösen.

In den Zeiten des Kalten Krieges konnten sich viele afrikanische Staaten durch die Anbindung an eine der Supermächte bzw. deren Verbündete stabilisieren. Die jeweiligen Verbündeten der Blöcke wurden teilweise großzügig mit Waffen, militärischer Ausbildung, diplomatischer und wirtschaftlicher Unterstützung bedacht. Für die afrikanischen Partner des westlichen Lagers sicherte diese „geostrategische Rente“ u.a. den Zugang zu Krediten der Internationalen Finanzinstitutionen – Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF). So konnten sich diktatorische Regimes, die seit langem nicht mehr über Rückhalt in der Bevölkerung verfügten (wie Zaïre unter Mobutu, Somalia unter Barrè oder die Militärjuntas in Nigeria), an der Macht halten. Das Bekenntnis zu einem Lager beruhte in vielen Fällen auf den politischen und finanziellen Vorteilen anstatt auf gleichen Ideologien oder Programmen. Dies galt übrigens auch umgekehrt: So duldeten die USA beispielsweise die groß angelegten Nationalisierungsprogramme strategischer Industrien durch den „Antikommunisten“ Mobutu, da Zaïre ein wertvoller strategischer Brückenkopf in Zentralafrika war.

Das Erbe von Kolonialismus, Kaltem Krieg und Neokolonialismus in Afrika sind staatliche Strukturen, die nur bedingt der Bürokratie und Verwaltung europäischer Staaten ähneln. Die von den Kolonialmächten „übernommenen“ staatlichen Institutionen blieben auch in den folgenden Jahrzehnten schwach ausgeprägt und durchdrungen von Klientelismus und Patronage, d.h. geprägt durch informelle Machtnetzwerke. Ämter wurden oft als persönliche Pfründe betrachtet, die zunächst dem Amtsinhaber und einer meist ethnisch konstituierten Klientel zugute kommen.<sup>9</sup> Dies ist auch auf die neokoloniale Einflussnahme und die seit den 1970er Jahren zunehmend ungünstigeren „Terms of Trade“ (Welthandelsbedingungen) zurückzuführen, da die von den (oft links-) nationalistischen Befreiungsbewegungen in den 1960er Jahren begonnene Ausweitung und Reform staatlicher Strukturen vor diesem Hintergrund gestoppt wurde bzw. werden musste (siehe Kapitel 3). Auch die politischen Konflikte innerhalb der afrikanischen Eliten trugen dazu bei, dass die Strukturprobleme afrikanischer Staatlichkeit während der Jahrzehnte des Kalten Krieges eingefroren wurden.

## 1.2 Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges – Zwischen Staatszerfall und Demokratisierung

Mit dem Ende des Kalten Krieges erfuhr die Globalisierung einen qualitativ neuen Schub. Die „Zweite Welt“ des real-sozialistischen Blocks entfiel. Der damit ver-

<sup>8</sup> Rainer Tetzlaff / Cord Jakobeit 2005, Das nachkoloniale Afrika. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

<sup>9</sup> Patrick Chabal / Jean Pascal Daloz 1999, Africa Works. Disorder as Political Instrument. Indiana: Indiana University Press.



bundene Wegfall der Unterstützung durch die Großmächte hatte für einige afrikanische Länder einschneidende Konsequenzen. Durch die zum Teil erhebliche Verringerung von Hilfgeldern und Krediten konnten die informellen Netzwerke, die die Eliten seit der Unabhängigkeit aufgebaut hatten, nur noch ungenügend finanziert werden. Neue politische Akteure, die zum Teil aus dem Zerfall dieser Netzwerke hervorgingen, formierten sich in Opposition zum Staat. Zudem wurden hoch verschuldete Staaten zu weit reichenden neoliberalen Wirtschaftsreformen gedrängt (siehe Kapitel 3). Diese hatten einen Abbau der staatlichen Institutionen zur Folge, die Arbeitslosigkeit erhöhte sich durch die Schließung von Staatsbetrieben, und die Marktöffnung trug ebenfalls zur Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerungsmehrheit bei.

Vor allem in jenen Staaten, in denen sich Institutionen und Verwaltung zum größten Teil auf die Hauptstadt und wenige urbanen Zentren konzentriert hatten, wurde der Herrschaftsanspruch von diktatorischen Regimes durch Rebellenbewegungen in Frage gestellt. Viele Konflikte wurden im Westen zunächst als „ethnische“ Bürgerkriege wahrgenommen, jedoch offenbarten sie mit der Zeit ihren transnationalen Charakter. Tatsächlich bildeten sich in Westafrika (z.B. Liberia, Sierra Leone, Guinea und der Elfenbeinküste), am Horn von Afrika und Ostafrika (Somalia, zeitweise im Südsudan) sowie in Zentralafrika (z.B. Kongo, vormals Zaïre, Norduganda) oft grenzüberschreitende Konfliktkonstellationen heraus. An diesen Schauplätzen lieferten und liefern sich Regierungstruppen Gefechte mit Rebellengruppen und bewaffneten Banden örtlicher Kriegsherren („Warlords“) um die Kontrolle örtlicher Ressourcen sowie der buchstäblichen Reste der staatlichen Strukturen. Neben den bekannten Kriegen eskalierten in verschiedenen Ländern Afrikas zum Teil lang anhaltende Konflikte niedriger Intensität, über die in der europäischen Öffentlichkeit meist selten berichtet wird, die aber häufig bis heute andauern. Die Militarisierung des Niger-Deltas und die Ausbreitung von bewaffneten Gruppen in der an Erdöl reichen Region ist dafür ebenso ein Beispiel wie zahlreiche religiös oder „ethnisch“ aufgeladenen Konflikte (siehe Kapitel 4).

### **Demokratische Erneuerung zwischen Fortschritt und Rückschlägen**

Parallel zur Ausweitung von innerstaatlichen bewaffneten Konflikten in einigen Ländern Afrikas waren auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Während der so genannten zweiten Welle der Demokratisierung in Afrika, die bereits Mitte der 1980er Jahre einsetzte und nach 1989 an Dynamik gewann, forderten die BürgerInnen mehr Rechte und politische Teilhabe. Anfang der 1990er Jahre fanden zunächst in den frankophonen Staaten Afrikas Nationalkonferenzen statt, die das Ende des Einpartei-Staates einläuteten. Von herausragender Bedeutung war in dem Zusammenhang die Abschaffung der Apartheid in Südafrika, die ihren Höhepunkt in den Wahlen von 1994 fand, aus denen die frühere Anti-Apartheidsbewegung des ANC (African National Congress) und Nelson Mandela als Sieger hervorgingen.

Unter dem Druck sowohl ihrer Zivilgesellschaften als auch der westlichen Geberstaaten und -institutionen, die seit 1989 Zusagen von Hilfstransfers und Kreditzahlungen an demokratische Reformen knüpfen, haben viele afrikanische Staaten parlamentarische Wahlen durchgeführt.<sup>10</sup> Die Resultate dieser Demokratiebewegungen leiteten eine nachhaltige Veränderung der politischen Topographie auf dem afrikanischen Kontinent ein. So verringerte sich die Zahl der als „nicht frei“ eingestuften Regime in Afrika von 31 (1985) auf 15 (2006). Die Anzahl der als „teilweise frei“ bzw. „frei“ eingestuften Regime erhöhte sich entsprechend von 13 auf 22.<sup>11</sup> Die Unterstützung für die parlamentarische Demokratie in Afrika ist erheblich. Fast zwei Drittel der von Afrobarometer in 18 afrikanischen Ländern Befragten stimmen überein, dass „die Demokratie jeder anderen Art der Regierung vorzuziehen ist“. <sup>12</sup> Drei Viertel der Interviewten lehnen die Alleinherrschaft ab, über 70 Prozent sprechen sich sowohl gegen die Militärherrschaft als auch den Einpartei-Staat aus.

Trotz dieser Gegebenheiten und der Verbesserung der Menschenrechtslage in vielen Ländern Afrikas muss der tatsächliche Gehalt der Demokratisierung jeweils von Land zu Land beobachtet und beurteilt werden. Die hohe Zahl von Staaten, die als nur „teilweise frei“ eingestuft werden, zeigt, dass die Demokratisierungsprozesse noch keineswegs abgeschlossen sind. Viele Staaten müssen als „Fassadendemokratie“ bezeichnet werden, in denen trotz Demokratisierung „auf dem Papier“ die Missachtung bürgerlicher Freiheitsrechte auch durch gewählte Regierungen – z.B. Versammlungsverbote für Oppositionsgruppen und -parteien, Einschränkung der Pressefreiheit und andere Repressionen – verbreitet ist. Die bis heute andauernde Herrschaft Robert Mugabes in Simbabwe ist hier das krasseste Beispiel. Häufig sind zudem subtilere Formen der Manipulation zu beobachten wie z.B. das Zuschneiden von Wahlbezirken, die Finanzierung des Wahlkampfes durch das „Abzweigen“ staatlicher Mittel usw.

Knapp zwei Jahrzehnte, nachdem die Demokratisierungswelle über Afrika rollte, mehrten sich auch vor diesem Hintergrund die kritischen Stimmen, die an den westlichen Konzepten von „Guter Regierungsführung“ (Good Governance) westlicher Geberstaaten und -organisationen ansetzen. Vor allem afrikanische und linke WissenschaftlerInnen bemängeln, dass in der politischen Praxis der Geber ein Verständnis von „Good Governance“ vorherrsche, das lediglich auf die Umsetzung formaler demokratischer Prozesse abziele, die Probleme ökonomischer Partizipation aber genauso ausblende wie traditionale Formen der

<sup>10</sup> Der Weltbank-Bericht Sub-Saharan Africa: From Crisis to Sustainable Growth von 1989 benannte erstmals eine Reihe von politischen Reformen, um Wirtschaftswachstum in Afrika zu ermöglichen.

<sup>11</sup> Vgl. Gero Erdmann 2007, Demokratie in Afrika. GIGA Focus Afrika 10/2007. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA). Systematisierung nach dem Freedom House-Index.

<sup>12</sup> Afrobarometer Briefing Paper 40, November 2006.

## Die unvollendete Demokratisierung: Kenia und die DR Kongo

Die Liste afrikanischer Fassadendemokratien ist lang und enthält zahlreiche Staaten, die eine große wirtschaftliche und strategische Bedeutung für westliche Interessen haben: Augenfällig sind die Beispiele des zurzeit politisch und ökonomisch wichtigsten ostafrikanischen Staates Kenia und der ressourcenreichen DR Kongo. Seit dem formalen Kriegsende im Dezember 2002 im Kongo ist ein Wettlauf zwischen westlichen Staaten und Unternehmen untereinander sowie mit der VR China um den Zugriff auf wertvolle Erze (Kupfer, Kobalt etc.) und andere Rohstoffe zu beobachten.

In Kenia wurde bereits 1991 das Mehrparteiensystem eingeführt. Der langjährige Herrscher Daniel Moi und die vormalige Einheitspartei KANU konnten sich aber bis 2002 an der Macht halten. Die „Wahlsiege“ von 1992 und 1997 wurden durch massive Einschüchterung der Opposition, durch die Instrumentalisierung ethnischer Gewalt sowie grobe Fälschungen bei der Stimmauszählung gewährleistet. Auch der mit großen Erwartungen begrüßte Machtwechsel nach dem Wahlsieg der „Regenbogenkoalition“ unter Mwai Kibaki 2002 zeigte, dass die Demokratie in Kenia noch nicht am Ziel ist. Kibakis Kabinett verstrickte sich in Korruptionsskandale, schüchterte Oppositionelle und JournalistInnen ein. Die von führenden PolitikerInnen geschürten gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich an Kibakis Wahlniederlage im Dezember 2007 anschlossen, zeigen, dass Politik in Kenia weiterhin stark geprägt ist von einer Oberschicht, die ihre Netzwerke nach ethnischen Kriterien ausrichtet. Erst ein unter externem internationalen Druck vermitteltes Machtteilungsabkommen im Frühjahr 2008 veranlasste Kibaki, seinen Herausforderer Raila Odinga als Premierminister an der Regierung zu beteiligen.

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der DR Kongo, in denen sich mit Joseph Kabila im Herbst 2006 der Wunschkandidat des Westens durchsetzte, waren von massiven Manipulationen begleitet, die v.a. während der Wahlvorbereitung stattfanden: Oppositionelle KandidatInnen und Parteien wurden im Wahlkampf massiv durch Polizei und Sondereinheiten (Präsidialgarde) behindert, der staatliche Rundfunksender war fast ausschließlich Kabila und seiner Partei vorbehalten. Kabila finanzierte seinen Wahlkampf aus Schmiergeldern von Rohstoffkonzernen, die bei der Konzessionsvergabe im Bergbausektor begünstigt worden waren. Zwei Jahre nach der Wahl beklagen Menschenrechtsorganisationen, dass die Umsetzung institutioneller demokratischer Reformen stagniert und Übergriffe der Sicherheitskräfte auf Presse, zivilgesellschaftliche AktivistInnen und oppositionelle Gruppen an der Tagesordnung bleiben.

Mitbestimmung. Schärfer ist ihre Kritik jedoch an der Praxis der Geber, „Good Governance“-Kriterien eng an die Erfüllung wirtschaftsliberaler Reformen der Strukturanpassung zu knüpfen und den Staaten Afrikas keine Handlungs- und Entscheidungsspielräume bei der Gestaltung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zu gewähren. „Für die afrikanischen Mitarbeiter an dem Weltbank-Bericht von 1989“, so kommentierte beispielsweise Thandika Mkandawire, Direktor des Forschungsinstitut für Soziale Entwicklung der UNO (UNRISD), „betraf Good Governance grundlegende Fragen des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Es war viel mehr als nur ein technokratisches Instrument zur Herstellung von Transparenz und Rechenschaft, zu dem es die internationalen Finanzinstitutionen gemacht haben.“<sup>13</sup>

- Für DIE LINKE sind es nicht Wahlen zu Parlament und Präsidentschaft allein, die den Gehalt von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anzeigen. Gute Regierungsführung muss sich in der täglichen politischen Praxis erweisen und zeigen, inwieweit die jeweiligen Gesellschaften eine freie Partizipation ihrer Bürger ermöglichen, die grundlegenden Menschenrechte zugestanden werden und welchen tatsächlichen Einfluss die Menschen auf die Ausgestaltung der sozialen und politischen Agenda nehmen können.
- DIE LINKE sucht die Zusammenarbeit und den Austausch mit unabhängigen Menschenrechtsorganisationen, freien Gewerkschaften, Wissenschaftlern, Demokratiebewegungen und progressiven Interessenvertretungen, auch im ländlichen Bereich in Afrika.

<sup>13</sup> In: Thandika Mkandawire 2004, Werdegang einer Idee. In: E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit 10 / 2004, [http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/10-2004/trib\\_art1.html](http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/10-2004/trib_art1.html)

## 2. Landwirtschaft als Schlüsselsektor für Entwicklung

„Ein geschichtsträchtiger Kampf ist im Gange, der am Ende stärker die Zukunft der Menschen auf dem Planeten bestimmen wird als die weitaus lautereren Kriege um Erdöl, der Terrorismus oder politische Ideologien. Es ist der Kampf darum, wer am Ende den Anbau, die Verarbeitung und Verteilung der Nahrungsmittel der Welt kontrolliert.“ (Debbie Barker, Stellvertretende Direktorin des International Forum on Globalization)<sup>14</sup>

### 2.1 Die richtigen Lehren aus der Nahrungsmittelkrise ziehen!

In der ersten Jahreshälfte 2008 führte ein sprunghafter Preisanstieg für Grundnahrungsmittel in zahlreichen Entwicklungsländern weltweit zu Versorgungsengpässen und massiven Protesten. Auch in vielen Staaten Afrikas protestierten die Menschen, und vielerorts kam es zu Ausschreitungen, nachdem Sicherheitskräfte versucht hatten, Demonstrationen gewaltsam aufzulösen. Vor dem Hintergrund einer seit Jahren andauernden Verteuerung von Lebensmittel- und Energiepreisen gefährdet die jüngste Preisexplosion unmittelbar die Lebensgrundlage der ärmsten und armen Bevölkerungsschichten, die bereits zuvor zwischen 60 und 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrung ausgeben mussten. In Afrika südlich der Sahara macht diese Gruppe fast die Hälfte der Bevölkerung aus. Die akute Hungergefahr und die zum Teil gewaltförmigen Unruhen alarmierten die westlichen Geberstaaten und -organisationen. Sowohl der in Rom stattfindende Welternährungsgipfel als auch der G8-Gipfel in Japan im Sommer 2008 standen unter dem Eindruck dieser Krise. Zahlreiche Staaten, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) schnürten Soforthilfspakete, und die EU (Europäische Union) legte einen Hilfsfonds auf. Politische Konsequenzen, die wirksam an den Ursachen der aktuellen Krise ansetzen, wurden indes nicht gezogen (s.u.).

Die aktuelle Nahrungsmittelkrise verdeutlicht, dass die Landwirtschaft wieder ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gestellt werden muss, wenn Hunger wirksam bekämpft und Ernährungssicherheit erreicht werden soll. Dies gilt besonders für Afrika südlich der Sahara, wo 82 Prozent der Volkswirtschaften auf der Landwirtschaft basieren. Tatsächlich kritisieren zahlreiche Entwicklungsorganisationen seit Jahren die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die bi- und multilaterale EZ.

Doch es geht um weit mehr: Die aktuelle Krise ist ein Resultat verfehlter agrar-, entwicklungs- und handelspolitischer Weichenstellungen auf internationaler Ebene. Durch Liberalisierungs- und Marktöffnungspo-

litiken, durch neoliberale Strukturanpassung und die einseitige Förderung exportorientierter und industrieller Landwirtschaft tragen die westlichen Geberstaaten und internationalen Finanzorganisationen ein erhebliches Maß an Verantwortung für die prekäre Ernährungslage in den Entwicklungsländern. Im April 2008 legte das internationale ExpertInnenteam des Weltagrarrates IAASTD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology) einen Bericht vor, in dem eine radikale Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik eingefordert wird.<sup>15</sup> Um den Hunger in den Entwicklungsländern nachhaltig zu bekämpfen, so das Urteil der ExpertInnen, müsse eine primär lokal ausgerichtete, ökologische und sozial nachhaltige Landwirtschaftspolitik umgesetzt werden.

Die vor dem Hintergrund der aktuellen Krise geführten Debatten bieten daher einerseits die Chance für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaftspolitik. Andererseits ist die Gefahr groß, dass die kapitalistische, konzerngesteuerte Agrarindustrie ihre Interessen durchsetzt. Denn diese Akteure aus den industrialisierten Staaten der OECD-Welt<sup>16</sup> und zunehmend auch aus den Schwellenländern, setzen gemeinsam mit den internationalen Finanzinstitutionen ihre Bemühungen fort, die Landwirtschaft des Südens kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu unterwerfen und die Kontrolle über die wachsenden Agrarmärkte zu übernehmen.

#### Die Nahrungsmittelkrise in Afrika im Frühjahr 2008<sup>17</sup>

Viele Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) wie u.a. Oxfam oder die Welthungerhilfe, aber auch staatliche Entwicklungsorganisationen und zahlreiche ExpertInnen, warnen seit Jahren, dass der „Kampf gegen den Hunger“ in Afrika noch lange nicht gewonnen ist. Die mangelnde „Zahlungsmoral“ der Geber, verfehlte neoliberale Agrar- und Handelspolitiken sowie weitere Faktoren wie z.B. die Klimawandel oder Bodenübernutzung bedrohen zunehmend die Versorgungslage. In Afrika (und Südasien) verschlechterten sich die Indikatoren der Ernährungssicherheit sogar strukturell: Viele Staaten sind immer weniger in der Lage, den Nahrungsmittelbedarf ihrer Bevölkerungen mit der heimischen Landwirtschaft zu decken und sind stattdessen verstärkt auf Importe und Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Sie unterliegen

<sup>14</sup> Debbie Barker 2007, The Rise and Predictable Fall of Globalized Industrial Agriculture. A Report from the International Forum on Globalization. San Francisco.

<sup>15</sup> Internet: [www.boell.de/downloads/internationalepolitik/SR\\_Exec\\_Sum\\_130408\\_Final.pdf](http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/SR_Exec_Sum_130408_Final.pdf)

<sup>16</sup> OECD = Organisation für Ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung.

<sup>17</sup> Zur Nahrungsmittelkrise in Afrika siehe u.a. Africa Confidential 9. Mai 2008, It's the Price that Counts. Africa Confidential 49 (19), S. 10f. Für weitere Informationen siehe u.a. die Webseite von Attac: <http://www.attac.de/aktuell/nahrungsmittelkrise/materialien/>

somit zunehmend externen Faktoren, die von den Regierungen nicht zu kontrollieren sind, wie z.B. Preisschwankungen auf dem Weltmarkt.

In der ersten Jahreshälfte 2008 spitzte sich die Situation dramatisch zu: Versorgungsengpässe und drastische Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel wie Reis und Weizen führten in vielen Ländern zu akuten Nahrungsmittelkrisen. Die Welternährungsorganisation der UNO, FAO (Food and Agriculture Organization), stellte im März 2008 fest, dass weltweit 37 Staaten, davon 21 in Afrika, von schweren Nahrungsmittelkrisen betroffen waren. Insgesamt stiegen die Preise auf dem Kontinent um durchschnittlich 50 Prozent, wobei in einzelnen Staaten die Teuerungsraten für bestimmte Grundnahrungsmittel – v.a. verschiedene Getreidesorten und Reis – weit über diesem Wert lagen. In Sierra Leone, wo nach Angaben des Entwicklungsprogramms der UNO (UNDP) 70 Prozent der Bevölkerung unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, verteuerte sich z.B. das Grundnahrungsmittel Reis innerhalb weniger Monate um 300 Prozent.

### **Proteste und Hungerunruhen**

In vielen (nicht nur) afrikanischen Staaten von Ägypten bis Südafrika protestierten zwischen Januar und Mai 2008 die armen Bevölkerungsschichten, die mit Demonstrationen, Streiks und anderen Protestformen auf ihre Lage aufmerksam machten. In Ägypten, Kamerun, Senegal und Südafrika organisierten Gewerkschaften und Oppositionsparteien groß angelegte Demonstrationen und Warnstreiks. In fast allen Ländern kam es darüber hinaus zu spontanen Protestkundgebungen. Vorerorts wurden die Proteste von Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen, unter anderem in Ägypten, Burkina Faso, der Elfenbeinküste, Guinea, Kamerun und Mauretanien.

Dort hatten die Protestierenden ihre konkreten Proteste gegen hohe Nahrungsmittelpreise um weiter greifende politische und soziale Forderungen erweitert. In Kamerun gehen unabhängige Informationen davon aus, dass bis zu 100 Menschen in Folge der politischen Unruhen im Februar umkamen. Derartige, von gewaltsamen Unruhen und oft massiver Staatsgewalt begleitete Demonstrationen veranlassten den Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) Dominique Strauss-Kahn sogar, vor einer neuen Sicherheitsbedrohung durch „Hungerkriege“ zu warnen.<sup>18</sup>

### **Textbox 2**

### **Internationale Reaktionen auf die Nahrungsmittelkrise**

Die mit der Nahrungsmittelkrise verbundenen Befürchtungen akuter humanitärer Notlagen (nicht nur) in Afrika und nicht zuletzt die weltweiten Proteste gegen die hohen Lebensmittelpreise sorgten dafür, dass die Themen Hunger und Ernährungssicherheit auf die internationale politische Agenda gelangten. Alarmiert durch die Hungerunruhen, die in vielen instabilen Staaten Afrikas – aber auch Asiens und der Karibik, z.B. in Haiti – bereits bestehende politische Krisen verschärften, rückten die G8-Staaten diese Themen auf die Agenda des G8-Gipfels 2008. Dort wurde zwar ein Hilfsfonds in Aussicht gestellt, die Ursachen der aktuellen Krise blieben aber unangesprochen. Auch der Welternährungsgipfel in Rom im Juni 2008 brachte keine Ergebnisse, die an den strukturellen Ursachen der Krise ansetzten. Dies lag daran, dass die Bewertung der Krise äußerst umstritten blieb. V.a. die Kontroversen über eine Mitverantwortung der westlichen Geberstaaten und Organisationen konnten nicht ausgeräumt werden. Dementsprechend blieben die politischen Schlussfolgerungen, die Eingang in das Abschlussdokument fanden, allgemein und unverbindlich. Die von NGOs, UN-Programmen und ExpertInnen – wie u.a. vom IAASTD (s.o.) – geforderte Neuausrichtung der Agrarpolitik blieb aus. Stattdessen wiesen die wenigen konkreten Ergebnisse des Gipfels eindeutig in die Richtung neoliberaler Kontinuität.<sup>19</sup>

Kurzfristig wurden den von der Krise betroffenen Staaten finanzielle Hilfen in Aussicht gestellt, um Nahrungsmittel sowie Saatgut importieren zu können. Mittel- und langfristig wurden den Staaten des Südens weitere Marktliberalisierungen im Agrarsektor empfohlen. Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit vollzog sich eine Verlagerung der politischen Kompetenzen. Die UN-Organisation FAO wird – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer internen Führungskrise – zukünftig nicht mehr federführend sein.<sup>20</sup> Auf dem Ernährungsgipfel berief UN-Generalsekretär Ban Ki Moon stattdessen eine neue Arbeitsgruppe ein, die sich aus den Spitzen von Weltbank, IWF und den bisher zuständigen UN-Sonderorganisationen FAO, IFAD (Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung) und WFP (World Food Programme) zusammensetzt. Derzeit entwickelt die Arbeitsgruppe einen Aktionsplan zur Agrarpolitik. Da dort weder VertreterInnen aus den Staaten des Südens noch unabhängige ExpertInnen beteiligt sind, befürchten kritische BeobachterInnen, dass über das Mitwirken von Weltbank und IWF in dieser Arbeitsgruppe weitere Weichenstellungen in Richtung einer neoliberalen Agrarpolitik gestellt werden.

<sup>18</sup> Süddeutsche Zeitung, 18. April 2008, IWF-Chef Strauss-Kahn: Hungerkrise kann Kriege auslösen.

<sup>19</sup> Armin Paasch 2008, Der Hungergipfel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7 / 2008, S. 5-9.

<sup>20</sup> Michael Windfuhr 2008, Viele Initiativen, wenig Koordination. In: Welt-Sichten Nr. 8 / 2008, S. 36-38.

# JEDER 7. MENSCH HUNGERT ...

... obwohl es statistisch überall genug Nahrung gibt

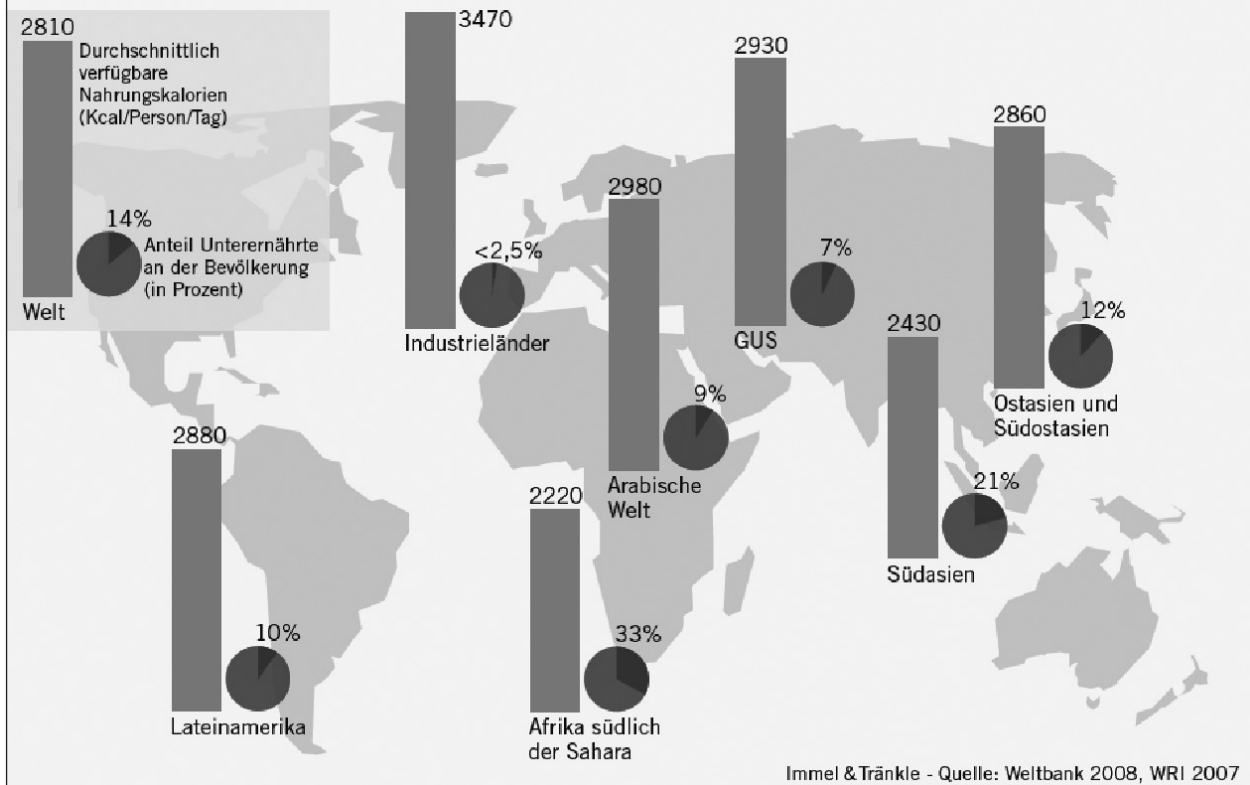


Abb. 1 Hunger in der Welt

Quelle: [http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/infografiken/Mensch\\_hungert\\_4c.pdf](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/infografiken/Mensch_hungert_4c.pdf)

## 2.2 Ursachen und Faktoren der Krise: Vernachlässigung und falsche Weichenstellungen im Agrarsektor

Die unmittelbaren Auslöser für die weltweite Nahrungsmittelkrise unterschieden sich in den jeweiligen Regionen. Unter Experten herrscht jedoch weitgehend Konsens darüber, dass in der aktuellen Krise Faktoren zum Tragen kamen, die einerseits eine Mischung aus aktuellen und zum Teil klimatisch bedingten Ereignissen sind und andererseits auch langfristige Entwicklungen darstellen, die maßgeblich durch politische Weichenstellungen der Vergangenheit und Gegenwart begünstigt oder sogar verursacht wurden:

- Der erneute, sprunghafte Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln in den letzten Monaten lässt sich teilweise auf witterungsbedingte Ernteausfälle und damit verbundene Engpässe zurückführen. Missernten in einigen Regionen verursachten z.B. im Jahr 2007 Einbußen von 7 Prozent der weltweiten Getreideproduktion.
- Damit spitzte sich die angespannte weltweite Ertragslage weiter zu, denn bereits in den Vorjahren kam es örtlich zu klimatisch bedingten Ernteausfällen. Die zunehmend schwankenden Witterungsverhältnisse sowie eine regional z.T. dramatisch fortschreitende Wüstenbildung sind bereits Vorbo-

ten des globalen Klimawandel. Hinzu kommen z.B. Ernteausfälle durch örtliche Bodenübernutzung.

Die strukturellen Ursachen der Ernährungskrise sind auf politische (Fehl-) Entscheidungen und verfehlte Agrar- und Handelspolitiken zurückzuführen: Tatsächlich sind trotz der gegenwärtigen Krise weltweit ausreichend Lebensmittel vorhanden, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Allerdings sind die Preise für viele – Staaten und Menschen gleichermaßen – immer schwerer zu bezahlen. In den letzten Jahrzehnten haben die Liberalisierungspolitiken und die Marktöffnung für Agrarprodukte, die den Entwicklungsländern aufgezwungen wurden (aber auch verfehlte Agrarpolitiken in den Ländern selbst), dazu beigetragen, dass lokale Märkte zerstört wurden und sich die Produktionsstrukturen vielerorts auf eine exportorientierte Landwirtschaft verlagerten, die die örtliche Bevölkerung nicht ernährt (s.u.).

- Die Marktbedingungen haben sich für die Agrargüter exportierenden Länder des Südens durch die steigenden Energiepreise verschlechtert. Durch den Anstieg des Ölpreises auf das Dreifache seit 2000 bis zum Sommer 2008 schnellten auch die Kosten für die Agrarproduktion in die Höhe: Treibstoff für Produktion und Transport, Düngemittel und andere Güter sind teurer geworden.

- Verschärfend wirkten sich zudem die Produktionsverlagerung von Agrarproduzenten aus, die aufgrund der – politisch geförderten – und in den letzten Jahren stark gestiegenen Nachfrage nach so genannten Agrartreibstoffen ihre Produktion auf dafür taugliche Pflanzensorten wie zum Beispiel Palmöl, Raps, Mais und Soja umstellten bzw. die Ernten nicht für Lebensmittelmärkte zur Verfügung stellten, sondern zur Herstellung von Ethanol oder Biodiesel raffinieren ließen. Verschiedene Studien – zuletzt eine im April veröffentlichte Studie der Weltbank (2008)<sup>21</sup> – belegten, dass diese Produktionsverlagerungen einen signifikanten Anteil an den Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel haben (s.u.).

Zahlreiche Entwicklungsorganisationen betonen daher, dass die gegenwärtige Ernährungskrise ein Ergebnis falscher Politik ist, die die Förderung der Landwirtschaft im Süden in den letzten 20 Jahren sträflich vernachlässigte. Dies ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn der Kampf gegen Hunger und Armut ist das erste und wichtigste der so genannten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals; MDG), zu denen sich die Mitgliedstaaten der UNO im Jahr 2000 bekannten. Die westlichen Geberstaaten und -institutionen verpflichteten sich, durch höhere und effizienter eingesetzte Transfers der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bis 2015 die Zahl der armen und hungernden Menschen um die Hälfte zu reduzieren. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft eine große Lücke: Im Widerspruch zu den Regierungsversprechen waren die realen EZ-Transfers von 2005 bis 2007 sogar rückläufig. Deutschland erhöhte zwar den Etat des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2007, 2008 und auch 2009. KritikerInnen bemängeln aber, dass auch Deutschland weit hinter seiner Verpflichtung zurückbleibt, seine EZ bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken.

Die Menschen in Afrika sind bis heute am schärfsten von Armut und Mangelernährung betroffen. 380 Mio. AfrikanerInnen leben in extremer Armut (nach Statistiken von 2005), d.h. sie müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar täglich pro Kopf überleben. Folglich stellt der Kontinent einen großen Anteil der weltweit rund 854 Mio. chronisch mangelernährten Menschen. Nur die wenigsten Staaten Afrikas, so resümierte u.a. der Umsetzungsbericht zu den MDG der UNO von 2007, werden bis 2015 ihre Ziele erreichen können, falls die Geberstaaten ihren Hilfsversprechen nicht nachkommen.<sup>22</sup>

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es paradox, dass die Landwirtschaftsförderung in der Entwicklungshilfe der Industrieländer von 17 Prozent Anfang der 1980er Jahre auf nur 3,7 Prozent im Jahr 2007

gesunken ist. Deutschland ist hier keine Ausnahme: Stellte das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) noch 1998 rund 262 Millionen Euro für die Landwirtschaftsförderung bereit, so waren es 2006 nur noch 163, und der Anteil der Hilfen für das subsaharische Afrika war von diesen Einbußen sogar überproportional betroffen.<sup>23</sup> Die Ministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, versprach unter dem Eindruck der Nahrungsmittelkrise zwar eine kurzfristige Bereitstellung von zusätzlichen 500 Millionen Euro für die ländliche Entwicklung.<sup>24</sup> Diese Aufstockung ist zu begrüßen, doch bleibt sie weit hinter dem zurück, was Experten lange anmahnen: eine grundlegende konzeptionelle Neuorientierung der Landwirtschaftsförderung im Rahmen der EZ.

### **Entwicklungszusammenarbeit fördert konzerngesteuerte Landwirtschaft**

„Die Landwirtschaft Afrikas ist eine Modellstudie, die zeigt, wie eine den Kapitalinteressen verpflichtete Wirtschaftsdoktrin die Produktionsgrundlagen eines gesamten Kontinents zerstören kann.“ *Walden Bello*

Die unzureichende finanzielle Förderung ist nur ein Problem der Landwirtschaftsförderung durch die deutsche und internationale EZ. Mindestens ebenso entscheidend ist, dass seit den 1980er Jahren mit Mitteln der EZ – vor allem der multilateralen Geberinstitutionen – konsequent eine exportorientierte, kommerzielle Landwirtschaft gefördert wurde. Mit dieser Weichenstellung trugen westliche Geberinstitutionen und -staaten maßgeblich zur Herausbildung sozial und ökologisch nicht nachhaltiger und wirtschaftlich nicht „lebensfähiger“ Landwirtschaften im Süden bei. Verschärft wurde dies durch die seit den 1980er Jahren ebenfalls forcierten Maßnahmen neoliberaler Strukturanpassung, deren Elemente – Privatisierung, Liberalisierung und Marktöffnung – den Staaten Afrikas die Gewährleistung der Ernährungssicherheit schrittweise entzogen.

Ein doppelter Paradigmenwechsel in Weltbank und IWF sowie westlichen Geberstaaten leitete in den frühen 1980er Jahren die Entwicklung ein, die Walden Bello in einer aktuellen Analyse als die „zielgerichtete Zerstörung der afrikanischen Landwirtschaft“ anprangerte.<sup>25</sup> Diese Zerstörung begann, als die Geberinstitutionen und -staaten die Mittel für ländliche und lokal ausgerichtete Entwicklung drastisch zurückfuhren, da sie die Förderung der – angeblich unproduktiven – auf lokale Märkte ausgerichteten Landwirtschaften nicht mehr als Kernbereich zur Überwindung von Armut ansahen. Stattdessen setzten sie auf die Förderung einer privatwirtschaftlichen industriellen Landwirtschaft, die sich auf den Anbau von Exportprodukten wie Kaffee, Kakao, Baumwolle, später auf Schnitt-

<sup>21</sup> Donald Mitchell 2008, A Note on Rising Food Prices. Policy Research Paper No. 4682. New York: July 2008.

<sup>22</sup> Jose Antonio Ocampo 2007, Overview: Progress at the MDG mid-point. Millennium Development Goals Report 2007. Internet: <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/mdg2007.pdf>

<sup>23</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Juni 2008, Entwicklungshilfe hat Landwirtschaft vernachlässigt.

<sup>24</sup> Frankfurter Rundschau, 23. August 2008, Kopflös gegen den Hunger.

<sup>25</sup> Walden Bello 2008, The Destruction of African Agriculture. In: Pambazuka News – Weekly Forum for Social Justice in Africa. August 5/2008. Internet: [www.pambazuka.org/en/category/features/49919](http://www.pambazuka.org/en/category/features/49919)

blumen (siehe Kasten), Obst und andere Produkte mit angeblichen Standortvorteilen konzentrierte. Die für die Ernährungssicherung benötigten Grundnahrungsmittel, so die Argumentation der Geber, könnten preisgünstiger importiert werden.

Damit wurde ein tiefgreifender Strukturwandel der Landwirtschaften des Südens eingeleitet, der im Einklang mit den neoliberalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitiken von IWF und Welthandelsorganisation (World Trade Organization; WTO) stand. Bis in die 1970er Jahre war Afrika ein Netto-Exporteur für Nahrungsmittel, und fast alle Staaten des Kontinents waren in der Lage, ihre Grundversorgung aus lokaler Produktion herzustellen. Gegenwärtig muss der Kontinent 25 Prozent seines Nahrungsmittelbedarfs importieren. Dabei ist fast jeder Staat von Importen abhängig und somit den teilweise starken Preisschwankungen auf regionalen Märkten oder dem Weltmarkt unterworfen, auf die örtliche Regierungen so gut wie keinen Einfluss nehmen können. Zugleich entstand durch die Industrialisierung der Landwirtschaft ein globaler Markt, auf dem heute (internationale) Konzerne der Agrarindustrie den Ton angeben: Die Landwirtschaft wird auch im Süden zunehmend von wenigen kommerziellen Großfarmen dominiert, von denen viele wiederum direkt oder indirekt, d.h. als Zulieferer oder Tochterunternehmen, von internationalen Investoren kontrolliert werden. Außerdem ist durch die Exportorientierung – und die durch die Kultivierung von zum Teil eingeführten Pflanzen – ein lukrativer Markt für Saatgutkonzerne entstanden.

Parallel hierzu wurden im Zuge der Strukturanpassungsmaßnahmen (in den 1980er und 1990er Jahren) sowie der so genannten Armutsreduzierungsstrategien im letzten Jahrzehnt (Poverty Reduction Strategies; PRS; siehe Kapitel 5) öffentliche Infrastrukturen und Institutionen privatisiert, sozialstaatliche, marktregulierende Errungenschaften zerstört und lokale Märkte und Genossenschaften (kommunale wie private) an den Rand gedrängt. Zudem wurden Afrikas Regierungen durch Handelsabkommen dazu gedrängt, Schutzzölle auf Agrargüter zu reduzieren und Subventionen abzubauen. Die vielerorts üblichen Produktions- und Exportkontrollen durch staatliche Behörden und Exportgesellschaften, die u.a. durch Abgabegarantien für lokale Produzenten Preisschwankungen auf dem Weltmarkt oder Einkommenseinbußen durch Ernteauffälle kompensieren konnten, wurden unter dem Druck der Geber abgeschafft oder im Zuge öffentlicher Einsparungen finanziell ausgetrocknet. Das Ergebnis ist heute, dass „[d]ie wenigen staatlichen Institutionen, die es früher im ländlichen Raum gab (...), im Rahmen der Strukturanpassung eingestellt oder privatisiert [wurden], so dass in ländlichen Regionen oft nur noch ein Skelett des Staates zu finden ist“, bilanzierte Michael Windfuhr von der Welthungerhilfe.<sup>26</sup>

<sup>26</sup> Michael Windfuhr 2008, Viele Initiativen, wenig Koordination. In: Weltsichten Nr. 8 / 2008, S. 38.

### Blumenproduktion in Kenia<sup>27</sup>

Das Beispiel Kenia zeigt das Ausmaß dieser durch die Exportorientierung der Landwirtschaft zu Lasten des Nahrungsmittelanbaus für die eigenen Märkte hervorgerufenen Fehlentwicklung. Bis in die 1980er Jahre hatte sich Kenia selbst versorgt, heute importiert das Land 80 Prozent seiner Lebensmittel. In der jüngeren Vergangenheit kam es wiederholt zu Versorgungsengpässen (zuletzt 2007) und Hungerkatastrophen (zuletzt 2006). Auch von der aktuellen Nahrungsmittelkrise ist das Land schwer betroffen.

Nachdem in den 1980er Jahren die Erträge für die herkömmlichen Exportgüter – Kaffee und Tee – aufgrund der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt sanken, förderten westliche Geber (u.a. die Weltbank) den Ausbau der Blumenproduktion. Seither hat sich Kenia zum Marktführer für Schnittblumen entwickelt: 25 Prozent der in der EU gehandelten Blumen stammen aus dem ostafrikanischen Land. Kenias Blumenindustrie nimmt durchschnittlich 305 Mio. US-Dollar pro Jahr ein und beschäftigt mehrere 10.000 Menschen – allerdings unter unwürdigen Arbeitsbedingungen und zu niedrigsten Löhnen. Die meisten ArbeiterInnen verdienen wenig mehr als 2 US-Dollar pro Tag.

Die sozial und ökologisch verheerenden Folgen treten in der Region um den Naivasha-See im Central Rift Valley, dem Schwerpunkt der kenianischen Blumenindustrie, besonders deutlich zu Tage: Die örtliche Landwirtschaft wurde verdrängt, so dass sich die Grundnahrungsmittelpreise drastisch erhöhten. Das z.T. durch die Arbeitsmigration sprunghafte Bevölkerungswachstum belastet die Umwelt und überfordert die ausgehöhlten öffentlichen Infrastrukturen. Durch die Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln in den 70 kommerziellen Farmen in der unmittelbaren See-Nähe und durch das Einleiten von Abwässern sind Ökosysteme und Trinkwasserversorgung akut gefährdet. Durch den erhöhten Wasserverbrauch (Blumen bestehen zu 90 Prozent aus Wasser) senkte sich der Wasserspiegel des Sees seit dem Produktionsbeginn in den 1980er Jahren um drei Meter.

Trotz dieser Folgen setzt Kenias Regierung auf den Ausbau der Blumenproduktion. Für die ArbeiterInnen wird dies keinen höheren Lebensstandard bringen, denn die Gewinnspanne für Blumen verringert sich, seit mit Äthiopien, Ruanda und Uganda weitere Länder in den Blumenexport eingestiegen sind.

### Textbox 3

<sup>27</sup> Food and Water Watch / Council of Canadians 2008, Lake Naivasha: Internationale Blumenhändler trocknen die Region aus. Internet: [www.foodandwaterwatch.org](http://www.foodandwaterwatch.org)

Dieses „Skelett“ kann in vielen Ländern Afrikas die Ernährungssicherung nicht mehr gewährleisten.

Viele afrikanische Länder sind daher seit den 1980er Jahren in einem Teufelskreis gefangen: Die Förderung der lokal ausgerichteten Landwirtschaft ging rapide zurück. Zugleich führte die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Lebensmittel- und Saatgutimporten zu Weltmarktpreisen in den meisten Staaten langfristig zu einer deutlichen Erhöhung der privaten und öffentlichen Nahrungsmittelausgaben. Zugleich sanken in den letzten Jahrzehnten die Weltmarktpreise für viele agrarische Exportgüter, u.a. auch durch die stark gestiegene Konkurrenz aus anderen südlichen Ländern. Das Auslaufen internationaler Abkommen wie das Kaffeeabkommen, das den produzierenden Staaten gewisse Mindestpreise garantierte, reduzierte die Einnahmen zusätzlich.

Zudem sind entwicklungspolitische Programme zur Landwirtschaftsförderung durch handels- und agrarpolitische Interessen der westlichen Staaten (und zunehmend der Schwellenländer) konterkariert worden. So führten z.B. die Agrarbeihilfen und Exportsubventionen der reichen Länder an ihre eigene Landwirtschaft dazu, dass in vielen Entwicklungsländern die Nahrungsmittel aus lokaler Produktion teurer wurden als importierte. Auch die exportorientierte Landwirtschaft des Südens ist diesem ungleichen Konkurrenzkampf ausgesetzt: Nach Angaben der WTO beliefen sich die Agrarsubventionen der OECD-Staaten 2006 auf insgesamt 388 Milliarden US-Dollar und ermöglichten es industriellen Anbietern aus dem Norden, ihre Produkte günstiger zu verkaufen als ihre Konkurrenten aus dem Süden. Der Einbruch des westafrikanischen Baumwollmarkts ist hier nur ein Beispiel. Durch die massive Subventionierung der BaumwollfarmerInnen in den USA war amerikanische Baumwolle im letzten Jahrzehnt zwischen 20 Prozent und 55 Prozent günstiger als die aus verschiedenen Ländern Afrikas.<sup>28</sup>

### **„Grüne Revolution“ – das Tor zur Gentechnik**

„Die Akzeptanz von Biotech ist heutzutage oft eine Vorbedingung, um Hilfgelder zu erhalten.“

*Johnson Ekpere, Professor für Biotechnologie, Nigeria*

Trotz der vor dem Hintergrund der Nahrungsmittelkrise gewachsenen Kritik an der exportorientierten industriellen Landwirtschaft ist der Einfluss der Agrarlobby auf Geberinstitutionen und -staaten noch keineswegs gebrochen. Ein zentrales Ziel der Agrarlobby ist die Wiederbelebung der „Grünen Revolution“, die in Afrika in den 1990er Jahren scheiterte. Mit der „Grünen Revolution“ sollte die landwirtschaftliche Produktion durch neue Technologien und den verstärkten Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden gesteigert werden. Ihr Erfolg war zwar zunächst eine

Ertragssteigerung, hatte aber mittel- und langfristig negative Auswirkungen, darunter die Verseuchung der Böden durch Chemikalien, die Verbreitung von Monokulturen mit ihren schädlichen Folgen von Bodenübernutzung, Erosion usw. Durch die Flankierung mit neoliberaler Strukturanpassung beförderte die „Grüne Revolution“ eine Konzentration von Landbesitz. Auch volkswirtschaftlich überwogen die negativen Effekte, denn auf die kurzfristigen Ertragssteigerungen folgten regelmäßig Einbrüche der Preise.

Der Aufruf zur Neuauflage der „Grünen Revolution“ in Afrika hat vor dem Hintergrund der seit 2001 kontinuierlich steigenden Nahrungsmittelpreise und der diesjährigen Nahrungsmittelkrise bei multilateralen Geberorganisationen und Geberstaaten (erneut v.a. in den USA) wieder an Zugkraft gewonnen. Dies ist eine reale Bedrohung für den traditionellen Saatgutsektor, der v.a. in Afrika immer noch den größten Teil des Bedarfs abdeckt. Saatgut wird untereinander getauscht oder auf informellen Saatgutmärkten eingekauft. Dieses für alle zugängliche und billige System der Saatgutnutzung soll durch ein kommerzielles Saatgut-Vertriebssystem ersetzt werden, das von Konzernen kontrolliert und gesteuert wird. Damit werden die Bäuerinnen und Bauern abhängig von industriellem Saatgut, das vor allem Konzerne wie z.B. der Multi und Marktführer Monsanto vertreiben.

Aktiv setzen sich die Bill & Melinda Gates Stiftung und die Rockefeller Stiftung für die Wiederbelebung der Grünen Revolution ein. Im September 2006 gründeten sie die „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“, die, mit einem Finanzvolumen von 150 Mio. US-Dollar ausgestattet, eine PR-Kampagne unter Staatschefs, in UN-Programmen und Geberorganisationen startete. Mit Erfolg: Auch Jacques Diouf, Chef der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), rief zu ihrer Unterstützung auf. Schwerpunkt der „Revolution“ ist ein internationales Programm für Agrarforschungszentren, die in den nächsten fünf Jahre mindestens 200 neue Saatgutsorten züchten sollen. Dabei sollen in Kooperation mit Agrarkonzernen wie Monsanto auch die Möglichkeiten der Biotechnologie genutzt werden.<sup>29</sup> Auch das BMZ macht sich die Förderung von Biotechnologie zu Eigen: Im Haushaltsjahr 2008 unterstützt das Ministerium die Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (Consultative Group on International Agricultural Research, CGIAR) mit 17,5 Mio. Euro.

Der Appell des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon im April 2008, in dem er zur Ertragssteigerung die Verwendung von genmanipuliertem Saatgut forderte, belegt, dass die Verbreitung von gentechnisch veränderten Saatgut und Nahrungsmitteln (GVO: Gentechnisch veränderte Organismen) inzwischen Eingang in die Lösungsansätze der UN gefunden hat. Damit droht sich die UN zum Erfüllungsgehilfen von Agrarkonzern-

<sup>28</sup> Walden Bello 2008, The Destruction of African Agriculture. In: Pambazuka News – Weekly Forum for Social Justice in Africa. August 5/2008. Internet: [www.pambazuka.org/en/category/features/49919](http://www.pambazuka.org/en/category/features/49919)

<sup>29</sup> Ute Sprenger 2008, Billanthropie und Biotech. In: Afrika Süd Nr. 1 / 2008, S. 40-41, Webseite der Allianz für die Grüne Revolution in Afrika: [www.agra-alliance.org/](http://www.agra-alliance.org/)



nen zu machen, die genau dieses Ziel verfolgen: Die Aufweichung nationaler Gesetzgebungen und internationaler Konventionen gegen GVOs eröffnet ihnen einen immensen und bislang kaum erschlossenen Markt. Aussagen wie die von Ban Ki Moon helfen den Konzernen, die Widerstände gegen GVOs – im Norden wie im Süden – zu überwinden.

Schon während der Nahrungsmittelkrise 2002 im südlichen Afrika wurde um die Einführung der Gentechnik gestritten. Damals wollten die USA 500.000 Tonnen Mais an Malawi, Mozambique, Sambia und Zimbabwe liefern. Die Regierungen weigerten sich damals, das Geschenk anzunehmen, weil darunter auch Genmais war. Die Agroindustrie gab nicht auf und kann nun die Früchte ihrer Lobbyarbeit ernten: Wie erfolgreich der „Gen-Kreuzzug“ in Afrika ist, zeigt sich bei der Baumwolle: Nach Burkina Faso startete auch Mali, der größte afrikanische Baumwollproduzent, ein Fünf-Jahres-Programm, um GVOs einzuführen. Federführend sind hier die Agrarkonzerne Monsanto und Syngenta sowie die US-Entwicklungshilfeagentur USAID.<sup>30</sup>

### **Gentechnik ist nicht ertragreicher**

Dass die Gentechnik ihre Versprechen, billiger und ertragreicher als konventionelle Landwirtschaft zu sein, nicht einlöst, bestätigen viele Studien. US-amerikanische und kanadische Bäuerinnen und Bauern, die über eine 10-jährige Erfahrung mit genveränderten Pflanzen verfügen, beklagen, dass die Ernteausbeute gesunken, der Pestizidbedarf gestiegen und die Nährstoffdichte der Produkte geringer geworden sei. Des Weiteren zeigten mehrere Befunde, dass bei gentechnisch verändertem Mais, Reis oder Erbsen gesundheitliche Risiken nach wie vor nicht ausgeschlossen sind. Selbst die ForscherInnen des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag kommen zu dem Schluss, dass ein Nutzen von GVOs nicht erwiesen ist. Auch der Weltagrarrat IAASTD warnt in seinem Bericht vor den Gefahren der Biotechnologie für die Entwicklungsländer, weil dadurch lokale Anbaupraktiken, die die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sichern, unterwandert werden.

- DIE LINKE spricht sich eindeutig gegen genmanipuliertes Saatgut und gentechnisch veränderte Nahrungsmittel aus, die die Ernährungssouveränität untergraben und nur dazu dienen, den Konzernen die Kontrolle über den globalen Nahrungsmittel- und Saatgutmarkt zu ermöglichen. Damit wird eine eigenständige sozial- und umweltverträgliche Agrarpolitik unmöglich.
- DIE LINKE fordert, zusammen mit vielen NROs und der IAASTD, eine radikale Kehrtwendung der globalen Landwirtschaftspolitik und eine grundlegende Änderung des Weltwirtschaftssystems.

- DIE LINKE fordert eine massive Aufstockung der Unterstützung für die ländliche Entwicklung, wobei ins Zentrum der Förderung Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, angepasste Technologien und Betriebsformen sowie eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung gerückt werden müssen.

- Statt wie bisher den Fokus auf die exportorientierte Landwirtschaft zu legen, muss v.a. die Produktion für die lokalen Märkte unterstützt werden, damit dort die Abhängigkeit von Importen und die Anfälligkeit für Preisschwankungen auf dem Weltmarkt reduziert wird. Die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung und der Ernährungssouveränität muss das Ziel der Agrarpolitik und der EZ sein.

### **Agrartreibstoffe – Nahrungsmittel für den Tank: Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit**

Der Boom der Agrartreibstoffe spielt eine entscheidende Rolle bei den Preisanstiegen einiger Grundnahrungsmittel wie Mais, Weizen und Reis sowie anderer landwirtschaftlicher Produkte. Eine aktuelle Studie der NGO Oxfam führt 30 Prozent der aktuellen Nahrungsmittelpreiserhöhungen auf Produktionsverlagerungen in der Landwirtschaft auf Agrartreibstoffe zurück. Damit, so die Studie weiter, gefährdet die Agrartreibstoffproduktion direkt die Ernährungssicherheit von weltweit 100 Millionen Menschen.<sup>31</sup> Auch eine Studie der Weltbank führt die Nahrungsmittelverteuerung zu signifikanten Anteilen auf die Agrartreibstoffe zurück.<sup>32</sup>

Die Gründe liegen auf der Hand: Steigende Ölpreise und Subventionen verlocken immer mehr Bäuerinnen und Bauern im Süden, „Biospritpflanzen“ für den Export statt Lebensmittel für den einheimischen Markt anzubauen. Aufgrund der hohen Rohölpreise – im Sommer 2008 kostete der Barrel Rohöl 110 bis 120 US-Dollar – ist das Geschäft hoch profitabel. Auch multinationale Konzerne investieren Milliarden in das Geschäft mit Agrartreibstoffen. In den vergangenen Jahren konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf Südamerika, wo z.B. in Brasilien Agrarkonzerne den Anbau von Zuckerrohr für die Produktion von Ethanol massiv vorantrieben und wo infolgedessen (zum Teil illegale) Brandrodungen im Regenwald bedrohlich zunahm. Inzwischen haben meist westliche Investoren auch Afrika ins Visier genommen.

Dort treffen die Konzerne auf nahezu ideale Bedingungen: Niedrige Bodenpreise und unklare Eigentumsverhältnisse bei Bodenrechten (siehe den Abschnitt zu Landfragen) ermöglichen es den Investoren mit ihren Rechts- und PR-Abteilungen, staatliche Institutionen, traditionelle Autoritäten und lokale zivilgesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Die Konzerne treffen auf leicht beeinflussbare Regierungen

<sup>30</sup> Vgl. Uwe Hoering 2007, Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich. VSA. Siehe auch: The African Green Revolution Takes Off: A Progress Report, [www.worldfoodprize.org/assets/symposium/2006/transcripts/Sanchez.pdf](http://www.worldfoodprize.org/assets/symposium/2006/transcripts/Sanchez.pdf)

<sup>31</sup> Oxfam 2008, Another Inconvenient Truth. How Biofuels are Deepening Poverty and Accelerating Climate Change. Internet: [http://www.oxfam.de/download/Inconvenient\\_Truth\\_Biofuels.pdf](http://www.oxfam.de/download/Inconvenient_Truth_Biofuels.pdf)

<sup>32</sup> Donald Mitchell 2008, A Note on Rising Food Prices. Policy Research Paper No. 4682. New York: World Bank July 2008.

mit schlecht ausgestatteten und z.T. korrupten Verwaltungen, die nicht in der Lage sind, die Angebote der Konzerne zu prüfen. In Äthiopien, Ghana, Mosambik und Tansania haben Konzerne wie Sun Biofuel und Kavango BioEnergy aus Großbritannien, BioFuelAfrica aus Norwegen, Sekap aus Schweden aber auch die deutsche Firma Prokon Konzessionen für mehrere Millionen Hektar Land erworben. In Malawi, Namibia und Sambia laufen derzeit Verhandlungen über bedeutende Landkonzessionen.<sup>33</sup>

### **EU hält trotz Kritik an Agrartreibstoffen fest**

Ein weiterer Faktor, der den Boom auf Agrartreibstoffe mit antreibt, ist zum Beispiel das Beimischungsziel der EU, mit denen der Anteil an regenerativen Energien im Gesamtverbrauch erhöht werden soll. Trotz wachsender Kritik an der Förderung von Agrartreibstoffen, die von der Weltbank, der OECD, der europäischen Energieagentur und zahlreichen Entwicklungsorganisationen vorgetragen wird, hält die EU weiterhin am Ausbau des Kraftstoffes fest – wenn auch unter Auflagen. Ob diese Auflagen jedoch effektiv umgesetzt und überwacht werden können, ist zweifelhaft. Die drei kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) und Misereor betonten in einer Stellungnahme im Februar 2008, dass es in „vielen Ländern keine effektive, kontrollierbare und durchsetzbare Flächennutzungs politik gibt, die die Einhaltung sozialer oder ökologischer Standards garantieren könnte“.<sup>34</sup>

Auch aus ökologischen Gründen werden Agrartreibstoffe kritisiert, denn Studien zeigen, dass durch das Anpflanzen von Mais, Raps oder Palmöl oft mehr Treibhausgase entstehen als durch die pflanzlichen Kraftstoffe eingespart werden. Folgen der wachsenden Agrarkraftstoff-Produktion sind eine zunehmende Abholzung von Regenwäldern, eine strukturarme intensiv bewirtschaftete Monokultur und steigender Wassermangel. Darüber hinaus geht sie einher mit der gewaltsamen Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie indigenen Völkern von ihrem Land, das für die Produktion von Zuckerrohr oder Ölpalmen zur Herstellung von Agrarkraftstoffen genutzt wird. Darum fordern sie einen sofortigen Stopp der Produktion von Agrartreibstoffen in ihren Ländern.

### **DIE LINKE greift diese Forderungen auf und ergänzt sie um**

- den Stopp von Biokraftstoffimporten in die Europäische Union,
- die Aufgabe des europäischen Beimischungsziels, das vorsieht, bis 2010 10 Prozent des Energiebedarfs im Verkehr durch Agrartreibstoffe abzudecken,

- den verstärkten Ausbau von Sonnen- und Windenergie in Europa und in den Ländern des Südens,
- die verstärkte Förderung dezentraler Energieversorgung auf der Grundlage regenerativer Energien im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

### **Spekulation und Hunger**

Zusätzlich angeheizt wird die Nahrungsmittelknappheit und -verteuerung durch die Börsenspekulation. US-amerikanische und europäische Pensionskassen legen ihre Gelder in Rohstoffen an, wozu neben Öl auch Nahrungsmittel wie Soja, Weizen oder Mais gehören. Je höher die Preise, desto höher die Profite für die Anleger; so setzt die Spekulation zusätzlich eine Preisspirale in Gang: Hohe Preise begünstigen die Spekulation, die Spekulation trägt zur Verteuerung bei. Zwar bleibt die Höhe des Anteils, die die Spekulation an den Preissteigerungen (nicht nur) bei Nahrungsmitteln ausmacht, umstritten. Allerdings fließen jede Woche ein bis zwei Milliarden US-Dollar neu in die Rohstoff-Börsen. Das Spekulieren auf Nahrungsmittel ist ein Verbrechen und sollte verboten werden. Die indische Regierung hat dies erkannt und bereits Anfang 2007 alle Terminkontrakte<sup>35</sup> auf Weizen, Reis, eine Bohnensorte und Straucherbsen untersagt. Dieses Verbot wurde im Mai 2008 auf Sojaöl, Kartoffeln und Kautschuk erweitert.

- DIE LINKE fordert ein Verbot von Terminkontrakten landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Lebensmittel gehören nicht an die Börse!
- DIE LINKE fordert die Regulierung der Finanzmärkte und setzt sich insbesondere für ein Verbot der hochspekulativen Hedgefonds ein.

### **2.3 Nur eine radikale Wende kann Hunger und Armut bekämpfen**

Im April 2008 forderte der Weltagrarrat IAASTD, ein Gremium aus 400 ExpertInnen, einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik. Der IAASTD zog folgendes Fazit aus seiner 5-jährigen Forschung: „Nur eine radikale Wende der Agrarpolitik und -forschung, ein Paradigmenwechsel, in dessen Mittelpunkt Kleinbauern und angepasste Technologien, gerechte Land- und Ressourcenverteilung stehen, kann die Ernährung von 9 Milliarden Menschen sichern, ohne dabei die ökologischen Grundlagen der Landwirtschaft zu zerstören [...] Hunger und Armut können nachhaltig nur lokal bekämpft werden.“<sup>36</sup>

Die bei Kleinbauern und Kleinbäuerinnen erzielbare Ertragssteigerung übersteigt die Möglichkeit industrieller Landwirtschaft um ein Vielfaches, so der IAASTD. In Afrika südlich der Sahara allein könnten noch geschätzte 1 Milliarde Hektar landwirtschaftlich

<sup>33</sup> Horand Knap 2008, Sturm auf die Scholle. In: Der Spiegel, 1. September 2008.

<sup>34</sup> Die Stellungnahme im Internet: [http://www.misereor.de/fileadmin/user\\_upload/pflege\\_thema/StellungnahmeAgrofuelsMIS\\_EED\\_BfW\\_2008\\_final.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/pflege_thema/StellungnahmeAgrofuelsMIS_EED_BfW_2008_final.pdf)

<sup>35</sup> Vertrag über Lieferung und Abnahme zu einem fest vereinbarten Preis, der erst eine gewisse Zeit nach dem Abschluss erfüllt wird.

<sup>36</sup> [www.boell.de/downloads/internationalepolitik/SR\\_Exec\\_Sum\\_130408\\_Final.pdf](http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/SR_Exec_Sum_130408_Final.pdf), englisch

genutzt werden. Um dieses Potential zu erschließen, müssen die Verbreitung angepasster Technologien, die Nutzung und Fortentwicklung von indigenem Wissen und der verbesserte Zugang zu Bildung und Krediten zu den Schwerpunkten ländlicher Förderung werden. Wichtig sind Fördermaßnahmen für Frauen, die fast einem Drittel aller ländlichen Haushalte in Afrika südlich der Sahara vorstehen und maßgeblich in der Nahrungsmittelproduktion sowie im Handel mit Agrarprodukten tätig sind.

Bereits 2001 bestätigte eine Studie des Forschungsprojekts SAFE-World, die über 200 Projekte und Initiativen in 52 Ländern – viele davon in Afrika – auswertete, dass eine nachhaltige Landwirtschaft die Weltbevölkerung ernähren könnte. Es gibt eine Vielzahl von Projekten, die Agrar- und Forstwirtschaft mit Methoden natürlicher Kompostierung und Bodenschutzmaßnahmen zu einem System kombinieren. Dies bringt höhere Erträge und ermöglicht den Verzicht auf Kunstdünger, was KleinbäuerInnen höhere Einnahmen ermöglichen würde. Mit dem Einsatz angepasster Landnutzungsmethoden wäre es möglich gewesen, Hungerkrisen und ökologische Krisen entgegen zu wirken. EntwicklungsexpertInnen weisen schon seit den 1980er Jahren auf diese Zusammenhänge hin.

### **Die Landfrage ist zentral**

Die Sicherung und Förderung der Rahmenbedingungen für die sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft muss im Vordergrund der EZ stehen. Hierzu gehören rechtlich verbindliche und sozial verträgliche Regelungen zu Landrechten. In Afrika ist die Landfrage durch ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit und politischen (Macht-) Missbrauch gekennzeichnet. In den meisten Staaten wurden nach der Unabhängigkeit die Land- und Bodenrechte aus dem Motiv verstaatlicht, die Kontrolle über Bodenschätze und Land von privatwirtschaftlichen Akteuren aus den Kolonialmächten zurückzugewinnen. Dies führte jedoch zu bis heute ungelösten Landrechtproblemen, denn v.a. in abgelegenen Regionen wurden die Landreformen nie flächendeckend umgesetzt. Bis in die Gegenwart werden Landfragen dort über traditionelles Gewohnheitsrecht und durch traditionelle lokale Autoritäten geregelt, deren Ansprüche lange unangetastet blieben oder zumindest geduldet wurden. Allerdings nahmen seit den 1970er Jahren die Spannungen zwischen (afrikanischen) Staatseliten und traditionellen Autoritäten zu, als die Vergabe von Ländereien an politische Alliierte zunehmend zum Instrument der Patronagepolitik wurde. In vielen – teils bewaffnet ausgetragenen – Konflikten der Gegenwart, u.a. in der DR Kongo, aber auch in Kenia, spielt diese Konfliktdimension (neben anderen) eine wichtige Rolle.<sup>37</sup>

Deutlich verschärft wurden diese Konflikte um Eigentums- und Zugangsrechte im Zuge der von den Geberorganisationen eingeforderten Privatisierung von Staatseigentum – darunter auch Land. Land, das formal dem Staat gehörte, praktisch und traditionell aber als Gemeinschaftsbesitz bewirtschaftet und genutzt wurde, wurde der Gemeinschaft „enteignet“ und ökonomisiert. Durch diese seit den Strukturpassungsprogrammen ab Mitte der 1980er Jahre und im letzten Jahrzehnt noch einmal dramatisch zunehmende Kommerzialisierung von Landbesitz wurden insbesondere schwache gesellschaftliche Gruppen wie indigene Bevölkerungsgruppen, Minderheiten und – allgemein – KleinbäuerInnen verdrängt.

Um diesen Gruppen einen rechtlich abgesicherten Zugang zu Land und anderen Ressourcen zu geben, bedarf es grundlegender Reformen. Einige nicht-staatliche Entwicklungshilfeorganisationen setzen in dem Zusammenhang auch auf die Weiterentwicklung des traditionellen Gewohnheitsrechts. Dies könnte auch den Landraub, d.h. die Vertreibung von Menschen von ihrem Land durch nationale Eliten und ausländische Konzerne, verhindern sowie auch der zunehmenden Spekulation auf Landbesitz Einhalt gebieten.

- DIE LINKE fordert, dass die Unterstützung von Landreformen mit dem Ziel, den Bäuerinnen und Bauern den Zugang zu Land zu vereinfachen und rechtlich abzusichern, ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit werden muss.

<sup>37</sup> Siehe hierzu u.a. Frank van Acker 2005, Where did all the Land go? Enclosure and Social Struggle in Kivu (DR Congo). In: Review of African Political Economy 32 (103) 79-98.

### 3. Wirtschaft in Afrika: Abhängigkeit trotz Wachstum

In einem kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Interview witterte der Fondsmanager für den Afrika-Fonds der Deutschen Bank „gigantische Chancen“ für Anleger und Investoren in Afrika.<sup>38</sup> Noch vor rund zehn Jahren wäre eine solche Einschätzung undenkbar gewesen, denn Afrika galt auch wirtschaftlich als Krisenkontinent. Seither verzeichnete der Kontinent aber stabile Wachstumsraten, und der Rohstoffreichtum Afrikas weckte aufgrund steigender Preise neue Begehrlichkeiten. Nicht zuletzt das Erstarken neuer ökonomischer Akteure aus den aufstrebenden Schwellenländern – insbesondere Chinas – setzte seit der Jahrtausendwende einen Wettlauf auf die Ressourcenvorkommen und „vergesenen“ Märkte Afrikas frei.

Allerdings profitiert die große Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung bis heute nicht von diesem Wachstum. Zudem bleiben fast alle Volkswirtschaften des Kontinents in der Falle struktureller Abhängigkeiten gefangen: Mit der hohen Abhängigkeit von Rohstoff-Exporten, dem geringen Industrialisierungsgrad und den asymmetrischen Weltwirtschaftsstrukturen ist Afrika heute genau wie im vergangenen Jahrzehnt mit extrem ungünstigen Voraussetzungen konfrontiert. Daran tragen die Wirtschafts- und Handelspolitiken und die marktliberalen „Reformprogramme“ der OECD-Welt eine erhebliche Mitschuld. Die aggressive Marktöffnungs- und Handelspolitik der EU zeigt sich dabei in aller Deutlichkeit an den angestrebten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs bzw. EPAs: Economic Partnership Agreements).

Der afrikanische Widerstand gegen die anhaltende wirtschaftliche Ausbeutung wurde aber in den letzten Jahren stärker. Die Weigerung afrikanischer Staatshäupter, die WPAs bis zum Jahresende 2007 trotz des massiven Drucks der EU zu unterzeichnen, ist zweifelsohne ein erster Erfolg. Ob die wachsende Präsenz Chinas und anderen Schwellenländern auf dem Kontinent die Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der Süd-Süd-Kooperation erfüllen kann, bleibt jedoch fraglich.

#### 3.1 Wirtschaftswachstum ohne Entwicklung

In den 1990er Jahren galt Afrika als wirtschaftlich unbedeutender Kontinent, in dem politische Instabilität, Kriege, Korruption und Rechtsunsicherheit sowie marode oder gänzlich fehlende Infrastrukturen das Wirtschaftsleben lähmten. Diese Wahrnehmung veränderte sich in den letzten Jahren deutlich und bewirkte eine Neuausrichtung der Afrikapolitik westlicher Staaten und internationaler Organisationen, aber auch von aufstrebenden Schwellenländern: Der

Kontinent entwickelt(e) sich zum Schauplatz eines Wettlaufs der Großmächte um politische und wirtschaftliche Einflusszonen. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Nachfrage nach fossilen Energieträgern und Ressourcen weltweit ist es zur Verknappung und Verteuerung von Bodenschätzen gekommen. Die USA, die EU und ihre Mitgliedstaaten, China und einige andere Schwellenländer wie z.B. Brasilien und Indien konkurrieren um den Zugriff auf Afrikas Ressourcen sowie zunehmend um den Zugang zu den weitgehend unerschlossenen und „vernachlässigten“ Märkten des Kontinents. Von dieser gewachsenen Aufmerksamkeit erwarteten Ökonomen der westlichen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen (z.B. der Weltbank) einen wirtschaftlichen Aufschwung auf dem Kontinent.<sup>39</sup>

Tatsächlich verzeichnen die Staaten Afrikas (südlich der Sahara) seit der Jahrtausendwende durchschnittliche Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent. Dennoch fällt das Urteil der meisten WirtschaftswissenschaftlerInnen und Afrika-ExpertInnen skeptisch aus. Denn um zu einer spürbaren Armutsreduzierung beizutragen, sind nach verschiedenen Schätzungen jährlich Wachstumsraten von 8 Prozent notwendig. So musste auch die Weltbank in ihrem Wirtschaftsbericht zu Afrika von 2007 einräumen, dass das Wachstum in Afrika nicht zur nachhaltigen Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation geführt hat. Zum einen sagen makro-ökonomische Durchschnittswerte wenig über die wirtschaftliche, geschweige denn die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Entwicklung aus. Gemessen an den sozialen Indikatoren menschlicher Entwicklung konnten sich nur die wenigsten Staaten des Kontinents verbessern, und nur eine Minderheit hat realistische Chancen, die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO (MDGs) bis 2015 zu erreichen. Zum anderen zeigt ein genauer Blick, dass die strukturellen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Entwicklungshemmnisse keineswegs überwunden sind, sondern sich teilweise trotz des Wachstums sogar verschärften.<sup>40</sup>

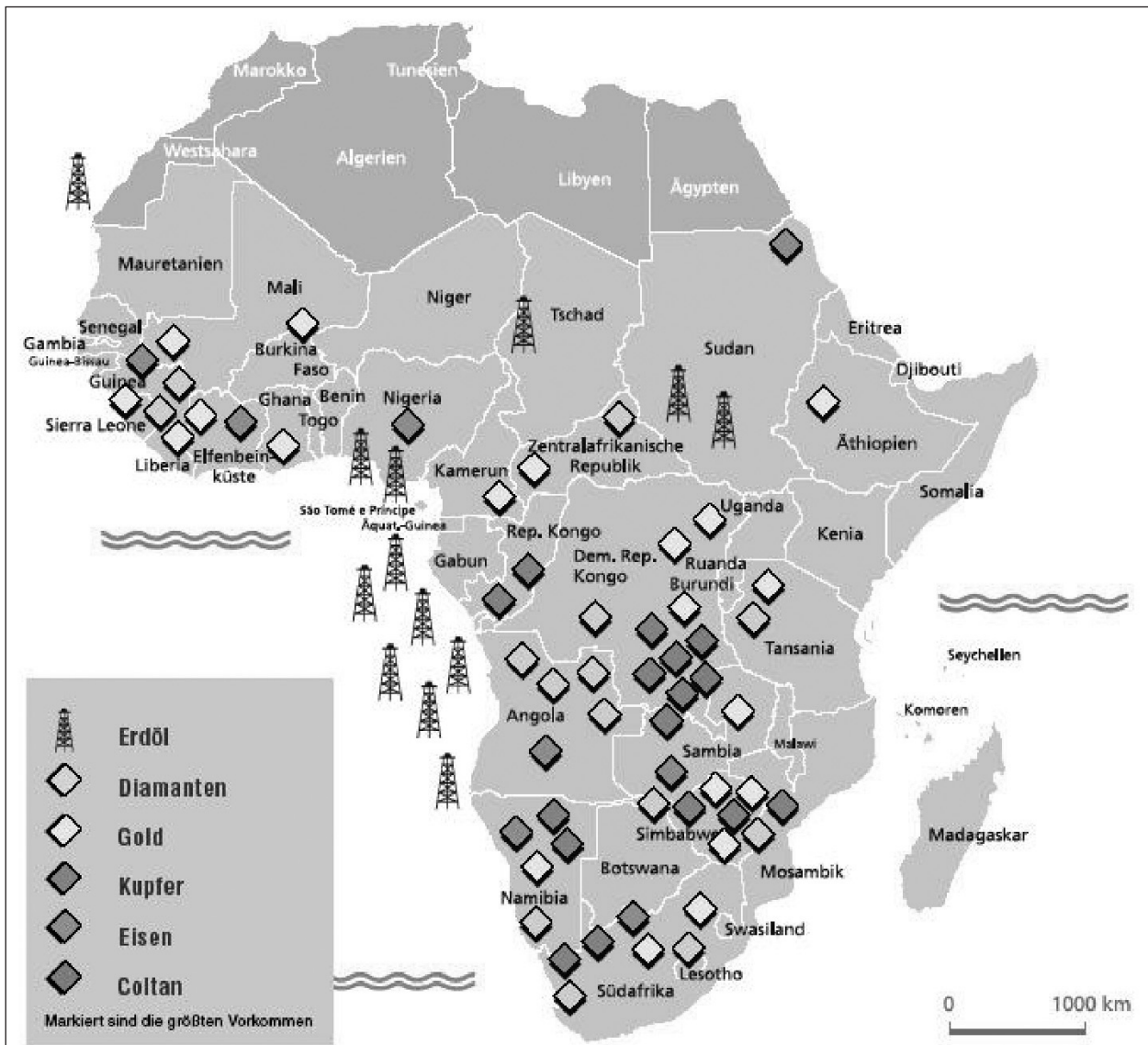
#### Afrika bleibt Rohstoff-Exporteur

Verschiedene Statistiken zeigen übereinstimmend, dass v.a. die Staaten vom Wachstum profitierten, die aufgrund der weltweit gestiegenen Nachfrage und den

<sup>38</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. August 2008. „Afrika-Klischees stimmen nicht mehr.“ Interview mit Jens Schleuniger, Fondsmanager der DWS.

<sup>39</sup> Siehe u.a. Henning Melber 2007, The New Scramble for Africa's Resources. Internet: [www.pambazuka.org/en/category/comment/39693](http://www.pambazuka.org/en/category/comment/39693), siehe auch Jürgen Wagner 2004, Afrika im Fadenkreuz. Vom vergessenen Kontinent zum Objekt der Begierde. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 6 / 2004, S. 703-711.

<sup>40</sup> Siehe u.a. Helmut Asche / Axel Biallas 2006, Ein Wachstumsboom in Afrika? In: Stefan Klingebiel (Hg.) Afrika-Agenda 2007. Ansatzpunkte für den deutschen G8-Vorsitz und die EU-Ratspräsidentschaft. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, S. 23-29. Robert Kappel / Marie Müller 2007, Breites Wirtschaftswachstum in Afrika – Die große Wende? GIGA-Fokus 6 / 2007. Hamburg: German Institut of Global and Area Studies (GIGA).



**Abb. 2** Afrikas Rohstoff-Reichtum (Afrika südlich der Sahara)

**Quelle:** [http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft\\_br2005\\_karte8.asp](http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft_br2005_karte8.asp)

Preissteigerungen für Rohstoffe hohe Exporterlöse erzielen konnten: Afrika verfügt über 40 Prozent der weltweiten Vorkommen an Industrie- und Schmuckdiamanten. Die größten Vorkommen liegen in Angola, Botswana, der DR Kongo, Sierra Leone und Südafrika. Zudem beherbergt der Kontinent 80 Prozent der Platin-, 50 Prozent der Kobalt- und etwa 50 Prozent aller bekannten Goldvorkommen; die größten Abbaugebiete und Vorkommen finden sich in Südafrika, der DR Kongo und Sambia. Die Ölvorkommen werden auf 40 bis 100 Milliarden Barrel geschätzt, letzteres wäre soviel wie im Irak. Neben den „klassischen“ Förderländern Angola, Gabun, Kamerun und Nigeria sowie Algerien und Libyen in Nordafrika sind einige Staaten im westafrikanischen Golf von Guinea – u.a. Äquatorialguinea sowie der Inselstaat São Tomé e Príncipe – zu neuen Exporteuren aufgestiegen. Verbesserte Fördertechniken ermöglichen heute die Erschließung von neuen „Offshore“-Öl- und Gasfeldern vor den Küsten auch in großen Meerestiefen.

Aufgrund des Ölpreisanstiegs auf dem Weltmarkt um knapp 300 Prozent seit dem Jahr 2000 auf über 100 US-Dollar pro Fass im Sommer 2008 erzielten Erdöl produzierenden Staaten besonders hohe Wachstumsraten. Das neue Förderland Äquatorialguinea z.B. verzeichnete in den letzten 10 Jahren ein jährliches Wachstum von knapp 21 Prozent; in Angola werden seit dem Ende des 27-jährigen Bürgerkriegs im Jahr 2002 kontinuierlich hohe zweistellige Zuwachsraten von bis zu 25 Prozent (2007) gemessen. Sogar im kriegsgeschüttelten Sudan wuchs die Wirtschaft aufgrund der gestiegenen Ölproduktion seit 1996 um jährlich rund 6,4 Prozent. Auch ausländische Direktinvestitionen konzentrieren sich in Afrika gegenwärtig zu 70 Prozent im extraktiven Rohstoffsektor, d. h. im Bergbau sowie in der Erdgas- und Erdölförderung.

Demgegenüber fiel das Wachstum in landwirtschaftlich geprägten Ländern weitaus geringer aus. Zwar sind in Folge der steigenden Nahrungsmittelpreise auch die Exporterlöse für Agrargüter gestiegen. Aufgrund der einseitigen Ausrichtung auf jeweils nur

wenige Exportpflanzen wurden diese Gewinne in den meisten Ländern durch die steigenden Importkosten für andere Lebensmittel mehr als ausgeglichen und führten vielerorts zu dramatischen Nahrungsmittelkrisen (siehe Kapitel 2.1).

### **Die Rohstoff-Förderung kommt nicht der Bevölkerung zugute**

Aufgrund der hohen Abhängigkeit der meisten afrikanischen Volkswirtschaften von Rohstoff-Exporten befürchten Entwicklungs- und Wirtschaftsexperten, dass das gegenwärtige Wachstum nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen wird, wenn wirtschaftspolitische Kurskorrekturen – sowohl in Afrika selbst, wie auch in der OECD-Welt – ausbleiben (siehe unten). Zudem stellen viele Staaten Afrikas geradezu modellhafte Beispiele des „Ressourcenfluchs“ dar, der das Ausbleiben einer nachhaltigen Entwicklung trotz reicher Vorkommen an wertvollen, exportfähigen Rohstoffen bezeichnet. Vom Ressourcenfluch betroffene Länder zeichnen sich erstens dadurch aus, dass von den Rohstoffeinnahmen nur externe Investoren sowie eine kleine Elitenschicht im Förderland profitiert, die Mehrheit der Bevölkerung aber arm bleibt. Nach Schätzungen des UN-Programms für Entwicklung UNDP (United Nations Development Program) leben ca. 70 Prozent der Bevölkerung in Angola, Nigeria, der Republik Kongo und Gabun unterhalb der absoluten Armutsgrenze, obwohl diese Staaten zu den größten Ölproduzenten in Afrika südlich der Sahara gehören.

Zweitens bleibt die Wirtschaftsstruktur primär auf den Rohstoff-Abbau beschränkt, und es findet keine Diversifizierung der Wirtschaft statt. Vom Rohstoff-Fluch betroffene Länder werden regelmäßig von korrupten und politisch schwach legitimierten Eliten regiert, die die Rohstoff-Einkünfte zur eigenen Bereicherung und zur Sicherung ihrer umstrittenen Macht einsetzen. Diese Länder sind von sozialen und politischen, häufig auch gewaltsamen Konflikten um politische und ökonomische Teilhabe betroffen.<sup>41</sup>

Anstatt am Rohstoff- und Ölreichtum teilzuhaben, leidet die Mehrheit der Bevölkerung unter den Umweltschäden, die Bergbau und Ölförderung mit sich bringen. Dies zeigt u.a. das Beispiel der Niger-Delta-Region in Nigeria, wo zahlreiche – zumeist westliche – Konzerne auch „on-shore“, d.h. auf dem Festland, Ölvorkommen ausbeuten. Die größten Anteile hielt hier lange der Ölkonzern Shell. Nach Angaben von zivilgesellschaftlichen Organisationen und internationaler NROs gehen bis zu 10 Prozent der geförderten Menge auf dem Transport in Überland-Pipelines verloren: Sabotageakte lokaler bewaffneter Gruppen, illegales „Anzapfen“ der Röhren durch die Bevölkerung und Unfälle verursachen jedes Jahr erhebliche Austritte von Öl ins Grundwasser. Doch von den Einnahmen sehen die Menschen im Niger-Delta wenig (siehe Kasten).

<sup>41</sup> Matthias Basedau 2005, Context Matters. Rethinking the Resource Curse in sub-Saharan Africa, GIGA Working Paper No. 1, Hamburg: German Institute for Global and Area Studies.

### **Ölförderung und Widerstand im Niger-Delta**

Seit mehr als 15 Jahren befindet sich das Niger-Delta im Kriegszustand. Nachdem die damalige Militärregierung friedliche Proteste gegen den Ölkonzern Shell und die Regierung brutal unterdrückte – und unter anderem den Umweltaktivisten und Schriftsteller Ken Saro-Wiwa im Oktober 1995 hinrichten ließ – radikalisierten sich viele Gruppen und nahmen den bewaffneten Kampf für eine gerechte Verteilung der Ressourcen und größere politische Mitspracherechte für die örtlichen Volksgruppen auf. Der Kampf dauert bis heute an, doch viele der damaligen Rebellengruppen sind heute Teil des Problems: Bewaffnete Banden sind in Sabotage, illegalen Öl-Handel – oft in Zusammenarbeit mit Einheiten der Armee – verstrickt, und viele Gruppen gehen zudem brutal gegen den zivilen Widerstand vor und drangsalieren die Bevölkerung.

Einen Teilerfolg erzielten verschiedene Oppositionsgruppen des Ogoni-Volkes, dem auch Saro-Wiwa angehört hatte, in ihrem unbewaffneten Kampf gegen den Konzern Shell. Seit Beginn der 1990er Jahre hatten Umwelt- und Menschenrechtsgruppen von Shell Entschädigungszahlungen für Landnahmen und Umweltzerstörungen in ihrem Siedlungsgebiet sowie eine Beteiligung an den Unternehmensgewinnen gefordert. Der Konzern (und lange auch die Regierungen Nigerias) hatten dies verweigert. Aufgrund von örtlichen Blockaden sowie international – v.a. in Europa – unterstützten Protestaktionen hatte der Konzern die lokale Produktion auf seinen Konzessionen in den Ogoni-Gebieten seit Jahren weitgehend aussetzen müssen.

Dies gab der Zentralregierung des 2007 (mit massiven Wahlfälschungen) an die Macht gelangten Präsidenten Yar'Adua, die sich aber seither den Kampf gegen die Korruption auf die Fahnen schreibt, die Gelegenheit, Entschlossenheit zu zeigen. Shell wurden zu Jahresbeginn 2008 die Konzessionen im Ogoni Land entzogen. Unklar ist bis heute aber, wer für die bleibenden Umweltschäden aufkommt und wer die Nachfolge Shells antritt. Während Ogoni-AktivistInnen die Aufteilung der Konzessionen an verschiedene Firmen bevorzugen, unterzeichnete die Zentralregierung im Juli 2008 einen Vorvertrag mit dem russischen Erdgaskonzern Gazprom. Ob sich dadurch die Aussichten auf die Realisierung der Ogoni-Forderungen erhöht haben, ist mehr als fraglich.<sup>42</sup>

#### **Textbox 4**

<sup>42</sup> International Crisis Group 2008, Nigeria: Ogoni-Land after Shell. Africa Briefing No. 54. Dakar / Abuja / Brussels: International Crisis Group. Internet: [www.crisisgroup.org/](http://www.crisisgroup.org/).

Vierorts hat der „Ressourcenfluch“ zur Herausbildung von Enklavenökonomien geführt, d.h. zu Wirtschaftszweigen, die sich auf die Rohstoff-Förderung stützen und nur äußerst geringe Verbindungen zu anderen Branchen der Volkswirtschaft aufweisen. Externe Akteure – z.B. multinationale Konzerne oder spezialisierte Rohstoff-Firmen – besorgen den Rohstoffabbau, bringen das notwendige Kapital, die Fördertechnologien und die qualifizierten FacharbeiterInnen mit. Offshore-Öl- und Gasförderung sind die anschaulichsten Beispiele für derartige Enklavenökonomien. In der Vergangenheit wurde das afrikanische Ölgeschäft durch US-amerikanische Konzerne (z.B. ExxonMobil und Chevron) sowie von Ölfirmen der früheren Kolonialmächte Frankreich (die aus der früher staatlichen Elf-Aquitaine hervorgegangene Ölfirma Total) Großbritannien (BP und Shell) und Italien (Agip) dominiert. Seit den 1990er Jahren, und verstärkt seit der Jahrtausendwende, wird die euro-amerikanische Dominanz durch neue staatliche und halbstaatliche Ölgesellschaften aus den Schwellenländern Brasilien (Petrobras), Malaysia (Petronas) und China (u.a. CNPC, Sinopec) herausgefordert. Für die Entwicklungsaussichten der afrikanischen Staaten hat sich dadurch bislang wenig verändert.<sup>43</sup>

### **Konzerne profitieren von der Schwäche afrikanischer Regierungen**

Fehlendes Know-How, schlechte Infrastrukturen und fehlende Spielräume, um eigene industrielle Kapazitäten zur Rohstoff-Weiterverarbeitung auf- oder auszubauen, schreiben die Abhängigkeit der Staaten Afrikas fort. Sie bleiben auf die Einkünfte aus Förderlizenzen, Abgaben und Gewinnbeteiligungen an staatliche oder halbstaatliche Öl- oder Bergbaugesellschaften sowie auf Exportzölle und (oft geringe) Steuereinnahmen angewiesen. Vor dem Hintergrund ihrer politischen Schwäche befinden sich die meisten Staaten in einer schwachen Verhandlungsposition. Parallel zum wirtschaftlichen Niedergang und der wachsenden Verschuldung verschlechterten sich in den letzten Jahrzehnten die Vertragsbedingungen, die Afrikas Regierungen mit ausländischen Konzernen aushandeln konnten.

Andererseits ziehen die politischen Eliten Afrikas durchaus individuelle Gewinne aus diesen ungleichen Tauschgeschäften. Das intransparente Geschäft mit Förderlizenzen im Öl- und Bergbausektor bot hochrangigen RegierungsvertreterInnen, FunktionärInnen in Verwaltungen und Öl- und Bergbaugesellschaften hohe Anreize der individuellen Bereicherung sowie der Finanzierung informeller Machtnetzwerke (Siehe Kapitel 1). Dies geschieht auf Kosten der Bevölkerung und der Zukunft des Landes, denn durch diese systemische Korruption gehen den staatlichen Institutionen Gestaltungsspielräume für eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung verloren, und das Wirt-

<sup>43</sup> siehe u.a. Ian Gary and Terry Lynn Karl 2004, Bottom of the Barrel: Africa's Oil Boom and the Poor. Catholic Relief Service. Internet: [http://crs.org/publications/showpdf.cfm?pdf\\_id=183](http://crs.org/publications/showpdf.cfm?pdf_id=183)

### **Konzessionsvergaben im Bergbausektor<sup>44</sup>**

Ein krasses Beispiel ist die Konzessionsvergabe an zum Teil dubiose Unternehmen im Bergbausektor durch die Regierungen von Laurent und Joseph Kabila während des Kongokrieges (1998 – 2002). Die korrupte Regierung setzte diese Politik nach dem offiziellen Ende des Krieges während der Übergangszeit (2003 – 2006) verschärft fort, auch um die Privatisierungsforderungen des IWF und der Weltbank zu erfüllen. Die Regierungselite um Präsident Joseph Kabila verscherbelte in diesem Zuge fast das gesamte „Tafelsilber“ des kongolesischen Staates – z.B. die staatliche Minengesellschaft Gécamines – an westliche, südafrikanische und zunehmend chinesische Investoren.

Im April 2007 setzte der neu gewählte Premierminister Antoine Gizenga von der links-nationalen Partei PALU eine parlamentarische Untersuchungskommission durch, die die Bedingungen von 61 Konzessionsverträgen und Joint-Ventures zwischen staatlichen und halbstaatlichen Minengesellschaften und internationalen Bergbauunternehmen untersuchte. Im November 2007 legte die Kommission einen vernichtenden Bericht vor: Von den 61 untersuchten Verträgen befand sie keinen für gesetz- oder verfassungskonform. Für 37 Konzessionen empfahl sie Nachverhandlungen, um die extreme Benachteiligung des Staates und z.T. offene Rechtsbrüche zu korrigieren, für 24 weitere empfahl die Kommission die ersatzlose Annullierung.

Noch ist nicht abzusehen, ob diese Empfehlungen umgesetzt werden. Erwartungsgemäß kündigten die betroffenen privaten Investoren politischen und juristischen Widerstand an. Unterstützung von internationalen Geberinstitutionen und -staaten dürfte die kongolesische Regierung nicht erhalten, sollte sie die Nachverhandlungen einleiten.

### **Textbox 5**

schaftsleben entzieht sich jeder gesellschaftlichen Kontrolle: Es ist kein Zufall, dass die korruptesten Ländern Afrikas – mit Ausnahme Botswanas und Südafrika – zugleich zu den ressourcenreichsten Staaten gehören. Die Ölförderländer Angola, Gabun, Nigeria und die an Erzen reiche Demokratische Republik Kongo belegen regelmäßig „Spitzenplätze“ auf dem Korruptionsindex von Transparency International.

Die Herausbildung derartiger mafiöser Strukturen ließ sich u.a. in Angola in den 1990er Jahren beobachten. Lokale und internationale NGOs sprachen damals vom „Bermuda-Dreieck“ an dessen Enden erstens die internationalen Ölkonzerne (Elf Aquitaine bzw. Total,

<sup>44</sup> siehe u.a. Dominic Johnson 2007, Kongos Investoren in der Kritik. In: Die Tageszeitung 8. November 2007; Björn Aust / Willem Jaspers 2006, From Resource War to Violent Peace. Transition in the Democratic Republic of Congo. Bonn: Bonn International Center for Conversion. Internet: <http://www.bicc.de/publications/papers/papers.php>

ExxonMobil und Chevron), zweitens die obere Verwaltungsebene der staatlichen Ölgesellschaft Sonangol und führende Parteispitzen der Regierungspartei MPLA sowie, drittens, das enge persönliche Umfeld des Präsidenten Eduardo dos Santos standen. Einer Studie der NGO Human Rights Watch zufolge verschwanden in diesem Bermuda-Dreieck im Zeitraum zwischen 1997 und 2002 Bestechungsgelder und „Provisionen“ der Ölmultis sowie illegal von den Eliten abgeführte Gewinne aus Lizenzen und Gebühren in Höhe von bis zu 4,22 Milliarden US-Dollar.<sup>45</sup>

Illegale Einnahmen durch Bestechungsgelder, Provisionen und Lizenzen der Ölmultis führen regelmäßig zu verschärften sozio-ökonomischen und oft gewaltsamen Konflikten, wenn die von den Gewinnen ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten eine Teilhabe an den Rohstoff-Einnahmen einfordern: Den Konflikten und inneren Kriegen in Angola, der DR Kongo, Liberia, Nigeria, Sierra Leone, Sudan, Tschad und vielen anderen Ländern, liegen sozio-ökonomische Verteilungskonflikte zu Grunde (siehe Kapitel 4).

Dadurch setzt sich ein Teufelskreis in Gang – schlechte Vertragsbedingungen begünstigen Entwicklungsblokkaden, Korruption, Legitimitätsdefizite und Protest. Die Regierung unter Druck benötigt kurzfristig Geld zur Herrschaftssicherung und wird dadurch erpressbar, so dass sich der Handlungsspielraum und die Verhandlungsmacht für Konzerne und andere private Investoren gegenüber den Staaten vergrößert.

### **3.2 Neoliberale Wirtschaftspolitik hält Afrika in Abhängigkeit und Armut**

In Afrika südlich der Sahara lebt heute fast die Hälfte der Menschen in absoluter Armut. Nach Schätzungen der UNO von 2006 starben täglich 100.000 Menschen an Hunger und den Folgen von Unterernährung; eine ungekannte Zahl stirbt täglich an eigentlich heilbaren „Armutskrankheiten“, die oft auf verunreinigtes Trinkwasser zurückzuführen sind. Diese Liste ließe sich weiter ausführen. Diese skandalösen Zahlen sind auch das Ergebnis kapitalistischer Weltwirtschaftsstrukturen und bewusst getroffener politischer Richtungsentscheidungen mächtiger Akteure der OECD-Welt. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitiken der Industriestaaten und ihrer Institutionen wie Weltbank und IWF, zwingen den Entwicklungsländern seit über zwei Jahrzehnten Reformprogramme auf, zu deren wesentlichen Elementen Privatisierung staatlichen Eigentums, öffentlicher Güter und Dienstleistungen, sowie Marktöffnung und Deregulierung gehören. Diese Politik ist maßgeblich für „Unterentwicklung“ und Armut verantwortlich.<sup>46</sup>

<sup>45</sup> Human Rights Watch 2004, Some Transparency, No Accountability. The Use of Oil Revenue in Angola and its Impact on Human Rights. New York: Human Rights Watch.

<sup>46</sup> U.a. Patrick Bond 2007, Looting Africa. The Economics of Exploitation. London: Zed Books.

Bereits in den 1970er Jahren setzte aufgrund sinkender Rohstoffpreise für die meisten Exportgüter, dem gleichzeitigen Anstieg der Ölpreise sowie der Dollarkrise in zahlreichen Entwicklungsländern eine Wirtschafts- und Schuldenkrise ein, die sich in der folgenden Dekade dramatisch verschärfte. Vor dem Hintergrund begannen Weltbank und IWF ab Mitte der 1980er Jahre, den stark verschuldeten Staaten Afrikas im Gegenzug für dringend benötigte Kredite umfassende Wirtschaftsreformen – sogenannte Strukturanpassungsprogramme (SAP) – zu diktieren. Als die SAP aufgrund der sozialen Härten, die u.a. der Abbau öffentlicher Institutionen und sozialer Versorgungssysteme hervorriefen, Mitte der 1990er Jahre zunehmend in die Kritik gerieten, wurden sie durch sogenannte „Armutszureduzierungsstrategien“ (Poverty Reduction Strategies; PRS) ersetzt. Diese setzten zwar mit Maßnahmen der Armutsbekämpfung etwas sozialere Akzente, doch der wirtschaftsliberale Kern der SAP blieb davon unberührt. KritikerInnen sehen in den PRS folgerichtig die Fortsetzung der SAP (siehe Kasten zu PRS in Kapitel 5).

Die propagierte Formel von Geberstaaten und Finanzinstitutionen, dass Liberalisierung zu Wachstum und Wachstum zu Entwicklung führt und dass der Abbau des Staates wirtschaftliche Dynamik freisetzt, hält keiner empirischen Untersuchung stand. Die Liberalisierungsstrategien, die den afrikanischen Staaten aufgezwungen wurden und werden, führten fast überall zu massiver De-Industrialisierung und dem Verlust von Arbeitsplätzen im formellen Wirtschaftssektor sowie zu einer Zuspitzung sozialer Härten. Das auf Marktliberalisierung basierende Wachstum taugt nicht dazu, Afrika aus seiner strukturellen Abhängigkeit als Rohstoff-Lieferant zu befreien: Nicht trotz, sondern wegen rigider neoliberaler Strukturanpassung hat sich Afrikas Anteil am Welthandel in den letzten Jahrzehnten dramatisch verringert. Eine aktuelle Studie der UNCTAD wies darauf hin, dass die Exporte Afrikas von industriell produzierten Halb- und Fertigprodukten in den letzten Jahren z.T. stark rückläufig waren. In Folge dessen bleibt Afrikas Anteil am Welthandel gering und hat sich trotz der gestiegenen Rohstoff-Einnahmen gegenüber dem Anteil von 1980 von 6 Prozent sogar auf 3 Prozent halbiert.<sup>47</sup> Die durch die SAP hervorgerufene De-Industrialisierung hat diese Entwicklung deutlich verschärft.

Selbst dort, wo industrielle Strukturen erhalten blieben, erfuhren sie in Folge der Geberpolitiken eine entscheidende Neuausrichtung. Anstelle lokale und regionale Märkte zu bedienen, richtet sich Afrikas Industriesektor zunehmend darauf aus, für westliche Märkte die Funktion einer verlängerten Werkbank auszufüllen. Mit Unterstützung westlicher Geber werden auf dem Kontinent zunehmend Sonderwirtschafts- oder Exportzonen eingerichtet, in denen westliche oder asiatische Investoren arbeitsintensive

<sup>47</sup> Agenturmeldung des epd (Evangelischen Pressediensts) vom 15. September 2008, Afrikas Anteil am Weltexport geht stark zurück.



und technologisch wenig anspruchsvolle Produktionsschritte – die im Gegenzug auch nur kleine Gewinnmargen bieten – für internationale Konzerne übernehmen. Neben der fast ausschließlichen Exportorientierung sind diese Sonderwirtschaftszonen v.a. dadurch in die Kritik geraten, dass privaten Investoren regelmäßig immense Steuervorteile und andere staatliche Vorleistungen eingeräumt werden, die zu Lasten der örtlichen Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte gehen. Zudem werden in diesen Zonen regelmäßig nationale und internationale Sozial- und Arbeitsschutzstandards ausgehebelt.

#### **Export Processing Zones (EPZ) in Kenia: Ausbeutung und Profit<sup>48</sup>**

1993 wurde in Kenia im Zuge der Strukturanpassung die erste EPZ eröffnet; 2005 existierten bereits fünf EPZ in Kenia, in denen 54 Firmen produzieren. Zukünftig sollen weitere EPZ eingerichtet werden. Die meisten Firmen sind internationale Investoren, 2004 waren in nur 26 Prozent der Firmen kenianische AnteilseignerInnen vertreten mit zum Teil nur symbolischen Besitzanteilen. Insgesamt erhöhten sich die Exporte aus den EPZ in den seit 2002 vergangenen Jahren deutlich und summieren sich mittlerweile auf bis zu 8 Prozent aller kenianischen Exporte.

Die dort tätigen Firmen kommen vorwiegend aus der Textilbranche, die Zuliefererdienste für transnationale Markenfirmen leisten. Die Produktion beschränkt sich im Wesentlichen auf die vorbereitende Verarbeitung von Textilien, d.h. auf arbeitsintensive Arbeitsschritte, die nur ein geringes technologisches Niveau und geringe Qualifikationen der ArbeitnehmerInnen erfordern. Dies gilt auch für die übrigen Firmen der EPZ (Vorbereitung von Schnittblumen und anderen Gartenprodukten für den Export, sowie Kunststoffverarbeitung auf niedrigem Niveau).

In den EPZ arbeiten zurzeit ca. 40.000 Menschen, zu 70 Prozent Frauen. Die Löhne liegen – trotz geringfügiger Verbesserungen seit 2004 – bei durchschnittlich 2 US-Dollar pro Tag. Die ArbeiterInnen arbeiten weit über den zulässigen 45 Wochenstunden, die Arbeitsschutzbedingungen sind bis heute unzureichend. Es gibt keinen effektiven Kündigungsschutz im Krankheits- oder Schwangerschaftsfall. Sexuelle Übergriffe von leitenden Angestellten an Arbeiterinnen sind an der Tagesordnung.

#### **Textbox 6**

Die Wirtschaftspolitiken der OECD-Welt sowie die Vorgaben der internationalen Finanzinstitutionen macht es afrikanischen Staaten folglich nahezu unmöglich, eigene entwicklungsorientierte Wirtschaftspläne

umzusetzen. Sie konterkarieren zudem jede auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit (EZ): Nach Berechnungen der britischen NRO „Christian Aid“ sind den Volkswirtschaften Afrikas südlich der Sahara in den letzten 20 Jahren durch Handels- und Wirtschaftsliberalisierung Verluste von insgesamt 272 Milliarden US-Dollar entstanden. Die UNCTAD (2003) errechnete, dass den Staaten Afrikas jährlich 700 Milliarden US-Dollar an Exporteinnahmen durch (Agrar-) Subventionen der EU, nicht-tarifären Handelshemmnissen und Schutzzöllen verloren gehen. Im Vergleich zu diesen Zahlen ist die bi- und multilaterale EZ nach Afrika, die 2004 rund 25,5 Mrd. US-Dollar betrug, nur eine marginale Größe.

- DIE LINKE fordert schon lange die Rücknahme der Agrarexportsubventionen sowie den von der EU aufgezwungenen Abbau von Schutzzöllen, durch den billige Importwaren aus Europa die afrikanischen Märkte überschwemmen.
- DIE LINKE fordert, dass sich die Außenwirtschaftspolitik der EU gegenüber den Ländern des Südens grundsätzlich dem UN-Menschenrecht auf Entwicklung und der Umsetzung der UN-Millenniumsentwicklungsziele verpflichtet und in diesem Sinne am Schutz heimischer und regionaler Märkte sowie am Prinzip des ergänzenden Austauschs ausgerichtet ist.
- DIE LINKE wendet sich ausdrücklich gegen jegliche Privatisierungsprogramme als Bestandteil der EZ und fordert stattdessen im Rahmen der Entwicklungshilfe die Unterstützung von staatlichen und kommunalen Dienstleistungen und öffentlicher Güter, wie z.B. Wasser.
- DIE LINKE fordert Geberstaaten und -institutionen – und auch die Regierungen der Entwicklungsländer – auf, die Kriterien und Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, auch: International Labor Organization, ILO), die bestimmte Arbeitsstandards (Sicherheitsstandards, Arbeitszeiten, Kündigungsschutz etc.) festlegen, in nationales Recht zu überführen und deren Einhaltung zu überwachen.
- DIE LINKE erkennt, dass Korruption ein massives Entwicklungshemmnis darstellt und unterstützt daher Initiativen wie die Initiative zur Erhöhung von Transparenz in Extraktiven Wirtschaftssektoren (EITI, Extractive Industries Transparency Initiative). DIE LINKE fordert aber, dass die Entwicklungsländer ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um wirksame Kontrollinstitutionen aufzubauen. Die Überwachung und Einhaltung der EITI-Kriterien muss gewährleistet werden, auch von OECD-Staaten (und Schwellenländer). Unterstützung findet auch die von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragenen „Publish What You Pay-Kampagne“, die Unternehmen auffordert, ihre Bilanzen offen zu legen. DIE LINKE fordert, dass diese Initiative in ein rechtlich verbindliches Regime überführt wird.

<sup>48</sup> Kersty McCourt 2004, Manufacturing Poverty. Pambazuka News (Originalquelle); dokumentiert von Choike.Org – Portal for the Global South. Internet: [http://www.choike.org/nuevo\\_eng/informes/1994.html](http://www.choike.org/nuevo_eng/informes/1994.html) (Januar 2007)

- Korruptionsbekämpfung fängt zu Hause an: DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, endlich die UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren.

Nur eine radikale Veränderung der Wirtschaftspolitik und eine neu gestaltete Weltwirtschaftsordnung, die auf fairen Handelsabkommen basiert und gerechte Preise für Rohstoffe und andere Produkte sowie Schutzmechanismen für die afrikanische Wirtschaft garantiert kann das Fundament für eine selbstbestimmte Entwicklung sein.

### **3.3 Vitale Interessen der EU: Absicherung von Handels- und Wirtschaftsinteressen über die EU-Afrikastrategie und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs)**

Wirtschafts- und Handelsinteressen bilden den Hauptschwerpunkt der europäischen Afrikapolitik und drängen entwicklungspolitische Motive in den Hintergrund. Deutlich wurde dies auf dem EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007 in Lissabon, auf dem in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union (AU) die „Gemeinsame Strategie“ von EU und AU verabschiedet wurde.<sup>49</sup> In Wirklichkeit folgte die Strategie, der eine jahrelange Vorbereitung vorausging, im Wesentlichen den Konzepten des Europäischen Rates. Auch wenn viele Formulierungen des Strategiepapiers vage bleiben, so dokumentiert das fast 80-seitige Dokument, dass das zuvor oft unkoordinierte und teilweise konkurrierende Nebeneinander einzelstaatlicher und europäischer Wirtschafts-, Sicherheits- und Entwicklungspolitiken gegenüber Afrika zunehmend einer klaren politischen Linie weicht: Deutlich erkennbar wird darin die Unterordnung der europäischen Entwicklungspolitik unter die außenwirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Tatsächlich beschränkt die Strategie die Rolle der Entwicklungspolitik auf die Abfederung der größten sozialen Härten, und entwicklungspolitischen Instrumente werden zunehmend an neoliberalen Prämissen ausgerichtet (so werden z.B. Privatisierungsprogramme zum Bestandteil von EZ erklärt). Entsprechend wird die Forderung nach „guter Regierungsführung“ oft auf die Förderung von Wahlen und die Schaffung marktfreundlicher politischer Strukturen reduziert.

Die „gemeinsame Strategie“, die darüber hinaus Passagen zur Sicherheitspolitik (siehe Kapitel 4) enthält sowie eine rigide Migrationspolitik umreißt (siehe Kapitel 5), darf darüber hinaus nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss in den Zusammenhang mit der im Juni 2007 vom Rat der EU beschlossenen Außenhandelsstrategie „Global Europe“ sowie der sogenannten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (WPAs, siehe unten) gestellt werden. „Global Europe“ zielt auf einen ungehinderten Marktzugang für europä-

ische Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen und staatlichen Marktregulierungsinstrumenten in den außereuropäischen „Partnerländern“ ab.<sup>50</sup>

Die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs), mit denen die EU derzeit ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den 79 mit ihr assoziierten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik-Staaten) neu zu regeln versucht, zeigen, wie rücksichtslos EU und europäische Regierungen Wirtschafts- und Handelsinteressen verfolgen. Seit dem Auslaufen der Lomé-Verträge im Jahr 2000, die mit den damaligen europäischen Kolonien nach deren Unabhängigkeit abgeschlossen wurden und die den jungen Staaten des Südens u.a. Handelsvergünstigungen, Schutzzölle für ihre Märkte und andere Schutzmaßnahmen einräumten, drängt die EU zunehmend aggressiv auf die afrikanischen Märkte. Das bereits auf Marktöffnung ausgerichtete Abkommen von Cotonou (2000), das den Lomé-Verträgen folgte, sah bis zum Jahresende 2007 den Abschluss von WPAs zwischen der EU und den AKP-Staaten vor. Die WPAs sind als umfassende Freihandelsabkommen konzipiert, durch die die AKP-Länder gezwungen würden, die Zölle auf importierte Waren massiv zu senken und ihre Märkte nicht nur für Industrie- und Agrarprodukte aus der EU, sondern auch für Investitionen, Dienstleistungen und das öffentliche Beschaffungswesen zu öffnen.

Wenn Entwicklungsländer zu einer solchen umfassenden Marktliberalisierung durch WPA gezwungen werden, wird das katastrophale Auswirkungen auf die lokalen Märkte haben. AKP-Produzenten wären einem Wettbewerb mit europäischen Unternehmen ausgesetzt, bei dem sie chancenlos sind. Neben einer Gefährdung der Ernährungssicherheit, die sich bereits in der aktuellen Hungerkrisen widerspiegelte (siehe Kapitel 2), werden die WPAs auch eine De-Industrialisierung und den Zusammenbruch ganzer lokaler und nationaler Produktionszweige zur Folge haben. Zu diesem Ergebnis kommen aktuelle Studien wie u.a. die anlässlich der 12. UNCTAD-Konferenz im April 2008 von der NRO Oxfam vorgelegte Analyse. Nach einem Abschluss der umfassenden WPAs wären die Entwicklungsländer nicht mehr in der Lage, ihre Handelspolitik selbstständig zu gestalten, was eine der Voraussetzungen zur Förderung der Entwicklung und zum Schutz der Existenzgrundlage für Millionen von Menschen ist. Die Kosten für kurzfristig notwendige Strukturformen, welche die WPAs erforderlich machen würden, belaufen sich auf geschätzte 9 Mrd. Euro für alle AKP-Staaten, doch die Deckung dieser benötigten Finanzmittel ist nach wie vor ungeklärt. Die WPAs, so bilanziert die

<sup>49</sup> Die Strategie ist zu beziehen über: [www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/D449546C-BF42-4CB3-B566-407591845C43/0/071206jsapenlogos\\_formatado.pdf](http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/D449546C-BF42-4CB3-B566-407591845C43/0/071206jsapenlogos_formatado.pdf)

<sup>50</sup> Vgl. zu „Global Europe“: Elmar Altvater, Brigitte Mahnkopf 2007, Global Europe: Der liberale Imperialismus der Europäischen Union. In Blätter für deutsche und internationale Politik, 12 / 2007, S. 1471-1486; und: Peter Fuchs 2007, „Global Europe“: Die neue Strategie der Europäischen Union zur externen Wettbewerbsfähigkeit. Expertise für das MdB-Büro Ulla Lötzer und die Fraktion DIE LINKE. Bezug: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7747625085.pdf>

Oxfam-Studie, würden die „Entwicklung im gesamten Süden untergraben“.<sup>51</sup>

### **Wachsender Widerstand in Afrika gegen die WPAs**

Die in den letzten Monaten zunehmend harscher werdende Kritik von NROs aus Norden und Süden, von Gewerkschaften aus der AKP-Region und von einigen afrikanischen Regierungen an den WPAs hat in der EU und den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten bislang keine Resonanz gefunden, geschweige denn Kurskorrekturen bewirken können. Im Gegenteil, die EU übt nach wie vor starken politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Regierungen der AKP-Staaten aus, die WPAs zu unterzeichnen. Trotzdem hat bislang keine AKP-Regierung die umfassenden Abkommen unterzeichnet und ratifiziert. Zwar schlossen neben den karibischen Staaten auch 20 afrikanische Staaten sogenannte Interimsabkommen (IWPAs) mit der EU ab. Im Gegensatz zur EU, die in den IWPAs nur einen Zwischenschritt zu den umfassenden Freihandelsabkommen sieht, wollen die Staaten Afrikas in den Verhandlungen aber Korrekturen durchsetzen.

Auf dem Gipfel der Afrikanischen Union (AU) Ende Januar 2008 beschlossen die afrikanischen Regierungschefs, vorläufig keine WPAs mit der EU abzuschließen, weil sie befürchten, dass diese Freihandelsabkommen die afrikanische Einheit und die Förderung der regionalen Integration gefährden, die ein Schwerpunkt der politischen Agenda der AU ist. Im April 2008 gaben die Handels- und Finanzminister der AU darüber hinaus eine kritische WPA-Erklärung ab, in dem sie die EU aufforderten, die Verpflichtungen des Cotonou-Abkommens zu respektieren, insbesondere die dort verankerte Zusage, dass kein Land ökonomische Nachteile durch die WPAs haben sollte. Außerdem appellierten die Minister an die EU, die Auszahlung von Entwicklungshilfen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und aus dem neu geschaffenen Handelshilfebudget nicht an die Unterzeichnung der WPAs zu binden.

Am 1. Mai 2008 hat auch der afrikanische Gewerkschaftsbund ITUC Africa die Außerkraftsetzung der WPA-Interimsabkommen gefordert und mehr Zeit für neue Verhandlungen über Handelsabkommen zwischen Europa und Afrika verlangt. „Abkommen müssen Afrikas genuine Bedürfnisse für Entwicklung und regionale Integration berücksichtigen“, betonte der Generalsekretär der ITUC Africa, Kwasi Adu-Amankwah. Mit diesem Appell hat sich der afrikanische Gewerkschaftsbund hinter ein breites Bündnis von zahlreichen Bauern-, Frauen-, Studierenden-Organisationen, Kirchen und Gewerkschaften gestellt, das bereits im Februar auf einer Konferenz in Kapstadt die Außerkraftsetzung der WPA-Interimsabkommen gefordert hatte. In der dort veröffentlichten „Erklärung gegen Europas aggressive ökonomische Agenda in Af-

rika“, heißt es: „Heute ist mehr als je zuvor offensichtlich, dass die WPAs die Mittel der EU sind, die grundsätzlich ungerechten Beziehungen zwischen Afrika und Europa zu zementieren. Aus afrikanischer Sicht ist das nichts anderes als eine Rekolonialisierung.“<sup>52</sup> Die VertreterInnen der Bewegungen fordern die europäische Zivilgesellschaft auf, sie in ihrem Kampf gegen die WPAs zu unterstützen.

DIE LINKE hat die WPAs und die aggressive EU-Handelspolitik vielfach kritisiert und ein Aussetzen der EPA-Verhandlungen gefordert. DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die eine deutliche Kritik an den WPAs in den Bundestag getragen hat.

- DIE LINKE fordert statt der Freihandelsabkommen solidarische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die nicht nur mit den Regierungen der AKP-Staaten, sondern auch mit sozialen Organisationen, den Gewerkschaften und den Parlamenten hier wie dort entwickelt werden müssen.
- DIE LINKE unterstützt die Bewegungen, die die wirtschaftliche Ausbeutung Afrikas bekämpfen und sucht aktiv die Zusammenarbeit mit ihnen.

### **3.4 Welche Alternativen zu den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen bieten sich Afrika?**

Mit dem zu Beginn des 21. Jahrhunderts eingeläuteten Wettlauf um die Ressourcen Afrikas sind mit China, Indien, Brasilien und einigen anderen aufstrebenden Schwellenländern neue Akteure auf den Plan getreten, die den seit Ende des Kalten Krieges von Europa, den USA und westlich dominierten Entwicklungs- und Kreditinstitutionen geltend gemachten Alleinvertretungsanspruch auf politische und wirtschaftliche Einflussnahme herausfordern. Besonders die (globale) Bedeutungszunahme Chinas hat bei afrikanischen Regierungen Hoffnungen geweckt: Das größere handelspolitische Gewicht Chinas und anderer Schwellenländer könnte eine „neue Geographie internationaler Kooperation“ einläuten und Alternativen zum neoliberalen Modell der europäisch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen bieten.

#### **Chinas Afrikapolitik: Zwischen Süd-Süd-Kooperation und Großmachtpolitik**

Tatsächlich gelingt es China offenbar glaubwürdiger als den westlichen AkteurInnen, als „Partner auf Augenhöhe“ aufzutreten. Zudem profitiert China davon, keine kolonialen Erblasten in Afrika zu haben, sowie von seinen in den 1960er und 70er Jahren geleisteten Hilfen, als chinesische Bauhelfer große Infrastrukturprojekte beim Aufbau von Krankenhäusern, Industrieanlagen und Großprojekten wie z.B. der

<sup>51</sup> Oxfam 2008, Partnership or Power Play? How Europe should bring development into its trade deals with ACP-countries. Oxfam Briefing Paper No. 110. Internet: [http://www.oxfam.org/en/policy/bp110\\_EPAs\\_europe\\_trade\\_deals\\_with\\_acp\\_countries\\_0804](http://www.oxfam.org/en/policy/bp110_EPAs_europe_trade_deals_with_acp_countries_0804)

<sup>52</sup> Aufruf zum Vorgehen gegen Europas Aggressive Wirtschaftsagenda in Afrika. Erklärung der Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Sitzung des Afrikanischen Handelsnetzwerks, Kapstadt, 22. Februar 2008. Das Dokument ist über die Seite der Stopp EPA-Kampagne abrufbar: [https://sslsites.de/stopepa.de/img/ATN\\_Declaration\\_EPAs\\_Capetown\\_Feb\\_22\\_2008.pdf](https://sslsites.de/stopepa.de/img/ATN_Declaration_EPAs_Capetown_Feb_22_2008.pdf)

Tansania-Sambia-Eisenbahn umsetzen. Zudem erhoffen sich afrikanische Staatschefs von der Annäherung an China ein Gegengewicht zu den asymmetrischen Beziehungen zum Westen. Zudem verzichtet China im Gegensatz zu EU, Geberstaaten, Weltbank und IWF weitgehend auf politische und makro-ökonomische Konditionalitäten. Anstatt (formale) Demokratisierung, Einhaltung von „Good Governance“-Kriterien und Maßnahmen der Marktliberalisierung zur Vorbedingung für Kredite und Hilfen zu machen, betont Chinas Regierung ihr striktes Festhalten am Prinzip der Nicht-Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ afrikanischer Staaten. Dies kam und kommt allerdings autoritären Regimes und Staatschefs wie Simbabwe Robert Mugabe oder Sudans Omar al-Bashir, aber auch anderen schwach legitimierten Regierungen zu Gute.<sup>53</sup>

China verfolgt in Afrika ähnliche wirtschaftliche Interessen wie die EU und die USA. Die Hauptadressaten chinesischer Investitionen sind Öl-exportierende Länder wie Sudan, Angola und Nigeria. Mittlerweile gehen 60 Prozent der Ölexporte des Sudan, und 35 Prozent aus Angola nach China. Chinesische Bergbauunternehmen planen Investitionen von 6 Mrd. US-Dollar in Nigerias Infrastruktur, in Ölraffinerien und Kraftwerken im Austausch für Förderlizenzen. Aber auch Waffenlieferungen fehlen nicht in Chinas Angebot an Krisenregionen und Kriegsländer wie Sudan und Nigeria. Auch Simbabwe gehört zu den umstrittenen Adressaten der chinesischen Wirtschaftsoffensive in Afrika.

2006 löste China Großbritannien als drittgrößten bilateralen Wirtschaftsakteur – hinter den USA und Frankreich – ab. Allerdings entfallen auf die EU und die USA nach wie vor fast 80 Prozent des Handels mit Afrika. Das Gipfeltreffen vom 4. bis 5. November 2006 in Beijing, auf dem China den anwesenden hochrangigen Delegationen aus 48 Ländern seine „strategische Partnerschaft“ vorstellte, legt Zeugnis über die Dynamik des chinesischen Engagements ab. Auf dem Gipfeltreffen sagte die chinesische Führung eine weitere Steigerung des chinesisch-afrikanischen Handels zu, versprach zinsgünstige Anleihen und Kredite in Milliardenhöhe sowie die Etablierung eines China-Afrika-Entwicklungsfonds. Zudem umfasste das Paket weitere Schuldenstreichungen für die höchstverschuldeten und ärmsten Länder Afrikas. Bereits 2003 erließ China ohne Bedingungen Schulden in Höhe von 1,27 Milliarden US-Dollar für 31 Länder.<sup>54</sup>

<sup>53</sup> U.a. Ian Taylor 2008, Sino-African Relations and the Problem of Human Rights. In: African Affairs 107 (426), S. 63-87. Chinas Engagement in Simbabwe stützte lange die brutale Herrschaft Robert Mugabes. Nach den verlorenen Parlamentswahlen 2008 konnte sich Mugabe nur mit massiver Gewalt die erneute Präsidentschaft sichern. Die Umsetzung des unter südafrikanischer Vermittlung im September ausgehandelten Machtteilungsabkommen wird von ihm seither hintertrieben. U.a. Africa Confidential, 17 October 2008, Mugabe rearranges the deckchairs. Africa Confidential 49 (21), p.4.

<sup>54</sup> U.a. Denis Tull 2006, China's Engagement in Africa: Scope, Significance, and Consequences. In: Journal of Modern African Studies 44 (3), S. 459-477 und Robert Kappel / Tina Schneidenbach 2006, China in Afrika: Herausforderungen für den Westen. GIGA Fokus 12 / 2006. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies.

## Wachsende Kritik in Afrika

Trotz der „Süd-Süd-Rhetorik“ tritt China in Afrika wenig anders auf als die westlichen Großmächte: China nutzt die – vom Westen erzwungene – Marktöffnung aus, so dass billige Konsumgüter aus chinesischer Produktion die Märkte Afrikas überschwemmen. Zudem verzichtet China zwar auf die Formulierung von politischen und makro-ökonomischen Konditionalitäten. Kredite, Hilfstansfers und Investitionen sind dennoch an strikte Bedingungen – zumeist Lieferbindungen – geknüpft: Zum Beispiel war eine 2,4 Milliarden US-Dollar umfassende Tranche eines 2004 gewährten Infrastruktur-Kredits der chinesischen Exim-Bank an Angola an die Bedingung gebunden, das 70 Prozent der Aufträge an chinesische Firmen vergeben werden müssen. Angola ist kein Einzelfall. Ähnliche Vergabebedingungen sind an den 2007 an die DR Kongo vergebenen Milliarden-Entwicklungskredit geknüpft. Bei großen Bauvorhaben kommen neben Kapital auch Baumaterial und Arbeitskräfte aus China, selbst ungelernete Hilfskräfte.

Viele der rund 700 chinesischen staatlichen, halbstaatlichen und privaten Unternehmen, die in Afrika aktiv sind und afrikanische ArbeitnehmerInnen beschäftigen, geraten bei örtlichen Gewerkschaften und NROs zunehmend in die Kritik: Die Arbeitsbedingungen und Löhne sind oft miserabel, und die Unternehmen gehen rigide gegen Streikende oder MitarbeiterInnen vor, die die Arbeitsbedingungen kritisieren. In der Republik Kongo, in der DR Kongo und in Sambia kam es in den letzten Jahren zu wachsenden Belegschaftsprotesten. In Nigeria protestieren lokale – z.T. bewaffnete – Gruppen des Niger-Deltas gewaltsam gegen die Präsenz chinesischer Ölfirmen. In diesem Jahr (2008) drohten angolansische Gewerkschaften die Bestreikung chinesischer Unternehmen, u.a. des Ölkonzerns Sinopec an, um gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen zu protestieren. 2007 musste in Sambia der im Rahmen des Staatsbesuchs von Chinas Präsident Hu Jintao geplante Besuch bei der chinesischen Staatsfirma Non-Ferrous Corporation in letzter Minute abgesagt werden, da wütende ArbeiterInnen Proteste vorbereiteten.<sup>55</sup>

Für eine abschließende Bewertung von Chinas Engagement in Afrika ist es noch zu früh. Es sollte weder als Form der Süd-Süd-Kooperation idealisiert noch pauschal verteufelt werden, denn Chinas noch junge und dynamische Afrika-Politik ist ambivalent und unterliegt Wandlungs- und Anpassungsprozessen. Die großen Infrastrukturprojekte und die Kreditvergabepolitik Chinas eröffnen Afrikas Regierungen durchaus Entwicklungsperspektiven. Die afrikanische (und internationale) Linke muss die Investitions- und Unternehmensstrategien wirtschaftlicher Akteure auf ihre Entwicklungsverträglichkeit überprüfen und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards einfordern, ungeachtet ihrer Herkunft. Die Linke muss

<sup>55</sup> Africa Confidential, 16 February 2007, Zambia: China in Chambeshi. Africa Confidential 48 (4), S. 12.

darüber hinaus die Regierungen Afrikas in die Pflicht nehmen, die Einhaltung dieser Standards durchzusetzen – gegenüber chinesischen wie westlichen Investoren gleichermaßen.

### **Forderung aus dem Süden: ein anderes Globalisierungsmodell**

Im Oktober 2006 verkündete Narinder Chauhan, der Vertreter des Indischen Außenministeriums in Ostafrika: „Neue Erwartungen und Optimismus sind angesagt, während das moderne Indien sich anschickt, seine Beziehungen zu einem aufstrebenden Afrika zu verstärken, um zur Entwicklung einer neuen internationalen Ordnung beizutragen“.<sup>56</sup> Damit spielte der indische Regierungsvertreter bewusst auf die afrikanisch-asiatische Bandung-Konferenz an, die 1955 in Indonesien stattfand. Dort hatten sich VertreterInnen aus 27 Staaten Afrikas und Asiens getroffen, die zum Teil gerade ihre Unabhängigkeit erreicht hatten. Thema war die Entwicklung einer neuen afro-asiatischen Süd-Süd-Zusammenarbeit in Opposition zu Kolonialismus und Neo-Kolonialismus, welche die Grundlage zur späteren Blockfreienbewegung legte.

Samir Amin, führender afrikanischer Ökonom und Analyst in Senegal, setzt das von ihm so genannte „Bandung-Modell“ als das weniger gefährliche Globalisierungsmodell gegen das heute dominierende „imperialistische Globalisierungsmodell“. Während Bandung sich für ein Modell einsetzte, welches durch Handelspräferenzen und Chancen für die Schwächeren, diesen eine reale Chance zum Aufholen bot, steht das neo-liberale Modell für die Anpassung der Schwächsten an die Bedingungen der Stärkeren, das den strukturschwachen Ländern jede Chance zum Aufholen nimmt. Die Lomé-Abkommen, die die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten bis 2000 bestimmten, hatten Elemente des Bandung-Modells integriert. Die WPA hingegen drängen schwache Länder tiefer in das „imperialistische Globalisierungsmodell“, das nach Amin „vielleicht verbrecherischste Globalisierungsmodell der Geschichte, da es die Bedingungen für permanenten Krieg schafft“.<sup>57</sup>

Auf der zwischenstaatlichen Ebene kommt in dem Zusammenhang der AU und ihren Regionalorganisationen eine wichtige Rolle zu: Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration sind notwendig, denn viele kleine und schwache Staaten können auf sich allein gestellt den Kräften der neoliberalen Globalisierung und dem Druck mächtiger externer Akteure wenig entgegensetzen. Die oben skizzierten Versuche der EU, die Staaten Afrikas im Zuge der WPA-Verhandlungen gegeneinander auszuspielen, zeigen deutlich, dass eine verstärkte Kooperation der Staaten Afrikas untereinander notwendig ist, wenn diese wirtschafts- und ordnungspolitische Spielräume zurückgewinnen wollen.

Doch Integration darf nicht auf der Regierungsebene enden: Die Konferenz afrikanischer Intellektueller und RegierungsvertreterInnen im Juni 2008 in Addis Abeba könnte die Wiederbelebung eines afrikanischen Selbstbewusstseins sein, das sich Freiheit und Unabhängigkeit auf die Fahnen schreibt und sich verstärkt um die Wiederherstellung der Süd-Süd-Solidarität im Geiste von Bandung bemüht. Wichtig dabei ist die Erkenntnis, dass eine afrikanische Einheit und Integration von unten, von den Menschen und ihren Organisationen und nicht von oben, von den Eliten, kommen muss, wie ein Gewerkschaftsführer aus Sambia betonte.

- DIE LINKE unterstützt die Ausarbeitung neuer und die Weiterentwicklung bestehender Konzepte alternativer (linker) Wirtschaftspolitiken speziell für Afrika. Im Gegensatz zur gängigen Praxis in den Denkfabriken der OECD-Regierungen muss in diesem Prozess die Federführung bei afrikanischen ExpertInnen liegen, und es müssen afrikanische Expertise und Erfahrungen von der Graswurzelebene systematisch eingebunden werden.
- DIE LINKE unterstützt Bemühungen der wirtschaftlichen, politischen und besonders der gesellschaftlichen Integration. Sie spricht sich für eine stärkere Förderung und Reform der AU und der Regionalorganisationen aus.
- Wirtschaftspolitische Entscheidungen auf Regierungsebene setzen Mitbestimmung durch zivilgesellschaftliche Gruppen voraus: Afrika braucht starke Gewerkschaften und Gruppen, die sich für die Belange der ArbeitnehmerInnen, der prekär Beschäftigten im informellen Sektor und andere Schwache einsetzen. DIE LINKE erklärt ihre Solidarität und Unterstützung für die Gewerkschaften und NROs des Kontinents sowie für linke Parteien, die sich für diese Ziele einsetzen.

#### **Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE:**

BT-Drucksache 16/3193, Antrag: Für solidarische und entwicklungspolitisch kohärente Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

BT-Drucksache 16/4410, Antrag: Für eine Afrikapolitik im Interesse der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit

BT-Drucksache 16/6322, Kleine Anfrage und Antwort der Bundesregierung: Stand der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

BT-Drucksache 16/7473, Antrag: EU-AKP-Abkommen – Faire Handelspolitik statt Freihandelsdiktat

#### **Textbox 7**

<sup>56</sup> Essay „Apartheid global. Der neue Imperialismus und der globale Süden“, Edition Blätter, Januar 2007.

<sup>57</sup> Ebenda.

## 4. Bewaffnete Konflikte, sicherheitspolitische Herausforderungen und Friedensaussichten für Afrika

Der Zerfall von staatlichen Strukturen, die Etablierung von Kriegsökonomien und die damit veränderte Dynamik von Kriegen im subsaharischen Afrika stellen die Entwicklungspolitik vor ernsthafte Herausforderungen. Ohne tragfähige gesellschaftliche Strukturen und Institutionen ist keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung möglich. Deshalb setzt DIE LINKE auf die Solidarisierung und die Zusammenarbeit mit jenen gesellschaftlichen Gruppen in Afrika, die eine militärische Eroberung der Macht und bewaffneten Konfliktaustragung ablehnen und sich dafür engagieren, sich anbahnende Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten. Oft sind dies politisch schwache, teilweise unterdrückte Initiativen, die internationale Unterstützung benötigen.

DIE LINKE setzt sich für die Wiederherstellung schwacher oder zerfallener rechtsstaatlicher Strukturen ein. Derartige Bemühungen nach langen Kriegen wie z.B. in Sierra Leone und Liberia geben Anlass zum vorsichtigen Optimismus, dass mit politischem Willen im Land und auf internationaler Ebene die Grundlagen für soziale Entwicklung neu gelegt werden können. Der Afrikanischen Union (AU), den afrikanischen Regionalorganisationen sowie der UNO kommt hier besondere Bedeutung zu.

### 4.1 Ursachen, Formen und Folgen von Kriegen und Konflikten in Afrika

Mit 19 bewaffneten Konflikten und Kriegen im Jahre 1994 erreichte die Ausweitung von militärischer Gewalt auf dem Kontinent einen Höhepunkt.

Für das Jahr 2006 registrierte die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg in Afrika noch immer 12 offene Kriege und bewaffnete Konflikte, die auf hohem Gewaltniveau ausgetragen werden. Die meisten der Kriege werden innerhalb von Staaten um die Eroberung der Regierungsmacht geführt. Zu Grunde liegen ihnen jedoch wachsende sozio-ökonomische Konfliktpotenziale – z.B. der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von politischer und ökonomischer Teilhabe (s.u.).

Hintergrund und zugleich Folge der Konflikte sind Prozesse des „Staatszerfalls“. Politisch schwach legitimierte Eliten und „ausgehöhlte“ staatliche Strukturen sind nicht mehr in der Lage (und oft nicht willens), die Konflikte politisch zu lösen. Viele der Konflikte sind dadurch gekennzeichnet, dass die Parteien – staatliche Armeen und Rebellenorganisationen – selbst militärisch schwach und degeneriert sind: Gezielte Übergriffe auf die Zivilbevölkerungen oft entlang „ethnischer“ Linien, Plünderungen und die Herausbildung von Kriegswirtschaften sind zu den Charakteristiken dieser Konflikte geworden. Schätzungen zu den Opfern gehen weit auseinander, denn nur die wenigsten Menschen sterben in Folge direkter

Kampfhandlungen, sondern auf der Flucht, durch Hunger und Seuchen. Am stärksten betroffen sind Kinder und Frauen.<sup>58</sup>

Darüber hinaus existieren in zahlreichen Ländern soziale und politische Spannungen, die in unregelmäßigen Abständen zu meist kurzen Phasen der Gewalt eskalieren. Auch wenn das Gewaltniveau dieser – im Westen meist nicht wahrgenommenen – Konflikte geringer ist, so bedeuten sie für die betroffenen Menschen Tod, Vertreibung und Zerstörung ihrer Habe. Ein Beispiel für die verheerenden menschlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen derartiger „kleiner“ Konflikte sind die rund dreiwöchigen Kämpfe, die in Folge der Wahlen in Kenia im Januar 2008 zwischen Milizen eskalierten. Die von Ausschreitungen begleiteten Auseinandersetzungen kosteten Hunderte Menschen das Leben, mindestens 350.000 wurden vorübergehend aus ihren Heimatregionen vertrieben und verloren Besitz, Arbeitsplatz und Lebensgrundlage.<sup>59</sup>

Kriegerische Gewalt bleibt daher ein zentrales Entwicklungshindernis in Afrika. In einer gemeinsamen Studie zu den sozialen und wirtschaftlichen Kriegsfolgen bezifferten die NROs IANA, Oxfam und Saferworld die Folgekosten von kriegerischer Gewalt durch direkte Zerstörungen, wirtschaftliche Einnahmeausfälle und kriegsbedingte Seuchen und Hungersnöte auf jährlich mindestens 18 Mrd. US-Dollar.<sup>60</sup>

Die Konfliktursachen in Afrika sind so komplex wie die gesellschaftlichen und historischen Bedingungen in den einzelnen Ländern. Dabei sind besonders Staaten mit natürlichen, wertvollen Ressourcen häufig in bewaffnete Konflikte und Kriege verwickelt. Der Rohstoffreichtum schafft Begehrlichkeiten, die verheerendes Unrecht und Leid, Gewalt und Kriminalität für die Bevölkerung bedeuten können. So hat sich der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo, der 1996 begann, von einer international unterstützten Aufstandsbewegung gegen die Herrschaft Joseph-Désiré Mobutus zu einem Krieg um die Ressourcen des Landes entwickelt. Mobutus Sturz im Jahre 1997, der im engen Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg und dem Völkermord in Ruanda 1994 stand, mündete im Zerfall Zaïres in die Einflusszonen verschiedener Rebellengruppen, die mit der Unterstützung

<sup>58</sup> Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung 2007, Das Kriegsgeschehen 2006. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, (hrsg. von Wolfgang Schreiber), Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften.

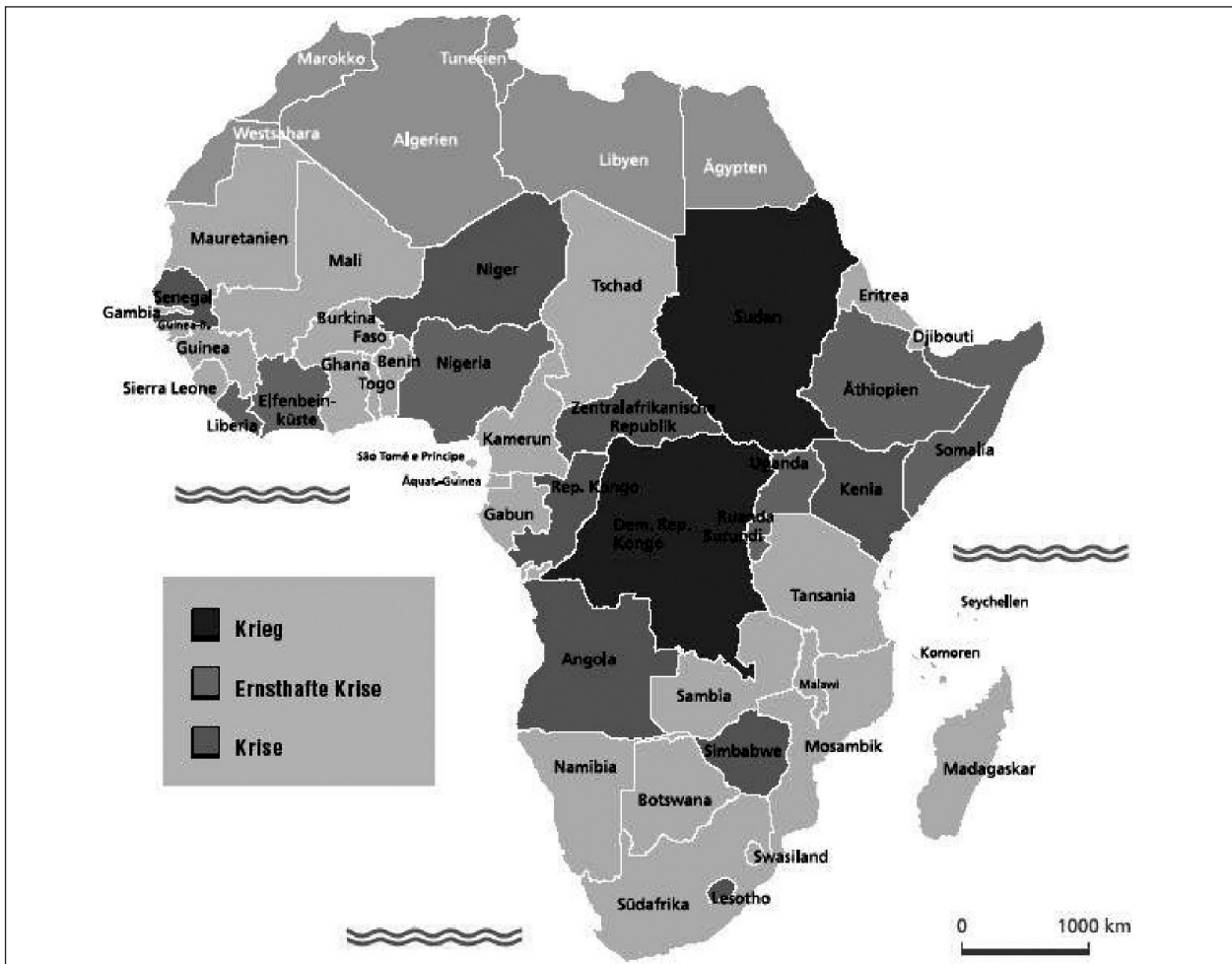
<sup>59</sup> Jean-Christophe Servant 2008, Kenianisches Fieber. Verursacht haben es nicht die Ethnien, sondern die Eliten.

In: Le Monde Diplomatique (dt. Ausgabe), Februar 2008, S. 4-5.

<sup>60</sup> IANSA / Oxfam / Saferworld 2007, Africa's Missing Billions.

International Arms Flows and the Cost of Conflict.

Internet: [http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/conflict\\_disasters/bp107\\_africasmismissingbillions.html](http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/conflict_disasters/bp107_africasmismissingbillions.html)



**Abb. 3** Politische Konflikte in Afrika (südlich der Sahara)

Die Grafik basiert auf Angaben und Konfliktdefinitionen des Konfliktbarometers des Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) zum Konflikt- und Kriegsgeschehen 2005.

Quelle: [http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft\\_br2005\\_karte7.asp](http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/ft_br2005_karte7.asp)

der Nachbarstaaten in der Region der Großen Seen operierten. Der Krieg kostete nach Schätzungen von Hilfsorganisationen seit 1998 bis zu 5,4 Millionen Menschen das Leben – meist durch die indirekten Kriegsfolgen Hunger, Krankheiten und willkürliche Gewalt der Kriegsparteien gegen ZivilistInnen. Bis heute dauert der Krieg in den östlichen Landesteilen auch rund sechs Jahre nach dem offiziellen Kriegsende an. Alle Gewaltakteure finanzieren sich durch die informelle Besteuerung und den Export von mineralischen Rohstoffen.

In anderen Ländern – wie z.B. in Ruanda und Burundi in den 1990er Jahren, in Darfur (Sudan) und andersorts – hat der staatlich sanktionierte Ausschluss von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu Bürgerkriegen geführt. In der Elfenbeinküste mündete die fremdenfeindliche Politik der Regierung von Laurent Gbagbo 2002 in eine Meuterei von Teilen der Armee, die sich in der Folge zum Bürgerkrieg ausweitete. Seitdem wird der nördliche Teil des Landes von einer Rebellenallianz gehalten, während der Süden unter der Kontrolle der Regierung steht. Französische Truppen

und UN-Soldaten überwachen den Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien.<sup>61</sup>

Auch Klimaveränderungen tragen zur Entstehung und Verschärfung von Konflikten bei. Nach Schätzungen der UN gibt es schon jetzt ca. 19 Millionen Flüchtlinge, die wegen Dürre oder Flut ihre Heimat verlassen mussten. Durch steigende Meeresspiegel, Ausdehnung der Wüsten und Wetterkatastrophen wird die Zahl weiter ansteigen. Das Rote Kreuz geht davon aus, dass es zum Ende dieses Jahrzehnts weltweit schon 50 Millionen Umweltflüchtlinge sein werden. Ein Großteil dieser Flüchtlinge sind Binnenflüchtlinge, da sich die reichen Länder immer mehr abschotten (siehe Kapitel 5) und die meisten Aufnahmeländer selbst arme Staaten sind, die aufgrund eigener ökonomischer, sozialer und ökologischer Probleme keine zusätzlichen Menschen aufnehmen können.<sup>62</sup>

<sup>61</sup> Bettina Engels 2008, Ein bisschen Frieden. Fünf Jahre nach dem Putsch ist die Lage in der Cote d'Ivoire noch immer instabil. <http://www.labournet.de/internationales/ci/engels.html>

<sup>62</sup> Brown, O. / A. Hammill / R. McLeman 2007, Climate change as the 'new' security threat: implications for Africa. In: International Affairs 83 (6) sowie Unmüßig, Barbara / Cramer, Stefan 2008, Afrika im Klimawandel. GIGA Fokus 2 / 2008. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies.

Die EU und die Bundesregierung thematisieren zwar die Herausforderungen, die sich im Zuge des Klimawandels und der Verknappung der Energieressourcen stellen, reagiert aber nicht mit präventiven, politischen Lösungsansätzen. Stattdessen ist eine weitere Militarisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) unverkennbar.

#### **4.2 Militarisierung der internationalen Afrikapolitik**

In der internationalen Militär- und Sicherheitspolitik gegenüber Afrika vollzieht sich seit einigen Jahren ein bedeutender Wandel. Nach dem Scheitern zahlreicher Missionen der militärischen Krisenintervention unter Führung oder Mandat der UNO – wie z.B. die UNO-Mission und der US-geführte Einsatz in Somalia sowie das Versagen der UNO in Ruanda 1994 – war noch Mitte der 1990er Jahre ein Rückzug der sogenannten „internationalen Gemeinschaft“ vom Kontinent zu beobachten. Die Mitgliedstaaten der UNO waren nicht mehr bereit, Truppen und finanzielle Unterstützung für militärische Interventionen in Afrikas unübersichtliche Kriege zu entsenden. Zugleich unterblieben aber systematische zivile Initiativen der Konfliktbearbeitung.

Seit dem Ende der 1990er Jahre, parallel zur wachsenden Bedeutung Afrikas, vollzog sich erneut ein Wandel: Kriege und Prozesse des Staatszerfalls werden zunehmend als regionale und internationale Sicherheitsrisiken aufgefasst, die auch westliche Interessen gefährden. UNO-Kontingente wurden daher substantiell aufgestockt und mit zunehmend umfassenden Mandaten und Aufgaben versehen. Zurzeit überwacht die UNO mit rund 61.000 Blauhelmen, Polizeikräften und BeobachterInnen in sieben Ländern instabile Waffenstillstände und Friedensabkommen.<sup>63</sup> Neben friedens erzwingenden Maßnahmen enthalten die Missionen oft umfassende Aufgabenkataloge zur Stabilisierung „schwacher Staaten“, die u.a. den Wiederaufbau von Sicherheitsapparaten und staatlichen Institutionen beinhalten. Missionen wie die aktuell rund 20.000 Einsatzkräfte starke MONUC in der DR Kongo wären noch vor 15 Jahren undenkbar gewesen. In dem Zusammenhang ist eine verstärkte Einbeziehung der AU in die politische und militärische Kriseninterventionen zu beobachten: Ihren bisher größten Einsatz nimmt die AU in der gemeinsam mit der UNO durchgeführten sogenannten Hybridmission UNAMID zur „Friedenssicherung“ in der westsudanesischen Provinz Darfur wahr (s.u.).<sup>64</sup>

<sup>63</sup> Zahlenangaben laut UN Department of Peacekeeping Operations (Stand: Oktober 2008). Internet: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/currentops.shtml#africa>

<sup>64</sup> Siehe den Schwerpunkt des Friedensgutachtens 2007 deutscher Friedensforschungsinstitute: BICC / FEST / HSK / INEF / ISFH (Hg.) 2007, Friedensgutachten 2007. Münster: Lit-Verlag.

#### **Das US-Afrika-Kommando (AFRICOM) in Stuttgart**

Die USA bauen seit Anfang des Jahrtausends und verstärkt seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ihre Präsenz in Afrika aus. Neben der Bekämpfung des internationalen (islamischen) Terrorismus steht die Stabilisierung von Bündnispartnern und die Sicherung des Ressourcenzugriffs (v.a. Öl) auf der US-Agenda. Ausdruck dieser neuen geostrategischen Ausrichtung ist das nach jahrelanger Planung im Oktober 2008 eingerichtete US-Afrika-Kommando AFRICOM, das mit einem Jahresbudget von rund 266 Mio. US-Dollar ausgestattet wurde. Das Hauptquartier von AFRICOM liegt auf der US-Militärbasis in Stuttgart, wo 100 Militärs integrierte Befehls- und Koordinationsaufgaben übernehmen.

Mit der institutionellen Verzahnung der zahlreichen dezentralen militärischen und zivilen Aktivitäten der USA in Afrika leistet AFRICOM eine qualitative Veränderung der US-Afrikapolitik. Von Stuttgart aus werden künftig z.B. die Einsätze des mobilen US-Afrikakorps von geplanten 25.000 SoldatInnen koordiniert. Truppen des US-Afrikakorps sind derzeit auf den Basen in Dschibuti und im algerischen Tamanrasset stationiert sowie auf den Schiffen der US-Flotte, die mit den Ölstaaten des Golfs von Guinea und mit Angola „Partnerschaftsprogramme zur Sicherheit von Häfen und Bohrinnseln“ unterhält. Die Transsahara-Allianz schließt alle Maghreb-Staaten sowie die westlichen und südlichen Sahara-Anrainer zur „Terrorismusbekämpfung“ ein. Der mit US-amerikanischer Logistik und Aufklärung unterstützte Einmarsch äthiopischer Truppen in Somalia 2007 hat demonstriert, wie leistungsfähig das System sein kann. Auch erfolgt eine stärkere Koordination der derzeit 10 Militärhilfe- und Ausbildungsprogramme, wie z.B. das Trainingsprogramm für afrikanische Krisenreaktionskräfte ACOTA (Africa Contingency Operations Training and Assistance Program) oder das Militär-Ausrüstungsprogramm FMS (Foreign Military Sales Program).

Erstmalig sollen die Militärs in der AFRICOM-Zentrale auch zivile Aufgaben von der Bekämpfung des HI-Virus bis hin zur „Kapazitätsbildung“ in öffentlichen Verwaltungen koordinieren. Diese Planungen haben US-Hilfsorganisationen höchst alarmiert, denn sie befürchten eine Militarisierung der nicht-staatlichen EZ und eine drastische Einschränkung ihrer Handlungsspielräume und Kompetenzen. Diese Verzahnung von militärischer und ziviler Hilfe dient keineswegs der Armutsbekämpfung.<sup>65</sup>

#### **Textbox 8**

<sup>65</sup> U.a. Heimo Claasen 2008, Amerikas Afrika-Zentrale liegt in Stuttgart. In: Freitag, 11. April 2008, S. 8; Daniel Volman 2007, US to Create a New Regional Military Command for Africa: AFRICOM. In: Review of African Political Economy 34 (114, December 2007), 737-744.



Eine weitaus problematischere Dimension des sicherheitspolitischen Wandels ist die Aufstockung bi- und multilateraler Militär- und Polizeieinsätze (nicht nur) westlicher Staaten und Organisationen wie der EU, der NATO und die Ausweitung und Koordination bilateraler Programme. Diese dienen offiziell ebenfalls dem Anspruch, Frieden und Stabilität zu unterstützen. Tatsächlich verfolgen mächtige Akteure damit den Aufbau einer geostrategischen Präsenz auf dem Kontinent und die Schaffung von langfristigen Verbindlichkeiten und Abhängigkeiten. Dies erfolgt über Militärkooperationen, die zum Teil an Ausrüstungsverträge gekoppelt sind, über Ausbildungsinitiativen für Spezialeinheiten afrikanischer Polizei- und Militäreinheiten sowie über den Aufbau von militärischen Stützpunkten. Das bekannteste Beispiel ist AFRICOM.

Auch die EU strebt nach größerer sicherheitspolitischer Einflussnahme in Afrika. Vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008 legte die französische Regierung den forcierten Ausbau der europäischen Verteidigung als Priorität fest. Hier treffen sich nationalstaatliche Interessen der früheren Kolonialmacht, die ihre (auch) militärische Präsenz auf dem Kontinent nicht mehr aufrecht erhalten kann, mit den europäischen Interessen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).<sup>66</sup> Ziel der EU unter französischer Ratspräsidentschaft ist es, die europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen noch offensiver als bisher auch in Afrika verteidigen zu können. Mit bisher zwei vom Sicherheitsrat der UNO mandatierten Missionen in der DR Kongo, der 2003 in der Ituri-Region eingesetzten EU-Truppe (Opération Artémis) sowie der offiziell zur Sicherung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2006 und zur Unterstützung der UNO-Mission in der DR Kongo (MONUC) entsendeten Mission EUFOR DR Kongo stellte die EU in Afrika ihre militärische Einsatzfähigkeit unter Beweis. An der Kongo-Mission von 2006 nahmen rund 2.400 SoldatInnen aus der EU teil, darunter 780 SoldatInnen der Bundeswehr. Gegenwärtig (2008) ist die EU im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) präsent (siehe Kasten).

Die europäische Militärintervention ist ein bezeichnendes Beispiel für die Probleme des neuen Interventionismus in Afrika. In der Region, in der sich die gewaltsamen inneren Konflikte im Tschad, der ZAR und Darfur (Sudan) überlagern, führt „die internationale Gemeinschaft“ derzeit drei von der UNO autorisierte Missionen zur Krisenintervention durch; die europäisch geführte EUFOR, die „Hybridmission“ von UNO und AU, UNAMID, sowie die Beobachtungs- und Polizeieinsätze MINURCAT der UNO. Die Missionen

und die sie begleitenden politischen Prozesse zeigen die konkurrierenden Interessen der Groß- und Interventionsmächte in Afrika auf.

### **Internationale Interventionen in der Konfliktregion Sudan (Darfur) – Tschad – Zentralafrikanische Republik (ZAR)**

Im Sommer 2003 eskalierte in Darfur im Westen Sudans ein lange schwelender Konflikt, als sich lokale Gruppen zu einer Rebellenorganisation zusammenschlossen und sich gegen Angriffe staatlich unterstützter Milizen zur Wehr setzten. Der Krieg hat bisher mindestens 200.000 Todesopfer gefordert und über 2 Mio. Menschen heimatlos gemacht. Zur Unterstützung der Friedensbemühungen und zum Schutz der ZivilistInnen, genehmigte der Sicherheitsrat der UNO 2004 den Einsatz der AU-Mission AMIS, die zwar seit 2005 von EU und NATO finanziell und logistisch unterstützt wurde, aber keine Verbesserung der Lage erreichte. Scharfe Interessenskonflikte v.a. zwischen den USA und China im UN-Sicherheitsrat verhinderten eine Mission der UNO, denn während die USA auf eine Isolation und Schwächung des Regimes in Sudan hinarbeiteten, stützte China aufgrund seiner Öl-Interessen die Machthaber in Khartum.

Erst nachdem China Druck auf Sudans Regierung ausübte, konnte 2007 die „Hybridmission“ UNAMID eingesetzt werden, deren Stationierung im Januar 2008 begann. Bis heute sind weniger als die Hälfte der 19.500 SoldatInnen und 6.400 Polizeikräften vor Ort. Dass UNAMID kein Ende der Gewalt erreichen wird, liegt jedoch in erster Linie an der fehlenden politischen Einbettung der Mission, denn der Friedensvertrag von 2006, den UNAMID überwachen soll, ist politisch gescheitert. Die Regierung ist derzeit wenig verhandlungsbereit, und die Rebellen aufgrund interner Machtkämpfe in zahlreiche Gruppen zerfallen. Der „internationalen Gemeinschaft“ fehlt es derzeit an Konzepten und politischem Willen, um die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Der Konflikt im Tschad ist mit den Kriegen im Sudan eng verknüpft. Tschadische Rebellengruppen werden von Sudans Regierung unterstützt, und umgekehrt hilft die tschadische Regierung den Aufständischen in Darfur. Zudem finden grenzüberschreitende Kämpfe im Nachbarland, der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), statt. Tschad und ZAR sind ehemalige Kolonien Frankreichs, das bis heute in beiden Staaten Militärstützpunkte unterhält und die schwach legitimierten Regierungen gegen Aufständische militärisch unterstützte (im Tschad zuletzt 2006, in der ZAR 2007). Geostrategische Interessen – im Tschad wird seit 2002 Öl gefördert und über die dortige Militärbasis erfolgen französische (Truppen-) Lufttransporte nach ganz Afrika – veranlassten Frankreich, sich 2007 gegen eine UN-Mission zur Förderung von Friedensprozessen in beiden Staa-

<sup>66</sup> Zur aktuellen französischen Afrikapolitik siehe Andreas Mehler / Benjamin Werner 2008, Der ewige Gendarm? Sarkozys Versuch einer neuen Afrikapolitik. In: GIGA Fokus 3 / 2008. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA). Zur Militärpolitik der EU u.a. Guglielmo Carchedi 2006, Der militärische Arm der EU. In: PROKLA. Schwerpunktheft Europa. PROKLA 36 (3), S. 381-397.

ten und Darfur zu stellen. Stattdessen plädierte Frankreich für eine EU-Mission und bot 1.500 SoldatInnen an. Im September 2007 folgte die UNO diesem Vorschlag und autorisierte die EUFOR Tschad / ZAR. Zudem autorisierte der UN-Sicherheitsrat die Mission MINURCAT, deren rund 350 Polizei- und Militärkräfte die Sicherheitsapparate beider Länder ausbilden sollen. Dabei soll EUFOR ein sicheres Umfeld für die UN-Mission schaffen (UN-Resolution 1778).

Die Stationierung der Missionen verzögerte sich indes bis zum Frühjahr 2008, da Rebellenruppen in beiden Ländern die EUFOR aufgrund der starken Präsenz französischer Truppen nicht als neutrale Mission akzeptierten. Lokale Gefechte eskalierten in beiden Ländern, und die tschadische Regierung entging im Februar 2008 nur knapp einem Sturz. Aktuell hat sich die Lage etwas beruhigt, doch selbst der jüngste Bericht des UN-Generalsekretärs (UN-Dokument S/2008/601) beklagt die anhaltende Unsicherheit und latente Gewalt in beiden Staaten sowie die nur schleppend verlaufenden Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien.

#### **In ihrer parlamentarischen Arbeit hat die LINKE**

- den EUFOR-Einsatz kritisiert, da die Mission nicht in einen übergreifenden politischen Friedensprozess eingebettet ist und da die Militärmission aufgrund der Dominanz Frankreichs nicht von allen Konfliktparteien akzeptiert wird.
- die Mission UNAMID in Darfur, an der sich Deutschland mit Truppen beteiligt, abgelehnt, denn das Darfur Friedensabkommen, das mit ihr umgesetzt werden soll, ist politisch tot. Der „internationalen Gemeinschaft“ fehlt jedoch jedes Konzept für eine politische Konfliktbearbeitungsstrategie. Damit ist die entscheidende Voraussetzung nicht erfüllt. Denn durch Militäreinsätze, auch durch solche mit UNO-Mandat, werden Konflikte nicht gelöst.

#### **Textbox 9**

Nicht zuletzt vollzieht sich auch in Afrika eine zunehmende Privatisierung von Sicherheit und ein verstärktes Auftreten kommerzieller Sicherheitsanbieter, die ein weites Auftragspektrum wahrnehmen, das von Objektschutz (Ölförderung), Personenschutz bis zur Ausbildung örtlicher Sicherheitskräfte reicht. Die Privatisierung öffentlicher Institutionen hat die Bedeutung dieser Akteure erhöht: Private Militär- oder Sicherheitsfirmen übernehmen Aufgaben, die unterbezahlte und undisziplinierte Armeen nur unzureichend erfüllen. Besondere Prominenz erlangten die Firmen Sandline und Executive Outcomes, die in den 1990er Jahren von den Regierungen Sierra Leones und Angolas zur Bekämpfung von Rebellenruppen angeheuert wurden. Bezahlen ließen sie sich ihre Dienste mit Kon-

zessionen zur Ausbeutung von Diamantenvorkommen. Zuletzt scheiterte 2004 ein von Söldnern durchgeführter Putschversuch gegen den autoritären Herrscher Obiang im neuen Ölstaat Äquatorialguinea.

Diese Beispiele sind nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs. Internationale, zumeist westliche private Sicherheitsfirmen übernehmen im Rahmen vor allem von US-amerikanischen Militärhilfeprogrammen Ausbildungsdienste für afrikanische Streitkräfte. Internationale und afrikanische Firmen sind darüber hinaus im Objekt- und Personenschutz aktiv und übernehmen z.B. die Bewachung von Ölplattformen, Bergwerken und anderen Industriebetrieben. Gerade in Nachkriegsgesellschaften und schwach legitimierten Staaten sind dabei die Grenzen zwischen „Werkenschutz“ und privatwirtschaftlichen Paramilitärs, die Eliteninteressen verteidigen, fließend.<sup>67</sup> Die Regulierung dieser Söldnerfirmen ist eine zentrale Herausforderung der internationalen Sicherheitspolitik.

#### **4.3. Militarisierung der Entwicklungshilfe**

Derzeit wird die Unterstützung von Militärmissionen der Afrikanischen Union über die Afrikanische Friedensfazilität (AFF) finanziert. Allein die AU-Mission im Sudan (AMIS) wurde mit mehr als 300 Mio. Euro unterstützt. Die AFF wiederum wird aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) gespeist, einem Fonds, der von den EU-Mitgliedstaaten für die Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) aufgefüllt wird. Da aber die Europäische Kommission den EEF verwaltet, haben nationale Parlamente keinen Einfluss auf die Mittelvergaben. Für Sicherheitssektorreformen im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik sollen in den nächsten fünf Jahren 436 Mio. Euro aus dem Topf des EEF entnommen werden, womit die Gelder der Friedensfazilität bereits jetzt verplant sind.

DIE LINKE und entwicklungspolitische Gruppen haben wiederholt kritisiert, dass Mittel aus dem EEF und aus dem deutschen Entwicklungshaushalt für die zivil-militärische Zusammenarbeit entnommen werden. Neben der mangelnden parlamentarischen Einflussmöglichkeiten auf die Mittelverwendung kritisiert DIE LINKE, dass Maßnahmen wie die Bereitstellung logistischer Dienste für Militäreinsätze und der Sicherheitssektorreform wie im Rahmen der AFF in die ODA-Quote (Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen) eingerechnet werden. DIE LINKE sieht hier die Gefahr, dass bei der Auffüllung des EEF zunehmend Gelder in die Finanzierung von „Sicherheitsoperationen“ fließen und so der Armutsbekämpfung und anderen Entwicklungsprogrammen entzogen werden.<sup>68</sup>

<sup>67</sup> U.a. Rolf Uessler 2006, Krieg als Dienstleistung. Berlin: CH. Links Verlag.

<sup>68</sup> Vgl. IMI-Analyse 2008/014, Orwell im Tschad: Wie Österreich und die Europäische Union Militäreinsätze über die Entwicklungshilfe querfinanzieren. Internet: <http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1758>

## Rüstungsexporte nach Afrika

Afrika spielt als Markt für konventionelle Rüstungsexporte für die Industrieländer nur eine untergeordnete Rolle. Nur 12 Prozent der deutschen Waffenausfuhren in den Jahren 2003 bis 2007 gingen in die Republik Südafrika. Bei der Belieferung afrikanischer Länder mit Panzern und anderem Kriegsgerät tun sich neben Russland, China, Israel, einige osteuropäische Staaten, aber auch Südafrika hervor. So führte die südsudanesischen Regierung 2007 und 2008 Panzer, Flugabwehrgeschütze und Raketenwerfer aus der Ukraine ein. Die Slowakei, Polen, Tschechien und andere Staaten exportierten nach Ende des Kalten Krieges überflüssig gewordene Waffen auch nach Afrika. Gemessen am Volumen des globalen Rüstungshandels sind die Einfuhren in den Kontinent allerdings gering; sie lagen im Jahr 2005 bei geschätzten 0,4 bis 0,5 Prozent.<sup>69</sup> Neben Südafrika verfügen lediglich der Sudan und in erheblich geringerem Umfang Zimbabwe, Nigeria, Kenia und Tansania über eine eigenständige Rüstungsindustrie.

Für Aufmerksamkeit sorgte der 1999 beschlossene Import von Rüstungsgütern durch Südafrika.<sup>70</sup> In- und ausländische Beobachter bezweifelten die Zweckmäßigkeit der Einfuhren in Höhe von 4,8 Milliarden US-Dollar, die u.a. Korvetten, U-Boote und Kampfhubschrauber einschlossen. Die Auswahl der europäischen Lieferfirmen wurde begleitet von massiven Korruptionsvorwürfen gegen die politisch Verantwortlichen. In Deutschland und Großbritannien ermittelten die Behörden zeitweilig gegen beteiligte Firmen wie ThyssenKrupp und BAE Systems, doch wurden die Ermittlungen ohne Ergebnis eingestellt.

Ein weitaus größeres Problem stellt die größtenteils illegale Verbreitung von importierten Kleinwaffen dar. Zwar werden weltweit rund 8 Millionen neue Kleinwaffen jährlich hergestellt, doch signifikanter für Afrika ist der Handel mit gebrauchten – billigen – Waffen, der zahlreiche Konflikte zwischen nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen, ethnischen Milizen und staatlichen Organen befeuert. Rund 90 Prozent aller Kriegstote sterben durch Kleinwaffen.<sup>71</sup>

Nach Angaben der AU kursieren ca. 100 Millionen Kleinwaffen in Afrika. Ein großer Teil der verbreiteten Waffen, z.B. der G3-Gewehre der deutschen Firma Heckler & Koch, stammt aus Lizenzproduk-

tionen, im Fall des G3 zumeist aus Pakistan und Iran, die bis in die 1980er Jahre über genehmigte Lizenzen verfügten. Ähnliches gilt für die russische AK 47 (Kalashnikow), von der weltweit 50 bis 70 Millionen Exemplare kursieren und die aufgrund ihrer Robustheit bei Militärs und Rebellengruppen gleichermaßen beliebt ist. Ältere Bauarten sind auf illegalen Märkten in einigen afrikanischen Ländern schon für 12 US-Dollar zu bekommen.

### Textbox 10

#### 4.4 Sicherheitspolitik in Afrika: Initiativen der Afrikanischen Union

Von der Gründung der Afrikanischen Union (AU) erhofften sich die Staaten Afrikas eine Steigerung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit, v.a. in der Frage der Krisenintervention und Konfliktbearbeitung. Im Jahre 2002 verabschiedete die Organisation ihre gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (Common African Defence and Security Policy, CADSP). Die Charta der AU verabschiedete sich von der Politik der Nichteinmischung ihrer Vorgängerorganisation OAU (Organisation für Afrikanische Einheit). So hat die AU heute das Recht, bei Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch militärisch zu intervenieren. Zudem kann jedes Mitglied das Eingreifen der AU in innere Krisen erbitten.

Mit dem Aufbau einer afrikanischen Sicherheitsstruktur sollte erstens die UNO entlastet und zweitens eine größere Unabhängigkeit von der UNO erreicht werden. Denn diese steht regelmäßig vor dem Dilemma, dass ihre Missionen entweder durch widersprüchliche, zum Teil geopolitisch motivierte Einzelinteressen der mächtigen Mitgliedstaaten geprägt sind oder dass sie aufgrund des mangelnden Interesses dieser Staaten nicht die erforderlichen Ressourcen für die Konfliktbearbeitung aufbringen kann. Eine Stärkung der AU sollte zudem eine bessere Nutzung regionaler Expertise sowie Erfahrungen bei der Konfliktbearbeitung ermöglichen.

Die Planungen der AU zur Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe (African Standby Force, ASF) sind ambitioniert: Bis 2010 soll in jeder der fünf Regionen des Kontinents je eine Brigade für Friedensmissionen aufgebaut werden, die zwischen 3.000 und 5.000 Soldaten umfasst. Dieser Zeitplan kann jedoch voraussichtlich nicht eingehalten werden. Bei der Finanzierung ist die AU stark von externen Gebern – u.a. der EU – abhängig, es mangelt an gut ausgebildetem Personal und am politischen Willen einiger Mitgliedsstaaten, die Ziele der AU umzusetzen.<sup>72</sup> Neben der ASF befindet sich auch die Einrichtung eines Krisenfrühwarnsystems, das Continental Early Warning System (CEWS) im Aufbau, mit den Konfliktbeobachtungen

<sup>69</sup> Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung 2008: Rüstungsexportbericht 2007, S. 71. [http://www.3.gkke.org/index.php?id=36&type=0&jumpurl=uploads%2Fmedia%2FREB\\_2007.pdf&juSecure=1&mimeType=application%2Fpdf&locationData=36%3Att\\_content%3A74&juHash=a39e5e58c9](http://www.3.gkke.org/index.php?id=36&type=0&jumpurl=uploads%2Fmedia%2FREB_2007.pdf&juSecure=1&mimeType=application%2Fpdf&locationData=36%3Att_content%3A74&juHash=a39e5e58c9)

<sup>70</sup> Vgl. zum südafrikanischen Rüstungsimport die Internet-Seite des Arms Deal Virtual Press Office, <http://www.armsdeal-vpo.co.za/>

<sup>71</sup> Vgl. die Berichte des International Action Network on Small Arms, <http://www.iansa.org/>

<sup>72</sup> Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union, SWP-Studie, Juli 2008.

und Analysen sowie präventive, politische Instrumente der Konfliktbearbeitung zwischen der AU, ihren Regionalorganisationen aber auch Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftliche Gruppen koordiniert werden sollen. Der Aufbau des Frühwarnsystems verläuft allerdings noch langsamer als die Aufstellung der Eingreiftruppen.

#### **4.5 Für eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik: Prävention statt Krisenreaktion**

Auch die EU-AU-Strategie für Afrika bezeichnet die Konfliktverhinderung und Friedenswahrung als künftige Hauptaufgabe. Der Errichtung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas misst die EU eine zentrale Rolle zu. Doch der Anspruch auf Friedenspolitik bleibt ein Lippenbekenntnis, denn die EU legt ihren Schwerpunkt auf die Unterstützung des Aufbaus militärischer Elemente.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuausrichtung der derzeitigen EU-Politik, die Friedenspolitik mit militärischer Krisenintervention gleichsetzt. Friedens- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der AU muss auf dem Grundsatz des Antimilitarismus aufbauen: Der klare Vorrang ziviler und präventiver Ansätze der Friedenspolitik und der Konfliktbearbeitung ist dafür Voraussetzung. Die unbedingte Achtung des Völkerrechts nach der UN-Charta, die Einhaltung der Menschenrechte und die Gewährleistung der Souveränität der Staaten gegen militärische Aggression sind die Grundprinzipien, die dem Dialog zugrunde liegen müssen.

Betätigungsfelder einer friedensfördernden Afrikapolitik sind daher vorrangig der Aufbau von Frühwarn- und Konfliktbearbeitungssystemen für die, auch aufgrund des Klimawandels (Wüstenbildung und -ausbreitung, Verknappung von Wasser usw.), erwartete Zunahme und Verschärfung von Verteilungskonflikten zwischen und innerhalb afrikanischer Staaten. Maßnahmen der Konfliktbearbeitung müssen in ein umfassendes friedenspolitisches Konzept eingebettet sein, das Strategien in der Umwelt-, der Entwicklungs- und Sozialpolitik wie der Wirtschaftspolitik umfasst. Die Förderung dieser nicht-militärischen Instrumente der Konfliktbearbeitung muss forciert werden, denn derzeit fließen nur rund 10 Prozent der EU-Hilfen für die AU in den Aufbau des Frühwarnsystems CEWS und der zivilen Konfliktbearbeitung. Die Weiterentwicklung so genannter „Early Action“-Konzepte, die eine frühzeitige politische Einflussnahme zur Konfliktdeskalation ermöglichen, muss ebenfalls viel stärker gefördert werden.

#### **Energiewende statt Militarisierung der Energiesicherungs- und Rohstoffpolitik**

Eine weitere zentrale Herausforderung für die friedliche internationale Entwicklung im 21. Jahrhundert stellt die wachsende Konkurrenz über die verbleibenden Vorräte an fossilen Rohstoffen dar. Dadurch wird die Kontrolle über Energiequellen immer mehr

zu einer Machtwahrung – und zu einem potenziellen Konfliktgegenstand.<sup>73</sup> Auch Deutschland schließt militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Bereits 1992 beschrieben die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ als eine Aufgabe der Streitkräfte. Das 2006 veröffentlichte „Weißbuch“ der Bundeswehr bestätigt diese Haltung. Durch die entsprechenden Konzeptionen der EU und der NATO ist Deutschland in strategische Planungen für militärische Einsätze zur Sicherung des Zugriffs auf strategische Rohstoffe und deren Transportrouten eingebunden.<sup>74</sup>

DIE LINKE weist diese Militarisierung der Klima- und Energiepolitik zurück und fordert stattdessen eine grundsätzliche Neuausrichtung der EU-Energiepolitik auf regenerative, umweltverträgliche und gerechte Strategien der Energiesicherung. Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen für eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas beteiligen. Die Förderung einer globalen Energiewende ist deshalb auch friedenspolitisch äußerst bedeutsam. Diese Wende beinhaltet eine radikale Korrektur bei der Ausgestaltung der „Energiepartnerschaften“ (wie sie bisher im Rahmen der EU-AU-Strategie vorgesehen sind) mit Afrika.

#### **Rechte von Frauen und Kindern in Konflikten**

An vielen Kriegsschauplätzen wird sexuelle Gewalt als Waffe eingesetzt. Es ist eine traurige Tatsache, dass Frauen und Kinder von Kriegen am meisten betroffen sind. Im Juni 2008 erkannte der UN-Sicherheitsrat dies an und verabschiedete einstimmig eine Resolution, die die Anwendung sexueller Gewalt als Kriegstaktik ächtet (UN-Resolution 1820). Resolution 1820 fordert alle Konfliktparteien in der Welt auf, sexuelle Gewalt gegen ZivilistInnen einzustellen und Maßnahmen gegen dieses Verbrechen einzuleiten. Sexuelle Gewaltverbrechen sollen nicht unter die Amnestien fallen, die oft nach Ende eines Kriegs beschlossen werden. Auch werden die Staaten aufgefordert, den Opfern mehr Hilfe zu gewähren. Der UN-Sicherheitsrat appellierte zudem an die Beitragsstaaten von UN-Truppen, eine Politik der „Null-Toleranz“ gegen SoldatInnen durchzusetzen, die in sexuelle Gewalt verwickelt sind.

<sup>73</sup> U.a. Elmar Altvater 2008, Sicherheitsdiskurse beiderseits des Atlantiks in Zeiten von Peak Oil und Klimawandel. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Dialog: Beiträge zur Friedensforschung Band 54. Münster: Lit-Verlag, S. 44-71; hier: S. 63ff.

<sup>74</sup> Berthold Meyer 2007, Von der Entgrenzung nationaler deutscher Interessen. Die politische Legitimation weltweiter Militäreinsätze. HSK-Report 10/2007. Frankfurt/Main: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, hier: S. 8ff. Siehe auch: Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) 2006, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Internet: [http://www.bmvg.de/portal/PA\\_1\\_0\\_P3/PortalFiles/C1256EF-40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB\\_2006\\_dt\\_mB.pdf?yw\\_repository=youatweb](http://www.bmvg.de/portal/PA_1_0_P3/PortalFiles/C1256EF-40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf?yw_repository=youatweb)

DIE LINKE fordert die Durchsetzung der UNO-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit, die im Oktober 2000 einstimmig vom UN-Sicherheitsrat angenommen wurde.<sup>75</sup> Diese Resolution ist ein völkerrechtlich bindender Beschluss und wird ergänzt und unterstützt durch andere, bereits existierende internationale Abkommen. Gerade in den Ländern, die von kriegerischen Konflikten geprägt sind bzw. waren, sollten spezifische Frauenprogramme und Präventionsmaßnahmen verstärkt gefördert werden. Ein positives Beispiel ist Liberia, das zu den ärmsten Ländern der Welt gehört und das von 1989 bis 2003 Schauplatz von zwei blutigen Kriegen war. Hier setzen internationale und lokale Akteure – UN-Programme, NROs – in Kooperation mit der liberianischen Regierung, an deren Spitze mit Ellen Johnson-Sirleaf die erste afrikanische Präsidentin steht, Inhalte der Resolution 1325 beim Wiederaufbau der Gesellschaft um.

### **Rechte von Behinderten stärken – Engagement gegen Landminen verstärken**

Eine Vielzahl der Kinder mit Behinderungen in Afrika sind Opfer von Landminen. Laut Angaben der UNO wurden über 60 Millionen Landminen in mehr als 70 Ländern verlegt. Etwa die gleiche Anzahl von Minen soll sich noch in militärischen Depots befinden. Afrika ist in besonderer Weise betroffen: Länder wie u.a. Mosambik oder Angola leiden nach langjährigen Bürgerkriegen noch immer unter den Folgen der Verminung. Die ländliche Entwicklung wird dadurch auch in Friedenszeiten massiv behindert. Zwar ist durch die 1997 beschlossene und bisher von 156 Staaten ratifizierte Ottawa-Konvention der Einsatz, die Produktion und der Handel von Anti-Personenminen verboten, und Millionen Minen wurden in den letzten Jahren vernichtet. Dennoch bleiben mehrere Millionen Explosionskörper und Restmunition noch zu räumen. Mindestens 14 Staaten, in denen laut Ottawa-Vertrag bis 2009 die Räumung von Landminen abgeschlossen sein sollte, werden dieses Ziel nicht erreichen, denn es fehlt an finanziellen Mitteln zur flächendeckenden Räumung.<sup>76</sup>

Unter den Opfern der jährlich ca. 20.000 Minenunfällen weltweit stellen, nach Angaben der NRO medico international, Kinder den größten Anteil. Beim Spielen ausgelöste Explosionen sind oft tödlich, noch häufiger müssen den Kindern Gliedmaßen amputiert werden. Die meisten bleiben in der Regel ohne prothetische Versorgung, denn der Prothesenbau ist für Kinder wegen ihres Wachstums aufwändig. Hilfe in Form von Prothesen und anderen Maßnahmen wie Bildungs- und Rehabilitationsangeboten sind dringend erforderlich, um den Opfern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

DIE LINKE hat diese Forderung von NROs an die Bundesregierung im Rahmen der Haushaltsberatungen unterstützt. Um weitere Minenopfer zu vermeiden, müssen zusätzliche Gelder in die Minenräumung investiert werden.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass auch Anti-Fahrzeugminen und Streumunition, die nicht in der Ottawa-Konvention enthalten sind, verboten werden.

### **Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE**

BT-Drucksache 16/4490, Antrag:  
Keine Unterstützung für Militäreinsätze aus dem Europäischen Entwicklungsfonds

BT-Drucksache 16/4923, Kleine Anfrage und Antwort der Bundesregierung: Anrechnung der Ausgaben für den Kongo-Einsatz auf die ODA-Quote

BT-Drucksache 16/5618, Entschließungsantrag zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung auf Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in der Region Darfur/Sudan

BT-Drucksache 16/9579, Kleine Anfrage und Antwort der Bundesregierung: EUFOR Tschad/ZAR

BT-Drucksache 16/1879, Antrag: Für demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8

BT-Drucksache 16/1961, Antrag:  
Keine Weltbankkredite für Atomtechnologie

BT-Drucksache 16/3618, Antrag: Illegitime Schulden von Entwicklungsländern streichen

BT-Drucksache 16/8881, Antrag: Konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energieaußenpolitik

### **Textbox 11**

<sup>75</sup> Siehe den Text der Resolution unter [http://www.un.org/events/res\\_1325e.pdf](http://www.un.org/events/res_1325e.pdf)

<sup>76</sup> Informationen zur Ottawa-Konvention auf: [www.landmine.de](http://www.landmine.de) sowie auf der Seite der NRO medico international: <http://www.medico.de/themen/krieg/minen/>

## 5. Flucht, Migration und die menschenverachtende Abschottungspolitik Deutschlands und der EU

Kriege und politische Verfolgung, Armut und sozio-ökonomische Perspektivlosigkeit sind die Hauptgründe für Flucht und Migration. Das UN-Kommissariat für Flüchtlinge UNHCR zählte 2007 rund 2,27 Mio. grenzüberschreitende Flüchtlinge, die vor allem vor politischer Gewalt geflohen oder vertrieben worden waren. Mit 12,7 Mio. Menschen war im gleichen Jahr jedoch die Zahl der Binnenflüchtlinge und -vertriebenen (Internally Displaced Persons), die sich innerhalb ihrer Herkunftsländer auf der Flucht befanden, deutlich höher. Die Zahl der Menschen, die auf der Suche nach sozialer und wirtschaftlicher Perspektive ihre Herkunftsregionen verlassen (müssen), liegt wiederum um ein Vielfaches höher. Die Mehrzahl der MigrantInnen wandert lediglich innerhalb ihrer Herkunftsländer; v.a. von ländlichen Regionen in die unkontrolliert wachsenden Städte wie u.a. Lagos in Nigeria, Luanda in Angola, Kinshasa in der DR Kongo oder Nairobi in Kenia. 25 der 100 am schnellsten wachsenden Städte der Welt liegen in Afrika. Der Weltmigrationsbericht (World Migration Report) schätzte 2006 die Zahl der grenzüberschreitenden MigrantInnen auf rund 200 Millionen. Allerdings existiert darüber hinaus eine hohe Dunkelziffer, denn der Bericht erfasst nur legale MigrantInnen. Allein in Europa leben nach Schätzungen von Flüchtlingsorganisationen und Einwanderungsbehörden der Mitgliedstaaten bis zu 9 Mio. illegale EinwanderInnen.<sup>77</sup>

In den letzten Jahren thematisieren nationale und internationale (Entwicklungs-) Organisationen, Regierungen und ExpertInnen Flucht und Migration als wachsende entwicklungspolitische Herausforderung. Auch die gemeinsame EU-AU-Strategie (siehe Kapitel 3) räumt den Themen breiten Raum ein. In Analysen des politischen Mainstreams sowie offiziellen Dokumenten werden dabei besonders die negativen Konsequenzen von Flucht und Migration für die Entwicklungsländer betont, wie z.B. der durch die Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften hervorgerufene „Brain Drain“. Besonders ausgeprägt ist dieses Problem in Westafrika, wo fast 27 Prozent der höchstqualifizierten Menschen Afrika verlassen. Eine Ausnahme bildet allerdings die seit jüngstem geführte Debatte über das entwicklungspolitische Potenzial von Rücküberweisungen von (Arbeits-) MigrantInnen in ihre Heimatstaaten. 2004 überwies MigrantInnen mindestens 14 Mrd. US-Dollar zurück nach Afrika.<sup>78</sup>

<sup>77</sup> Siehe hierzu den Themenschwerpunkt „Migration und Flucht“ der diesjährigen Mai-Ausgabe der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden. Wissenschaft und Frieden 26 (2), S. 6-44.

<sup>78</sup> Dirk Kohnert 2006, Afrikanische Migranten vor der Festung Europa. GIGA-Fokus 12/2006. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA).

Insgesamt aber werden Migration und Flucht von der EU und den Regierungen der Mitgliedstaaten als entwicklungspolitisches Problem gesehen. Ziel der EZ müsse daher sein, schlussfolgert z.B. das BMZ im aktuellen Weißbuch Entwicklungspolitik (2008), langfristig die Lebensbedingungen und -perspektiven der Menschen in den Herkunftsländern zu verbessern. Noch weiter ging die EU, die im Vorfeld der Migrationskonferenz, die im Herbst 2006 mit den Staaten der AU in Tripolis durchgeführt wurde, eine Position verfasste, in der die afrikanischen Staaten explizit aufgefördert wurden, „Gesellschaften zu schaffen und zu erhalten, in denen Bürger (...) ihren Lebensunterhalt sichern und sich eine Zukunft aufbauen können. In seinem eigenen Land zu bleiben, muss eine wirkliche Alternative sein.“<sup>79</sup>

Vor dem Hintergrund ist es zynisch, dass die EU durch ihre wirtschafts-, handels- und landwirtschaftspolitischen Weichenstellungen dazu beiträgt, den Staaten Afrikas Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten für eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung zu entziehen. Der verschärfte europäische Druck zu Marktliberalisierung und Marktöffnung, die forcierte Zurückdrängung des Staates und die Subventionierung der europäischen Landwirtschaft verstärken die sozio-ökonomischen Migrationsursachen. Zugleich verengen die verfehlten Politiken von EU und anderen westlichen Geberstaaten und -organisationen die Handlungsmöglichkeiten (nicht nur) afrikanischer Staaten, um auf den steigenden Migrationsdruck durch die zunehmende ökologische Zerstörung (Klimafolgen, Wüstenbildung etc.) reagieren zu können. Entwicklungspolitische Anstrengungen werden auch in diesem Politikfeld konterkariert.

Im Juni 2008 beschloss der Rat der Justiz- und Innenminister der 27 EU-Staaten eine so genannte Rückführungsrichtlinie, die für illegal Eingereiste eine Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten vorsieht. Auf dem EU-Gipfel im Oktober 2008 in Brüssel verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs den „Pakt zu Einwanderung und Asyl“. Der Pakt zielt auf die gezielte Anwerbung benötigter Arbeitskräfte aus Drittländern. Grundsätzlich soll sich die Einwanderung nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und der „Aufnahmefähigkeit“ der Sozialsysteme richten. Ziel ist eine „zirkuläre Migration“ um sicherzustellen, dass die Arbeitskräfte nach einer bestimmten Zeit in ihre Heimatländer zurückkehren. Darüber hinaus einigten sich die RegierungsvertreterInnen auf eine generelle Beschränkung ökonomisch „ungewünschter“ Migration. Flankiert wird dies durch eine strengere Bekämpfung illegaler Einwanderung und eine schär-

<sup>79</sup> Zitiert in: BMZ 2008, Weißbuch Entwicklungspolitik. Bonn: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. S. 182.

fere Überwachung der EU-Außengrenzen. Zu diesem Zweck wurde ein weiterer Ausbau und eine gesteigerte finanzielle Ausstattung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX (siehe Kasten) vereinbart. Bis spätestens 2012 sollen die Asylgesetzgebungen und -verfahren der EU-Staaten „harmonisiert“ werden. Zudem erteilt der Pakt künftigen allgemeinen Legalisierungsverfahren für illegal eingereiste Flüchtlinge und MigrantInnen eine deutliche Absage, nur von Fall zu Fall und aus besonderen ökonomischen oder humanitären Gründen sollen Legalisierungen gestattet werden.<sup>80</sup> Die Mauern der Festung Europa sind mit diesem Pakt höher geworden.

Weil die EU-Staaten in den kommenden 20 Jahren angeblich Millionen von außereuropäischen Arbeitskräften benötigen, soll im Oktober 2008 ein so genanntes Migrationszentrum in Mali eröffnet werden, das die kontrollierte „Zufuhr“ von afrikanischem Arbeitspersonal für Firmen in der EU steuert. Ein weiteres Büro ist im Senegal geplant. Bereits die deutsche EU-Ratspräsidentschaft brachte 2007 die „zirkuläre Migration“ mit „Mobilitätspartnerschaftsländern“ auf den Weg: Demnächst sollen ArbeitnehmerInnen aus den Kapverden und Moldawien diese „mobile Partnerschaft“ genießen und dürfen dann auf Anforderung europäischer Unternehmen für eine begrenzte Zeit in die EU einreisen. Zu welchen Bedingungen und Löhnen sie dort angestellt werden, bleibt abzuwarten.

Dass die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX mit ihren Überwachungssystemen v.a. im Mittelmeerraum „erfolgreich“ ist, wird an den rückläufigen Zahlen der Flüchtlinge sichtbar. Die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge sind junge Männer, zunehmend nehmen aber auch Frauen mit Kindern das Risiko einer Überfahrt in kleinen Booten auf sich. Da die kurzen Seewege zwischen Afrika und Europa mittlerweile streng überwacht werden, wählen die Flüchtlingsboote jetzt andere, gefährlichere Routen, wie etwa von der Elfenbeinküste oder von Guinea auf die Kanarischen Inseln. Darum ertrinken auch immer mehr Menschen. Allein in spanischen Medienberichten wurden 2007 400 Todesopfer erwähnt, NRO sprechen sogar von mehr als 1.000 Menschen, die 2007 den Traum von einem Leben in Europa mit dem Leben bezahlt haben. Insgesamt, so wird geschätzt, sind in den letzten zehn Jahren mindestens zehntausend Menschen bei Einreiseversuchen an den südlichen EU-Außengrenzen ums Leben gekommen. Wenn Flüchtlingen die Einreise in sichere Staaten unmöglich gemacht wird, kommt dies einer faktischen Abschaffung des Asylrechts gleich. Die Genfer Flüchtlingskonvention und das Protokoll von New York verbieten es, Asylsuchende zurückzuweisen.

Während die europäischen Staaten durch eine neoliberale Weltwirtschaftspolitik die Ressourcen der armen Länder ausbeuten und so zur Schaffung von

### **FRONTEX: Militarisierte Flüchtlingsabwehr<sup>81</sup>**

Im Oktober 2004 wurde auf Initiative Deutschlands die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX mit Sitz in Warschau eingerichtet. Im Rahmen von FRONTEX wird mit Schiffen, Flugzeugen und gut ausgerüsteten Polizeieinheiten Jagd auf Flüchtlinge im Mittelmeer gemacht. Aufgegriffene Flüchtlinge werden auf den afrikanischen Kontinent zurückgebracht und in Lagern in Libyen, Marokko und anderen afrikanischen Küstenstaaten interniert. Die rechtliche Basis hierfür bieten bilateral abgeschlossene „Rücknahme-Abkommen“, ähnlich den Abkommen, die auch mit den östlichen EU-Anrainern abgeschlossen wurden.

Während Flüchtlingsinitiativen, linke Gruppen und Parteien FRONTEX als Teil der repressiven neuen europäischen Sicherheitsarchitektur der EU charakterisieren und die erheblichen Mängel der politischen Kontrolle kritisieren, hat das Europäische Parlament Ende April 2008 per Verordnung dem Ausbau von FRONTEX zugestimmt und die gesetzliche Grundlage für so genannte Schnelle Einsatzkräfte für den Grenzschutz (Rapid Border Intervention Teams, RABITs) geschaffen. Diese Sondereinheiten, die in Ausnahmesituationen für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden, bedeuten eine weitere quasi-militärische Aufrüstung der europäischen Flüchtlings- und Migrationsabwehr.

### **Textbox 12**

Fluchtursachen beitragen, sollen die Opfer dieser ungerechten Weltordnung draußen bleiben. Allenfalls als billige Arbeitskraft sollen sie nach Europa kommen. Diese zynische Politik, die auch vor Todesopfern nicht zurückschreckt, lehnt DIE LINKE ab.

- DIE LINKE fordert die sofortige Abschaffung der Agentur „Frontex“, die Rücknahme der zahlreichen Drittstaatenregelungen und so genannter Rückführungsabkommen mit nord- und westafrikanischen Staaten.
- DIE LINKE fordert zudem eine Revision der restriktiven Asylpolitiken innerhalb der EU und Deutschlands. Die Genfer Flüchtlingskonvention, das Protokoll von New York und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen wieder Gültigkeit erhalten.
- DIE LINKE fordert, wie in Spanien unter Präsident Zapatero geschehen, die Legalisierung von illegal Eingewanderten und eine Ausweitung der legalen Arbeitsmöglichkeiten für MigrantInnen in Europa.

<sup>80</sup> U.a. Die Tageszeitung 17.10.2008, EU verabschiedet Einwanderungspakt.

<sup>81</sup> U.a. GUE / NGL (Hg.); IMI (Red.) 2008, Aufgaben und Strukturen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen. Materialien gegen Krieg, Repression und für andere Verhältnisse Nr. 4. Broschüre in Auftrag von Tobias Pflüger MdEP. Bezug: <http://www.imi-online.de/download/FRONTEX-Broschuere.pdf>

Hierzu müssen die Beschlüsse des jüngst verabschiedeten Pakts zu Einwanderung und Asyl revidiert werden.

- DIE LINKE spricht sich für die Anerkennung örtlicher Berufsausbildungs- und (Hoch-) Schulabschlüsse durch europäische und deutsche Behörden aus, um ArbeitsmigrantInnen adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.
- Darüber hinaus gilt es, existierende Maßnahmen, sowohl zur Förderung von Existenzgründungen in der Diaspora als auch der Rückkehr als qualifizierte Facharbeiter und Experten, zu unterstützen.
- DIE LINKE tritt für ein Europa ein, das solidarisch ist mit den Ländern des Südens und Ostens. Fluchtursachen wie Armut und Krieg müssen bekämpft werden und die Grenzen offen sein für Menschen in Not.

#### **Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE**

BT-Drucksache 16/3913, Antrag: Das Menschenrecht auf Schutz vor Binnenvertreibung stärken – Fluchtgründe vermeiden.

#### ***Textbox 13***



## 6. Entwicklungspolitik und soziale Sicherheit

Die Erhöhung von Qualität und Effektivität der EZ nimmt heute im entwicklungspolitischen Diskurs in Deutschland, in der EU und im Rahmen von G8 und OECD erheblichen Raum ein: Bilaterale und multilaterale Geber sowie Entwicklungs- und Finanzinstitutionen haben sich auf einer Konferenz der UNO im Jahr 2000 zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) und zur Erhöhung der EZ bekannt. Seither wurde dieses Ziel auf internationalen Konferenzen wiederholt bekräftigt und u.a. um konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe ergänzt. Die Pariser Erklärung von 2005 zur Effektivierung der EZ und der im September 2008 auf der Folgekonferenz verabschiedete Aktionsplan von Accra sind hier die Schlüsseldokumente.<sup>82</sup> EntwicklungspolitikerInnen – wie u.a. durch die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul nach der jüngsten MDG-Überprüfungskonferenz im September 2008 – räumen allerdings durchaus ein, dass bis zur Erreichung der MDGs noch weitere Anstrengungen nötig sind. Nach eigener Einschätzung der meisten RegierungsvertreterInnen befinden sich die OECD-Staaten aber grundsätzlich auf dem „richtigen Weg“.

Doch die Realität sieht anders aus: Die Instrumente der EZ sind oft unzureichend – nicht nur in finanzieller Hinsicht. Weit schwerer wiegt, dass die konzeptionelle Ausgestaltung der EZ regelmäßig an den Bedürfnissen der Empfängerländer und ihrer BürgerInnen vorbeigeht. Zudem reicht die Akzeptanz von anti-staatlichen neoliberalen Wirtschafts- und Politikstrategien mittlerweile weit in den Mainstream der Entwicklungspolitik hinein. Beispiele hierfür sind die Armutsreduzierungsstrategien der Weltbank (Poverty Reduction Strategies, PRS – siehe Kasten) sowie Programme – auch der deutschen EZ –, die auf die Kommerzialisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge abzielen. In diese Richtung fügt sich auch das von der EU derzeit propagierte Konzept der „Handelshilfe“ (Aid for Trade) ein, mit dem EZ primär auf die Aufgabe reduziert wird, die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmen- und Investitionsbedingungen in den Staaten des Südens auf die Bedürfnisse des globalisierten Kapitalismus auszurichten.

### Poverty Reduction Strategies (PRS)<sup>83</sup>

Die Ausarbeitung von Strategien zur Armutsreduzierung in Eigenverantwortung der Entwicklungsländer wird seit Ende der 1990er Jahre von den internationalen Finanzorganisationen gefordert und unterstützt. PRSP sind auch für bilaterale Geber eine Voraussetzung zur Vergabe von Mitteln der EZ. Sie lösten die vor allem auf makroökonomische und fiskalpolitische Aspekte zielenden Strukturanpassungsprogramme (SAP) der 1980er und frühen 1990er Jahre ab.

Bei den PRSP handelt es sich um weit reichende politische und wirtschaftliche Strukturreformen. Im Gegensatz zu den SAP orientieren sie sich stärker an den Zielen menschlicher Entwicklung und an der Erreichung der acht MDGs. Sie beinhalten unter anderem Armutsbekämpfungsprogramme, planen Investitionen in Gesundheit und Bildung, berücksichtigen die Förderung von Frauen und entwickeln Sozial- und Umweltstandards.

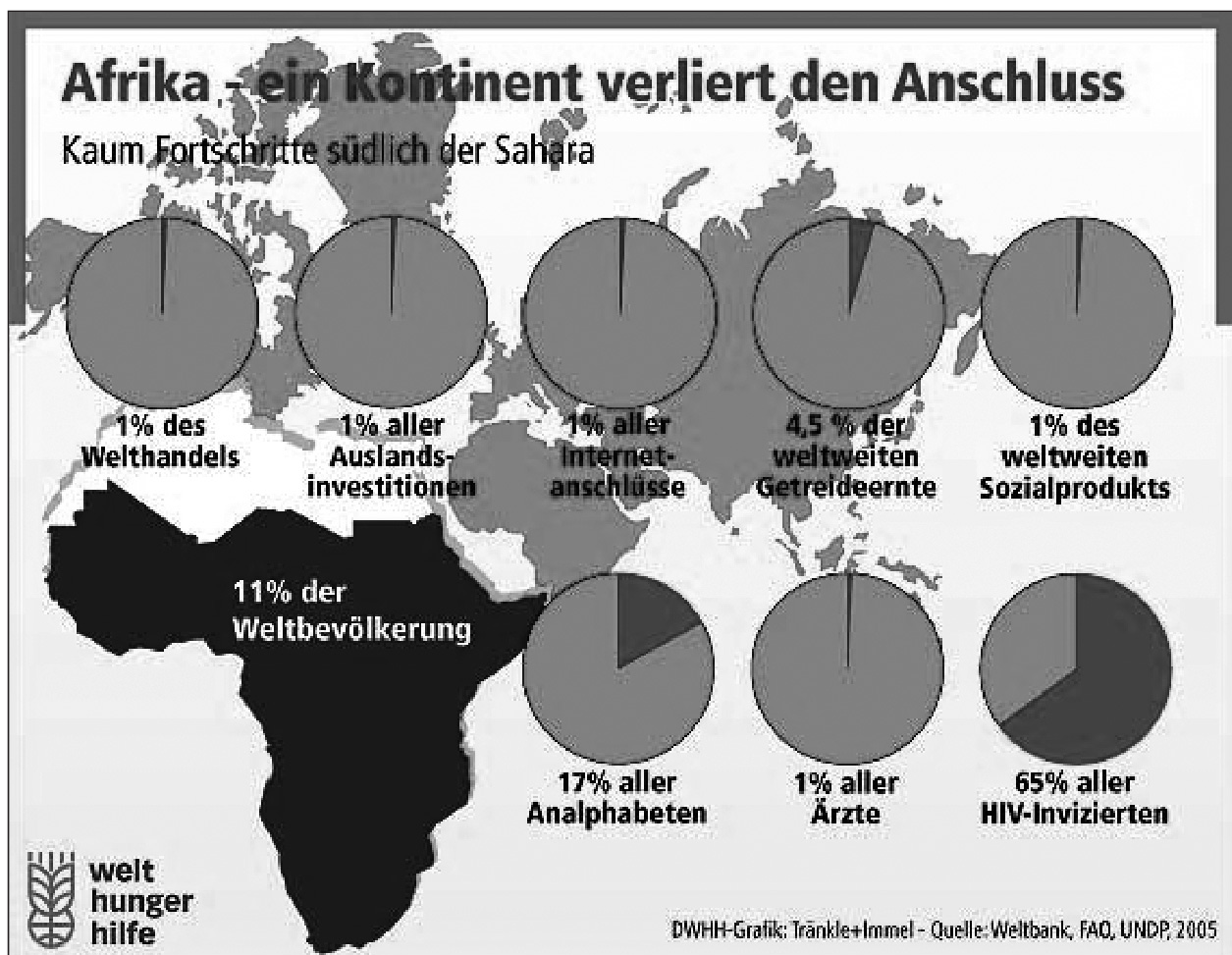
KritikerInnen merken allerdings an, dass sich mit der Einführung von PRSP im Wesentlichen die Rhetorik geändert habe, von einer grundlegenden sozialen Neuausrichtung der EZ jedoch nicht die Rede sein könne. Die Konsultation von relevanten gesellschaftlichen Gruppen, v.a. im ländlichen Bereich, ist häufig sehr schwach ausgeprägt. Wirtschaftspolitisch orientieren sich die PRSP weiterhin an neoliberalen Prämissen wie Marktöffnung, Freihandel und Privatisierung öffentlicher bzw. staatlicher Unternehmen. Die armutsorientierten Aspekte der Strategiepapiere werden dadurch konterkariert.

### Textbox 14

DIE LINKE fordert nicht nur eine finanzielle Aufstockung und „Effektivierung“, sondern eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspolitik: Kohärenz in der Entwicklungspolitik bedeutet für DIE LINKE, dass Maßnahmen und Erfolge der EZ nicht durch wirtschaftspolitische Weichenstellungen zunichte gemacht werden dürfen. Ein zentrales entwicklungspolitisches Ziel der LINKEN ist die Gewährleistung von sozialer Sicherheit durch eine öffentliche Daseinsvorsorge und der Aufbau leistungsfähiger Sozialsysteme, denn fast 80 Prozent der Menschen weltweit leben in sozialer Unsicherheit.

<sup>82</sup> [http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP\\_Pariser\\_Erklärung.pdf](http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP_Pariser_Erklärung.pdf); zur kritischen Bewertung des Aktionsplans von Accra siehe u.a. VENRO 2008, Armutsbekämpfung als Ziel der neuen Entwicklungsarchitektur stärken. VENRO-Positionspapier zum III. High Level Forum zur Wirksamkeit der EZ in Accra. Internet: [http://www.venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Positionspapier\\_Accra.pdf](http://www.venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Positionspapier_Accra.pdf)

<sup>83</sup> Andrew Sumner 2006, In Search of the Post-Washington (Dis-)Consensus: The 'missing' Content of PRSPs. In: Third World Quarterly 27 (8), 1401-1412.



**Abb. 4** Ausgewählte Wirtschafts- und Sozialdaten Afrikas (Afrika südlich der Sahara)

**Quelle:** [http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/afrika\\_verliert\\_anschluss\\_g.jpg](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/afrika_verliert_anschluss_g.jpg)

Unter den heutigen Bedingungen sind nur wenige Staaten Afrikas in der Lage, diese Funktionen wahrzunehmen. Waren sozialstaatliche Strukturen seit jeher nur schwach ausgeprägt, wurden sie zusätzlich von der im Rahmen der SAP durchgeführten Privatisierung und der institutionellen Ausdünnung der Bürokratie geschwächt. Im Zuge der SAP wurden v.a. staatliche Ausgaben für öffentlich zugängliche Einrichtungen in den Bereichen soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung teils drastisch zurückgefahren. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese fatale Entwicklung korrigiert wird.

### 6.1 Menschliche Sicherheit durch die Schaffung von Sozialsystemen

Die enorm gewachsene Zahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse stellt in Afrika eines der größten Probleme dar. In Sambia gibt es zum Beispiel nur noch 500.000 Menschen mit einem regulären Arbeitsvertrag. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) beträgt der Anteil der in der Schattenwirtschaft Beschäftigten in vielen Ländern Asiens und Afrikas zwischen 50 und 80 Prozent. Diese unsicheren Arbeitsverhältnisse müssen zurückgedrängt und formalisiert werden, so dass ArbeiterInnen und Angestellte klar definierte und einklagbare Rechte

erhalten.<sup>84</sup> Die Gewährleistung von sozialer Sicherheit für die Menschen, die im informellen Sektor tätig sind, ist eine große Herausforderung für die EZ.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts musste die Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen. Die reichsten zehn Prozent der Erwachsenen verfügen über 85 Prozent des globalen Reichtums – die ärmsten 50 Prozent hingegen nur über ein Prozent. Um diese sich verschärfende soziale Polarisierung anzugehen, bedarf es des Aufbaus sozialer Sicherungssysteme. Dies ist nicht billig – aber finanzierbar. Das haben z.B. Studien der IAO belegt. Weniger als zwei Prozent der globalen Bruttoinlandsprodukte (BIP) reichen laut IAO aus, um allen Armen weltweit ein grundlegendes Sicherheitspaket zukommen zu lassen. In Tansania würde etwa die Einführung einer universellen Altersrente sowie von Leistungen für Kinder im Schulalter die Armutsrate um 35 Prozent senken. Diese Leistungen würden ungefähr vier Prozent des tansanischen BIP beanspruchen.

<sup>84</sup> Die Studie "The Informal Sector in Sub-Saharan Africa" (2002) ist über Internet zugänglich: <http://www-ilo-mirror.cornell.edu/public/english/employment/infeco/download/ssafrica.pdf>

Armut selbst stellt – nicht nur in Afrika – ein erhebliches Wachstumshindernis für die Wirtschaft dar. Die Steigerung der Einkommen der Armen erhöht die einheimische Nachfrage und lokale Wirtschaftsaktivität. Die Investition in Sozialsysteme ist daher auch eine Investition in eine nachhaltige wirtschaftliche Grundlage der afrikanischen Staaten. Nach Einschätzung der IAO können unter bestimmten Voraussetzungen die Nettokosten für Investitionen in ein soziales Sicherheitsnetz durch positive ökonomische Einkünfte und die gesteigerte Produktivität von gesünderen, besser ausgebildeten und ernährten Arbeitskräften ausgeglichen werden.

### Grundeinkommen in Namibia<sup>85</sup>

Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann in Ländern mit schwachen Bürokratien ein geeignetes Modell sein, das die schlimmsten Folgen der Armut beseitigt. Dass sich mit diesem Instrument darüber hinaus positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen initiieren lassen, belegen die ersten Ergebnisse eines Pilotprojekts in Namibia. In der Gemeinde Otjivero-Omitara, einer Slumsiedlung rund 100 Kilometer östlich der Hauptstadt Windhoek startete im Januar 2008 die „Basic Income Grant“-Koalition ein derartiges Pilotprojekt. Die Koalition, die von kirchlichen Gruppen unter Leitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Namibias, von Gewerkschaften unter Koordination der Namibischen ArbeiterInnengewerkschaft (NUNW) und dem Dachverband der namibischen NROs getragen wird, finanziert den BewohnerInnen von Otjivero-Omitara für zwei Jahre (bis zum 31. Dezember 2010) ein Grundeinkommen von 100 namibischen Dollar. Das Projekt wird finanziert durch internationale Geber – darunter kirchliche Gruppen, die deutsche Welthungerhilfe und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im September legte das Projekt den ersten Zwischenbericht über die Auswirkungen des „BIG-Projekts“ vor, dessen Ergebnisse in eine positive Richtung wiesen: Im ersten halben Jahr Laufzeit trug das Projekt zu einer deutlichen Verbesserung der Ernährungssituation der Familien (besonders: der Kinder) bei, ließ die Schulbesuchsquoten steigen und erhöhte die Erreichbarkeit für Gesundheitsprogramme. Darüber hinaus hatte das Projekt erste Impulse für die örtliche Wirtschaftstätigkeit, indem es die Herausbildung örtlicher Märkte und die Gründung von Klein- und Kleinstbetrieben beförderte. Das eigene Einkommen erhöhte zudem die Unabhängigkeit von Frauen und muss daher auch als Beitrag zur Gleichberechtigung gesehen werden.

Obgleich die VerfasserInnen des Berichts betonen, dass es für gesicherte Aussagen noch zu früh sei, deuten ihre Befunde darauf hin, dass viele der

eingetretenen Verbesserungen nachhaltig sind. Eine landesweite Einführung des Grundeinkommens wäre nach Informationen der BIG-Koalition sogar unter aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen in Namibia finanzierbar und würden das Land entscheidend auf dem Weg zur Realisierung der Millenniums-Entwicklungsziele voranbringen. Erhöhte Wirtschaftsleistungen (besonders im informellen Sektor) und erwartete Mehreinnahmen durch ein erhöhtes Steueraufkommen würden langfristig auch dem Staat nützen und Spielräume für weiter gehende entwicklungs- und sozialpolitische Maßnahmen eröffnen.

### Textbox 15

## 6.2 Ausbau der Gesundheitsversorgung, besonders in ländlichen Gebieten

Nach Einschätzung der vom damaligen britischen Premierminister Tony Blair 2004 ins Leben gerufenen Commission for Africa steht das Gesundheitssystem in vielen Ländern Afrikas „am Rand des Zusammenbruchs“. Die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben in Afrika betragen im Jahre 2001 pro Kopf zwischen 13 und 21 US-Dollar; in der OECD-Welt wurden mehr als 2000 US-Dollar pro Person ausgegeben. Zum Zerfall der Gesundheitssysteme hat auch deren Kommerzialisierung und Privatisierung beigetragen. Zwar versuchen (internationale) NROs in vielen Ländern, eine gesundheitliche Grundversorgung sicherzustellen, doch trotzdem haben rund 50 Prozent der AfrikanerInnen keinen Zugang zu einem modernen Gesundheitssystem.<sup>86</sup>

Die Vermeidung von Krankheiten setzt die Einrichtung und Verbesserung von sanitären Anlagen, den Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie die sichere Entsorgung von Abwasser voraus. In Afrika hatten 2006 nach Informationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lediglich 38 Prozent der Bevölkerung die Möglichkeit, moderne Sanitäreinrichtungen zu benutzen. In 16 von 54 Ländern Afrikas haben weniger als 25 Prozent der Menschen Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen, die Mehrzahl der Benachteiligten lebt auf dem Land.<sup>87</sup>

Der Verfall der Gesundheitssysteme, die schlechte sanitäre Versorgung und der Mangel an sauberem Wasser spiegeln sich in der Verbreitung von tödlichen Krankheiten und einer trotz einiger Fortschritte nach wie vor hohen Kindersterblichkeit wider. Die Durchschnittslebenserwartung auf dem Kontinent liegt bei 46 Jahren, während sie in Asien 67 Jahre beträgt. Im südlichen Afrika sind heute durchschnittlich 16 Prozent der Bevölkerung HIV-positiv (vgl. Kasten).

<sup>85</sup> BIG Coalition 2008, Towards a Basic Income Grant for all. BIG Pilot Project Assessment Report. September 2008. Internet: [http://www.bignam.org/Publications/BIG\\_Assessment\\_report\\_08a.pdf](http://www.bignam.org/Publications/BIG_Assessment_report_08a.pdf)

<sup>86</sup> Der Bericht der Kommission im Internet: <http://www.commissionforafrica.org/english/report/introduction.html>

<sup>87</sup> Für Informationen, Statistiken und Publikationen der WHO zu Afrika siehe: <http://afro.who.int/index.html>

## HIV und Aids in Afrika<sup>88</sup>

Fast 25 Millionen Menschen, weit über zwei Drittel aller HIV-Infizierten, leben in Afrika. Besonders im südlichen Afrika sind die Infizierungsraten dramatisch hoch: In Swasiland sind über 40 Prozent der Erwachsenen HIV-positiv. In Botswana ist die Situation ähnlich, hier könnte die Lebenserwartung schon bald auf nur 25 Jahre absinken. Ungefähr 5,7 Millionen Menschen leben im Südafrika mit dem Virus, jeden Tag sterben fast 1.000 Menschen an Aids.

Die Gründe für die verheerende Ausbreitung der Immunschwäche-Krankheit sind vielfältig. In Kriegs- und Krisenregionen wie dem Gebiet der Großen Seen spielt die sexualisierte Gewalt der Bürgerkriegsparteien eine große Rolle, die die Übertragung des Virus teilweise als Kriegswaffe einsetzen. Die gesundheitliche Aufklärung über Aids setzte in den meisten Ländern erst verzögert ein und erreicht auch heute noch längst nicht alle Bevölkerungsschichten. Oft werden Infizierte in ihren Gemeinden stigmatisiert und haben deshalb kein Interesse an der Erkennung und dem Bekanntwerden ihrer Erkrankung. In Südafrika behinderte die Politik von Präsident Thabo Mbeki und seiner Gesundheitsministerin Mantombazana Edmie Tshabalala-Msimang, die lange Zeit den Zusammenhang zwischen HIV und Aids bestritten, eine effektive Aufklärungsarbeit. Zudem sind durch die Privatisierung im Gesundheitsbereich vor allem christliche Träger mit der Kampagnenarbeit betraut, die sich weniger der sexuellen Aufklärung und Prävention widmen und stattdessen sexuelle Enthaltsamkeit als Allheilmittel empfehlen.

Im Aids-Aktionsplan der Bundesregierung wird die sexuelle Selbstbestimmung der Frau als einer der wichtigsten Faktoren benannt, um die Ausbreitung dieser Krankheit verhindern zu können. Auch auf der 17. Weltaidskonferenz vom August 2008 wurde die Stärkung des Rechtes junger Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung, das in patriarchalischen Gesellschaften unterdrückt wird, als vordringlich bei der Bekämpfung von HIV empfohlen. Die Durchsetzung dieses Grundrechtes dürfte die größte Herausforderung im Kampf gegen Aids sein.

### Textbox 16

Statistisch gesehen sind HIV und Aids in Afrika aber nur eines von vielen Problemen im Gesundheitsbereich, denn bis heute sterben weit mehr Menschen an Malaria und anderen Armutskrankheiten. Nach Angaben der WHO leiden mehr als eine Milliarde Menschen weltweit unter „vernachlässigten Tropenkrankheiten“, ein großer Teil davon in Afrika. Zu

diesen Erkrankungen zählen neben Malaria, der Schlafkrankheit und der Flussblindheit auch Bilharziose, Meningitis und Lepra. Gegen diese Krankheiten gibt es bis heute keine oder nur unzureichende Behandlungsmöglichkeiten. Ihre Erforschung, die Entwicklung von geeigneten Arzneimitteln und deren freie Verfügung in afrikanischen Ländern muss die internationale EZ unterstützen und fördern.<sup>89</sup>

Damit der Zugang zu einer angemessenen medizinischen Versorgung in Afrika für alle ermöglicht werden kann, ist im Rahmen der globalen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik eine Reihe von Maßnahmen erforderlich. Dazu zählen:

### Erforschung und Medikamentenentwicklung für „vernachlässigte Krankheiten“

Die auf lukrative Märkte mit großen Profiten ausgerichtete Pharmaforschung zeigte bisher wenig Interesse an der Erforschung und Entwicklung neuer Medikamente zur Bekämpfung der Armutskrankheiten, weil sich damit nicht viel verdienen lässt. Zwischen 1999 und 2004 sind nur drei neue Medikamente zur Bekämpfung dieser Krankheiten auf den Markt gekommen. Ein weiteres Problem in der Medikamentenversorgung ist das Preisdiktat der großen Arzneimittelkonzerne, die aufgrund ihrer beherrschenden Marktstellung die Preise bestimmen können. Deshalb ist hier die Unterstützung durch die internationale EZ aber auch stärkere regulative wirtschaftspolitische Instrumente zur Preiskontrolle angezeit.

In Deutschland wird nach Informationen der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ viel zu wenig Geld in die Untersuchung dieser Erkrankungen investiert. Im Jahr 2007 habe die Bundesregierung mit lediglich 20,7 Millionen Euro nur ein Siebtel des angemessenen Beitrages hierfür ausgegeben.

### Abschaffung des gegenwärtigen TRIPS-Abkommens

TRIPS, das Abkommen über „handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums“ von 2001, schützt nur die Rechte der Konzerne in Industrieländern – mit verheerenden Konsequenzen: Weltweit haben sich die großen Pharmakonzerne ihre Patente gesichert. So können sie die Preise diktieren, denn das TRIPS-Abkommen verbietet es Ländern wie z.B. Indien, die über eine eigene Pharmaindustrie verfügen, patentgeschützte lebensnotwendige Arzneimittel nachzubauen, zu günstigen Preisen im eigenen Land einzusetzen und in die ärmsten Länder zu exportieren. Viele Medikamente stehen deshalb der notleidenden Bevölkerung nicht zur Verfügung.

Wenn man weltweit den Kampf gegen HIV/Aids auch mit Medikamenten führen will, dann müssen das Patentrecht überwunden und die Ideen des Nobel-

<sup>88</sup> Zur Einführung: Sarah Tietze 2006, Die AIDS-Pandemie in Sub-Sahara-Afrika. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32-33/2006. Schwerpunktthema: Afrika. S. 33-39.

<sup>89</sup> Siehe hierzu auch den aktuellen Bericht der NGO Medico international. Medico International 2008, Medico Report 27, Patienten, Patente und Profite. Internet: <http://www.medico.de/themen/gesundheit/pharma/dokumente/patienten-patente-und-profite/1133/>

preisträgers Joseph Stiglitz umgesetzt werden: Nicht Patente sollten auf Innovationen vergeben werden, sondern Preisgelder, die aus einem internationalen Fonds bezahlt werden. Denn dieses Wissen muss der ganzen Menschheit zur Verfügung stehen, damit niemand von einer bestmöglichen Behandlung ausgeschlossen wird.

### **Reformen und Korruptionsbekämpfung im Gesundheitsbereich**

Laut einer Studie von Transparency International aus dem Jahre 2006 kommen viele Hilfgelder nie bei Ärzten oder Krankenhäusern an, und Arzneimittel landen auf dem Schwarzmarkt. Für eigentlich kostenlose Behandlungen werden nicht selten „informelle Gebühren“ erhoben. Neben der kriminellen Verschiebung von medizinischen Hilfsgütern spielt hier auch die schlechte Bezahlung der Angestellten im Gesundheitsbereich eine Rolle. Eine adäquate Bezahlung von ÄrztInnen und Pflegekräften würde die Anreize für diese alltäglichen Formen der Korruption und die Notwendigkeit sich zu bereichern vermindern. Die internationalen Geber müssen von der von ihnen verordneten strikten Sparpolitik im öffentlichen Sektor ablassen und den afrikanischen Ländern Spielräume zur Verbesserung des Angebotes im Gesundheitsbereich einräumen.

Ein großes Problem stellen verunreinigte oder minderwertige Medikamente dar, die sich im Umlauf befinden. Laut einer Studie der WHO sind in Afrika 50 bis 90 Prozent der untersuchten Malariamittel und mehr als 50 Prozent der getesteten antiretroviralen Medikamente von minderer und nicht akzeptabler Qualität. In einigen Ländern wie Nigeria befinden sich auch gefälschte Arzneimittel auf dem Markt. Eine Ursache für diese Probleme sind fehlende oder schwach ausgestattete staatliche Kontrollinstitutionen. Es fehlen z.B. Arzneimittelbehörden, die Medikamente auf Wirksamkeit und Echtheit prüfen. Der Aufbau von Kontrollagenturen zur Arzneimittelsicherheit wäre dringend erforderlich, um verunreinigte und gefälschte Medikamente zu erkennen und sie zu vernichten.

### **Der Abwanderung medizinischer Fachkräfte entgegenwirken**

Seit 1980 sind rund 60 Prozent der in Ghana ausgebildeten ÄrztInnen und Pflegekräfte ins Ausland gegangen. Das Beispiel Ghana steht für viele Länder des Kontinents. Der Hauptgrund ist die schlechte Bezahlung im Heimatland. Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ fordert deshalb die finanzielle Unterstützung der Lohnkosten für das medizinische Personal in den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit. Das wäre über entsprechende Budgethilfen zu realisieren. Gleichzeitig müssen die Industrienationen damit aufhören, die qualifizierten Fachkräfte aus ihren Heimatländern abzuwerben. Da diese Fachkräfte im eigenen Land benötigt werden, muss dieser „Brain Drain“ im medizinischen Bereich gestoppt und umgekehrt werden (siehe Kapitel 5).

### **Stopp von Wasserprivatisierungen**

Die weltweit grassierende Wettbewerbs- und Marktideologie sowie die Profitinteressen der großen privaten Versorgungsunternehmen des Nordens üben einen starken Privatisierungsdruck in Afrika aus: Auch Wasser, das eine entscheidende Rolle für die Gesundheit in einer Gesellschaft spielt, soll zur privatwirtschaftlich gehandelten Ware werden. Die Folgen sind dort, wo eine solche Privatisierung bereits stattgefunden hat, zu begutachten. Zwar konnte in Südafrika der Zugang zu Wasser im Zuge der Privatisierung gesteigert werden, doch Millionen von Menschen wurde andererseits der Hahn abgedreht, weil sie die gestiegenen Kosten nicht mehr tragen konnten. Die Ausweitung einer Cholera-Epidemie im Jahre 2002 wird u.a. darauf zurückgeführt, dass diejenigen, die das Wasser nicht mehr bezahlen konnten, verschmutztes Wasser verwendeten.

In Tansania drängten Weltbank, IWF und Großbritannien die Regierung, die Wasserversorgung in Dar es Salaam zu privatisieren. Die Privatisierung wurde zur Voraussetzung für einen Entwicklungskredit erklärt, und das Projekt sollte als Vorbild für andere Privatisierungen in diesem Bereich dienen. Wie ein Bericht der NRO ActionAid aufzeigte, stiegen die Gebühren für Wasser erheblich, nachdem die Firma City Water die Versorgung übernommen hatte. Die Qualität verbesserte sich hingegen nicht. Ganze Gebiete wurden nicht mehr mit Wasser versorgt, weil einige Benutzer die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Im Mai 2005 beendete die tansanische Regierung den Vertrag mit City Water, da die Firma vereinbarte Investitionen zur Ausweitung des Versorgungsnetzes nicht tätigte und die Wasserqualität abgenommen hatte. Ein Sozialfonds, den City Waters der Regierung und Gebern zugesagt hatte, wurde nie aufgelegt.<sup>90</sup> Leider ist City Waters kein Einzelfall.

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die teilweise Privatisierung der Wasserversorgung in Entwicklungsländern im Rahmen von Public Private Partnerships (PPP), obwohl die Folgen von (Teil-)Privatisierungen bekannt sind. Der Markt ist nicht in der Lage, soziale Güter für alle zu gewährleisten!

- DIE LINKE fordert verstärkte öffentlich geförderte Forschungsanstrengungen für vernachlässigte Krankheiten, deren Ergebnisse allerdings nicht durch Patente geschützt werden dürfen. Initiativen wie die Non-Profit-Initiative für Medikamente für vernachlässigte Krankheiten weisen hier den richtigen Weg. Die von ihnen erforschten Arzneimittel werden als öffentliches Gut zur Verfügung gestellt und erreichen so die Ärmsten der Armen.

<sup>90</sup> Action Aid 2005, Down the plughole. Why bringing water into the WTO services negotiations would unleash a development disaster. Internet: [http://www.actionaid.org/docs/down\\_plughole.pdf](http://www.actionaid.org/docs/down_plughole.pdf)

- Für DIE LINKE ist das völkerrechtlich verbindliche TRIPS-Abkommen ein schwerer Sündenfall der internationalen Politik. DIE LINKE fordert die Abschaffung von TRIPS für Medikamente. Gesundheit geht vor! Niemand darf von der Behandlung mit verfügbarer Medizin zugunsten von Profitinteressen ausgeschlossen bleiben.
- DIE LINKE ist gegen jegliche Privatisierung von Wasser und fordert, dass internationale Geldgeberorganisationen keinen Druck auf arme Staaten ausüben dürfen, um die Privatisierung von Wasser und Wasserversorgungssystemen gegen die Gewährung von Krediten durchzusetzen.
- DIE LINKE fordert: Die Kompetenz und Führungszuständigkeit für Gesundheitsprogramme und Prävention muss in der Hand jedes Staates liegen und darf nicht von außen diktiert werden. Durch gezielte Budgethilfe kann der Auf- und Ausbau einer allgemein zugänglichen öffentlichen Gesundheits- sowie Wasserversorgung geleistet werden.

### 6.3 Recht auf Bildung

Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung: Dieser Grundsatz ist im Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten. Nach Einschätzung der meisten Geberinstitutionen und der Forschung besteht ein klarer Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Reichtum, Wirtschaftswachstum, Länge und Qualität der schulischen Ausbildung. Eine inklusive und allumfassende Bildungspolitik erhöht die soziale Kohäsion, beugt gewaltsamen Konflikten vor und leistet einen Beitrag zur gesundheitlichen Aufklärung. Dem Aufbau eines funktionierenden Grundschul-, Berufsbildungs- sowie Hochschulwesens kommt bei der Überwindung von Unterentwicklung darum eine Schlüsselrolle zu.

Im April 2000 einigten sich die Regierungen von mehr als 164 Staaten auf dem Weltbildungsforum in Dakar (Senegal) auf sechs Entwicklungsziele im Bildungsbereich, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen:

- Ausweitung und Verbesserung der frühkindlichen Betreuung und Erziehung;
- Sicherstellung einer obligatorischen, gebührenfreien und qualitativ guten Grundschulbildung für alle Kinder;
- verbesserter Zugang von Jugendlichen und Erwachsenen zu Erwerb fördernden Lehrangeboten und lebenspraktischen Kenntnissen („life skills“);
- Halbierung der Analphabetenrate unter Erwachsenen bis 2015 und Sicherung eines angemessenen Grundbildungsniveaus;
- Überwindung der Benachteiligung von Mädchen in Grund- und Sekundarbildung bis 2005;

- allumfassende Gleichberechtigung im gesamten Bildungswesen bis 2015;
- Verbesserung der Qualität der Bildung, insbesondere in den grundlegenden Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen.

Zwei Ziele von Dakar – die Forderungen nach einer Grundschulausbildung für alle Kinder sowie nach der Aufhebung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen – hat die UNO im Jahr 2000 in den Millenniumszielen (MDG) übernommen. Trotz einiger Fortschritte ist Afrika noch weit von diesen Zielen entfernt: Die Alphabetisierungsrate in **Afrika südlich der Sahara liegt bei** 68 Prozent für Männer und 52 Prozent für Frauen. Weltweit besuchen 76 Prozent der Jungen und 72 Prozent der Mädchen eine Grundschule, in **Afrika südlich der Sahara sind es nur** 60 Prozent der Jungen und 57 Prozent der Mädchen.

Die Einschulungsquote stieg in den meisten Staaten. Allerdings sagt die Anzahl der Einschulungen wenig über die Qualität der Ausbildung aus. Diese ist in afrikanischen Ländern sowohl im Grundschul- als auch im Hochschulbereich häufig unzureichend und führt dazu, dass viele Kinder den Schulbesuch frühzeitig abbrechen. Nach Erhebungen der UNESCO können 30 Prozent der Zweit- und Drittklässler in Kenia einen Text aus der ersten Klasse nicht lesen. In ländlichen Gebieten Kameruns ist diese Situation noch gravierender: Hier scheiterten sogar 80 Prozent der Kinder an dieser Aufgabe.

Um das afrikanische Bildungswesen zu verbessern, müssen Grund- und Hochschulen mit modernem Lehrmaterial ausgestattet werden. Darüber hinaus sind die systematische Modernisierung der Lehrpläne sowie der Ausbau der Infrastruktur von Schulen geboten. Auch die Anzahl, Qualifikation und Bezahlung des Lehrpersonals ist für den Erfolg oder Misserfolg der schulischen Bildung entscheidend. Nach Schätzungen der UNESCO werden in Afrika südlich der Sahara bis 2015 ungefähr 1,6 Millionen Lehrer benötigt, damit jedes Kind eine angemessene Grundschulbildung erhalten kann. Um das Ziel einer Grundschulbildung für alle zu erreichen, wären zwischen 2005 und 2010 lediglich Finanzen in Höhe von jährlich 9 Milliarden US-Dollar notwendig – was weniger als 0,1 Prozent der weltweiten jährlichen Militärausgaben entspricht.

### **Bildung wird nicht ausreichend gefördert**

Im Jahre 2002 kündigte die Bundesregierung an, den deutschen Beitrag für die Grundbildung bis 2007 auf jährlich 120 Millionen Euro zu verdoppeln. Weil aber der Anteil für Grundbildung nicht klar ausgewiesen ist, ist es schwierig, eindeutige Zahlen zu erhalten. 2005 wurden 985 Millionen Euro der bilateralen Leistungen für den Gesamtsektor Bildung ausgewiesen. Davon entfielen allerdings 745 Millionen Euro auf die Anrechnung der Studienplatzkosten ausländischer Studierender in Deutschland. Tatsächlich wurden nicht mehr als 57 Millionen Euro der bilateralen EZ für die Grundbildung aufgewendet. Das entspricht einem Anteil von unter einem Prozent der Mittel. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit der deutschen EZ weit auseinander.

### **Textbox 17**

Während sich die internationale EZ in den letzten Jahrzehnten v.a. auf die Förderung der Grundschul- und Sekundarbildung konzentrierte, wurde der Unterstützung der tertiären Bildung nur wenig Aufmerksamkeit zuteil. Das spiegelt sich in den geringen Immatrikulationsquoten an Hochschulen sowie im niedrigen Forschungsoutput in afrikanischen Ländern. Die Förderung der afrikanischen Universitäten durch die Regierungen und die Geberinstitutionen können den Ergebnissen einer Weltbank-Studie von 2005 zufolge allerdings einen erheblichen Beitrag zur technologischen Entwicklung und höherem Wirtschaftswachstum leisten.<sup>91</sup>

### **Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE:**

BT-Drucksache 16/1203, Antrag: Flugticketabgabe jetzt – Entwicklungsfinanzierung auf breitere Grundlagen stellen

BT-Drucksache 16/8812, Entwicklung braucht Bildung – Den deutschen Beitrag erhöhen

### **Textbox 18**

#### **DIE LINKE fordert**

- Bildung muss zentraler Bestandteil der Regionalkonzepte des BMZ für Afrika werden. Die Anzahl der Partnerländer mit einem bildungspolitischen Schwerpunkt muss erhöht werden.
- Zusagen bilateraler und multilateraler EZ-Transfers müssen langfristig angelegt sein, damit in den Entwicklungsländern bei der Umsetzung der eingeforderten Bildungspläne und -programme ausreichend Planungssicherheit besteht.
- Bildung für alle ist ein Ziel, das mit entsprechendem politischem Willen Realität werden kann. DIE LINKE spricht sich klar gegen eine Kommerzialisierung des Bildungswesens in Afrika aus und fordert die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, in der das Recht auf Bildung verankert ist.
- DIE LINKE spricht sich gegen die Erhebung von Schulgeld aus und unterstützt die Gewerkschaften im Bildungsbereich in ihrem Kampf um eine bessere Entlohnung der Lehrkräfte.

<sup>91</sup> David Bloom, David Canning, Kevin Chan, September 2005: Higher Education and Economic Development in Africa, World Bank.





# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer

An dieser Broschüre haben mitgearbeitet:  
Björn Aust, Ruben Eberlein, Annette Groth,  
Alexander King, Vivien Krohn, Kim Weidenberg.

Bild- und Grafiknachweis:

Bei dem verwendeten Material handelt es sich um Grafiken,  
die von den Quellorganisationen (Welthungerhilfe, medico  
international) zum freien Download ins Netz gestellt wurden.  
Die Grafiken können bei Angabe der Ursprungsquellen für  
nichtkommerzielle Zwecke weiterverwendet werden.

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

